



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

12. Jahrgang · Heft 11

November 1960

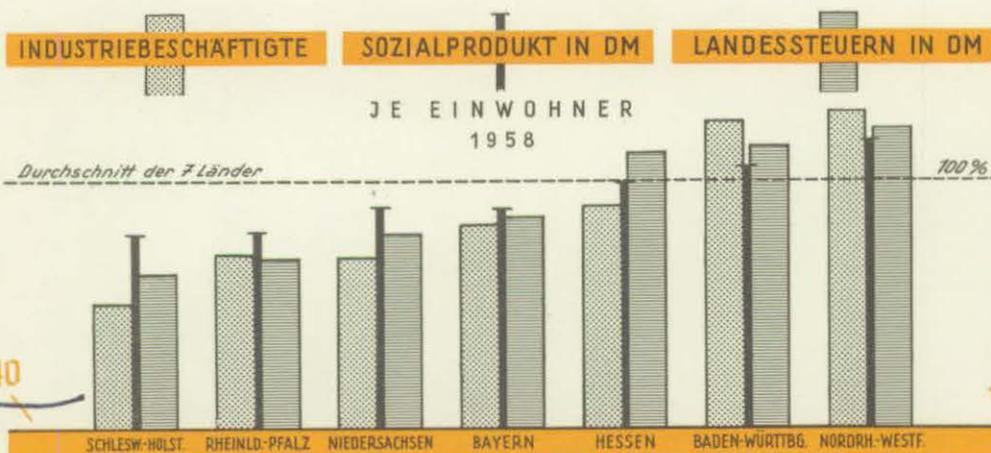
Aufsätze:

- Lehrernachwuchs
- Lkw-Fernverkehr 1957
- Einkommen und -steuer 1957
- Angestelltengehälter

Kurzberichte:

- Ausländische Studenten
- Volkshochschulen
- Jugendgruppen
- Handelsdünger
- Spezifischer Energieverbrauch

Graphik des Monats: Allgemeinbildende Schulen



Herausgegeben vom
STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E

DIE ABWEICHUNGEN SCHLESWIG-HOLSTEINS VOM BUNDESDURCHSCHNITT

- in % -

Statistischer Tatbestand	Bezugsgrösse Stichtag	Jahresvergleich				Monatsvergleich					
		1950	1958	1959	1960	1959			1960		
						Juli	Aug.	Sept.	Juli	Aug.	Sept.
Abweichung der Werte für die Summen im betreffenden Zeitraum											
Brutto-Inlandsprodukt	Einwohner	- 33	- 27	- 25		-	-	-	-	-	-
Geleistete Stunden in der Industrie in der Bauwirtschaft	Einwohner	- 58	- 47	- 47		- 47	- 46	- 46	- 49	- 46	
	Einwohner	- 18,7	+ 7,3	+ 3,5		+ 3,6	+ 4,6	+ 4,3	p+ 3,7	p+ 2,7	
Pkw-Zulassungen	Einwohner	- 40	- 7	- 9		- 7	- 11	- 8	- 20	- 10	
Abweichung der Werte am Stichtag											
Beschäftigte in der Industrie	Einwohner Jahres/Mon.-Ende	- 59	- 49	- 50		- 49	- 49	- 49	- 49		
Arbeitslose	Arbeitnehmer Jahres/Mon.-Ende	+ 147	+ 76	+ 136		+ 122	+ 124	+ 138	+ 152	+ 144	p+ 152
	Einwohner Jahres/Mon.-Ende	- 38	- 27	- 27		- 28	- 27	- 27	- 27	- 27	
Pkw-Bestand	Einwohner 1. 7.	- 30	- 13	- 10	- 8	-	-	-	-	-	-

Statistischer Tatbestand	Bezugsgrösse Stichtag	Jahresvergleich				Vierteljahresvergleich					
		1950	1958	1959	1960	1959			1960		
						II	III	IV	I	II	III
Abweichung der Werte für die Summen im betreffenden Zeitraum											
Wanderungen ^{1 2}	Einwohner	+ 53	+ 25	p+ 28		+ 46	+ 15	+ 26			
Steueraufkommen aus	Umsatzsteuer	- 36	- 37	- 37		- 36	- 35	- 38	- 38	- 39	
	Landessteuern	- 48	- 41	- 38		- 37	- 35	- 37	- 37	- 38	
	Gewerbesteuer ³	- 37	- 39	- 31		- 33	- 31	- 32	- 29	- 28	
Abweichung der Werte am Stichtag											
Vertriebene	Einwohner Jahres/Vj.-Ende	+ 94 ^a	+ 54	+ 52		+ 53	+ 53	+ 52	+ 52	+ 52	
Schüler in allgemeinbildenden Schulen	Einwohner Mai	+ 20 ^b	+ 17			-	-	-	-	-	-
Beschäftigte Arbeitnehmer	Einwohner 31.3./Vj.-Ende	- 19,4	- 12,2	- 13,8	- 11,8	- 11,7	- 11,7	- 13,3	- 11,8	- 10,7	
Industrie männliche Facharbeiter geleistete ⁴ Wochenarbeitszeit	Arbeiter ⁵	- 0,2	+ 8,5	+ 5,7		+ 9,2	+ 5,7	+ 2,3	+ 6,2	+ 3,2	
	Brutto-Stundenverdienst	- 6,0	- 3,0	- 1,9		- 2,9	- 1,9	- 2,1	- 4,3	+ 0,6	
	Brutto-Wochenverdienst	- 6,2	+ 2,3	+ 1,7		+ 0,7	+ 1,7	- 0,4	+ 0,4	+ 3,1	
Fürsorgeunterstützte ⁶	Einwohner 31. 3.	+ 29	+ 56	+ 46		-	-	-	-	-	-

1) Mobilitätsziffer; für Land und Bund: Summe der Zu- und Fortzüge über die Aussengrenze und der Zuzüge innerhalb des Bereichs 2) einschl. Saarland, ausser 1950 3) nach Ertrag und Kapital 4) 1950: bezahlte 5) Stand beim Jahresvergleich: August; beim Vierteljahresvergleich: mittlerer Monat 6) in offener Fürsorge laufend Unterstützte, 1950: 31.12. a) berechnet auf Grund der zurückgeschriebenen Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 b) 1951

I N H A L T

11/60

Die Abweichungen Schleswig-Holsteins
vom Bundesdurchschnitt. 2. Umschlagseite

Aktuelle Auslese 241

Aus dem Inhalt. 242-243

Aufsätze

Vorausberechnung 15:

Bedarf und Nachwuchs

an Volks- und Mittelschullehrkräften . . . 244-247

Der Güterfernverkehr mit

Lastkraftfahrzeugen in Schleswig-Holstein . 248-250

Veranlagte Einkünfte, Einkommen

und Steuerbelastung 1957 251-258

Die Entwicklung der Angestelltegehälter

in Industrie und Handel 258-261

Kurzberichte

Die ausländischen Studierenden

an der Universität Kiel 261-262

Volkshochschulen 1959/60 262

Jugendgruppen 1960. 262-263

Die Belieferung der Landwirtschaft

mit Handelsdünger 1958/59 und 1959/60 . 263-264

Der spezifische Energieverbrauch

der Industrie 264

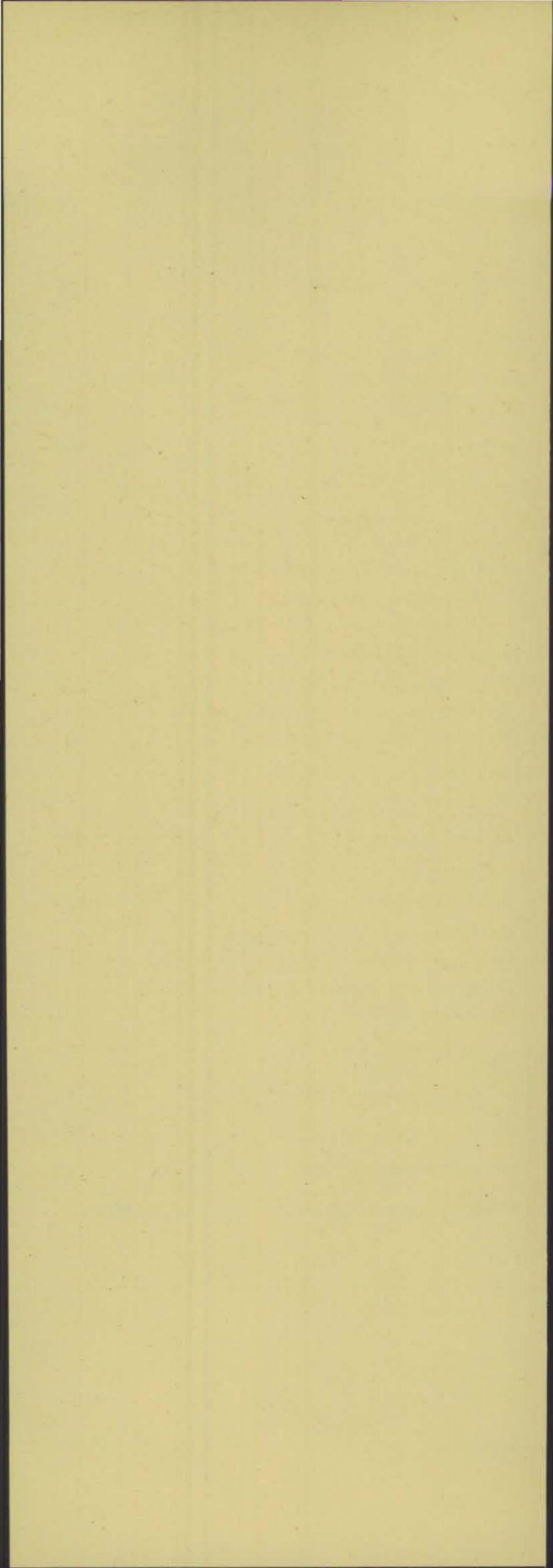
Graphik des Monats. 256-257

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel. 81*-86*

Kreiszahlen 87*

Schleswig-Holstein im Bund 88*

Wirtschaftskurven A - allgemein - . . . 3. Umschlagseite





STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

12. Jahrgang · Heft 11

November 1960

Aktuelle Auslese



HOHES BAUERGBNIS ZU ERWARTEN

Sowohl der Bauvorrat als auch die Zahl der bis zum 30. 9. 1960 bereits fertigen Neubauwohnungen ist größer als im Vorjahr, das mit rund 25 300

Wohnungen einen neuen Baurekord gebracht hatte.

Jahr	Wohnungen				
	Bauvorrat am Jahresanfang (Bauüberhang)	vom 1.1.-30.9. zum Bau genehmigt	zusammen	vom 1.1.-30.9. fertiggestellt	Bauvorrat am 30.9.
1959	24 970	21 110	46 080	10 975	35 105
1960	26 916	22 472	49 388	12 655	36 733
Zunahme 1960 geg. 1959 in %	+ 8	+ 6	+ 7	+ 15	+ 5

Unter der Voraussetzung eines einigermaßen offenen Bauwetters bis zum Jahresende verspricht das Bauergebnis 1960 ähnlich hoch zu werden wie 1959.



WENIGER UNTERGEBRACHTE IN DER GESCHLOSSENEN FÜRSORGE

Die Zahl der auf Kosten der öffentlichen Fürsorge in Anstalten und Heimen untergebrachten Hilfsbedürftigen hat sich in den letzten Jahren ständig verringert. Ende März 1954 wurden in Schleswig-Holstein noch gut 20 000 Personen in der Anstaltsfürsorge betreut. In den 6 Jahren bis Ende März 1960 sank diese Zahl auf 12 000. - Gleichzeitig veränderte sich die Struktur der in der geschlossenen Fürsorge untergebrachten Personen; der Anteil der in Alters- und Siechenheimen Betreuten verkleinerte sich von 27% auf 22%, während der Anteil der Geisteskranken von 19% auf 39% anstieg.



73 ERKRANKUNGEN AN KINDERLÄHMUNG IN EINEM MONAT

Die diesjährige Kinderlähmungswelle im Herbst brachte bisher erheblich mehr Erkrankungen als in den Vorjahren. Im September 1960 wurden 55, im Oktober 73 Erkrankungen gemeldet. Von Januar bis Oktober 1960 erkrankten 161 Personen; bei 113 von ihnen traten im Verlauf der Krankheit Lähmungen auf. Im gleichen Zeitraum des Jahres 1959 wurden nur 30 Erkrankungen an Kinderlähmung bekannt, darunter 22 mit paralytischem Verlauf. - Die Zahl der Erkrankungen an Kinderlähmung in den ersten zehn Monaten dieses Jahres ist die höchste seit 1953. Damals wurden von Januar bis Oktober 388 Fälle gemeldet.



SCHLECHTES WETTER VERJAGTE DIE GÄSTE NICHT

Trotz des z. T. ungünstigen Wetters hat sich der Fremdenverkehr im Juli und August 1960 gegenüber dem Vorjahr gut behauptet. Nach vorläufigen Ergebnissen wurden in diesen beiden Hauptreisemonaten in den Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren der 163 Berichtsgemeinden Schleswig-Holsteins 623 000 Gäste und 5,6 Mill. Übernachtungen ermittelt. Über die Hälfte der Gäste besuchte die Seebäder.



HEUTE WIRD FRÜH GEHEIRATET

Im Jahre 1959 heirateten die Männer, die vor der Eheschließung ledig waren, im Durchschnitt mit 25,8 Jahren und die Frauen mit 23,5 Jahren. Vor zehn Jahren lag das durchschnittliche Heiratsalter für vorher Ledige noch bei ungefähr 28 Jahren für die Männer und bei 25 Jahren für die Frauen.

Aus dem Inhalt

Lehrernachwuchs

Seite 244

Die Ergebnisse einer Vorausberechnung zeigen, daß die Zahl der Volksschüler in Schleswig-Holstein bis 1963 nur noch wenig abnehmen wird. Für 1963/64 muß mit etwa 218 000 Schülern (Nachkriegsminimum) gerechnet werden. Nach diesem Zeitpunkt wird die Schülerzahl langsam wieder zunehmen. Ungefähr ab 1965/66, wenn die Schülerzahl höher sein wird als die des Jahres 1960, wird ein zusätzlicher Bedarf an Volksschullehrern auftreten. - Die für das Land berechneten Richtzahlen Lehrer je Schülerklasse und Schüler je Lehrer können nur eine grobe Vorstellung von den tatsächlichen Schulverhältnissen geben. Von einer schematischen Berechnung des Lehrerbedarfs mit Hilfe dieser Zahlen muß gewarnt werden. - Der Ersatzbedarf an Lehrkräften wird infolge der zahlreichen Abgänge aus dem Schuldienst in den nächsten Jahren verhältnismäßig groß sein. Die hohen Abgangszahlen werden durch die ungünstige Altersgliederung der männlichen Lehrkräfte und durch die starke Fluktuation bei den weiblichen Lehrkräften verursacht. Für das Rechnungsjahr 1959 betrug die Abgangsquote bei den Volksschullehrkräften 5,7%. - Die Zahl der Studierenden an den Pädagogischen Hochschulen des Landes hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Rund 70% der Studierenden sind heute Frauen. - Als Nachwuchs für die Pädagogischen Hochschulen kommen vor allem Abiturienten in Frage. Im Sommersemester 1960 hatten 82% der männlichen und 68% der weiblichen Studierenden das Reifezeugnis. Die Zahl der Abiturienten wird in den nächsten Jahren etwa um 2 600 liegen. Nach 1963 wird sie dann rasch absinken und 1965 außergewöhnlich niedrig sein (1 900 Abiturienten). - Ostern 1960 äußerten 7% der männlichen und 34% der weiblichen Abiturienten den Wunsch, eine Pädagogische Hochschule zu besuchen. Unterstellt man, daß diese Anteile auch für die kommenden Jahre gültig sein werden, so werden sich in den Jahren 1961 bis 1964 jeweils über 400 Abiturienten darum bemühen, in eine Pädagogische Hochschule aufgenommen zu werden. Zählt man alle Bewerber, die mit Abitur und die mit anderer Vorbildung (Frauenfachschule, Begabtenprüfung usw.) zusammen, so werden zwischen 1961 bis 1964 jährlich 500 bis 550 Bewerber vorhanden sein.

Lkw-Fernverkehr 1957

Seite 248

Im Laufe des Jahres 1957 wurden in Schleswig-Holstein im Fernverkehr 3,8 Mill. Tonnen Güter mit Lastkraftfahrzeugen befördert. Knapp ein Viertel dieser Gütermenge wurde lediglich innerhalb des Landes von einem Ort zum anderen transportiert. Gut sieben Zehntel dieser Gütermenge rollten etwa zu gleichen Teilen von Schleswig-Holstein in die übrigen westdeutschen Länder und in umgekehrter Richtung. In den Wechselverkehr mit Schleswig-Holstein waren vor allem Niedersachsen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen einbezogen. Von der insgesamt ausgetauschten Gütermenge entfielen über 80% auf diese Länder. - Die im Fernkraftverkehr nach Hamburg und Nordrhein-Westfalen verladene Gütermenge setzte sich in erster Linie aus zubereiteten Nahrungs- und Genußmitteln sowie aus Fleisch,

Fisch und Milch zusammen. Aus Hamburg empfangen Schleswig-Holstein vor allem "nicht besonders genannte Industrieerzeugnisse, Sammelgut", Futtermittel sowie Benzin und Dieselöl, aus Nordrhein-Westfalen hauptsächlich Eisen- und Stahlwaren. Mit Niedersachsen wurden zubereitete Nahrungs- und Genußmittel sowie Holz- und Holzwaren ausgetauscht. Niedersachsen bezog von Schleswig-Holstein Eisen- und Stahlwaren und lieferte überwiegend Zement, Kalk und Kies sowie Kunststein-, Ton- und Glaswaren. - In Schleswig-Holstein wurden gut 5% mehr Güter mit Fernlastkraftfahrzeugen empfangen als versandt. Ein Versandüberschuß für das Land ergab sich jedoch bei allen Agrarprodukten, am ausgeprägtesten bei lebenden Tieren sowie bei Fleisch, Fisch, Eiern und Milch. Die im Binnen- und Wechselverkehr auf Lastkraftfahrzeugen beförderte Gütermenge des Jahres 1957 war um knapp ein Drittel größer als die des Jahres 1954. Die versandte Gütermenge machte 1954 nur 89% der empfangenen aus, 1957 dagegen 95%.

Einkommen und -steuer 1957

Seite 251

Nach der Einkommensteuerstatistik 1957 gab es in Schleswig-Holstein 131 000 unbeschränkt Steuerpflichtige mit einem Einkommen von 1,24 Mrd. DM. Da von diesen Steuerpflichtigen 26 000 keine Einkommensteuer zu zahlen hatten (Steuerbefreite), verteilte sich die Steuerschuld auf 104 000 steuerbelastete Pflichtige. Sie mußten im Durchschnitt 2 130 DM Einkommensteuer bezahlen. - Der Gesamtbetrag der Einkünfte (ohne Sondervergünstigungen) hat von 1954 bis 1957 um fast eine halbe Milliarde DM zugenommen. Von 1950 bis 1957 hat sich der Gesamtbetrag der Einkünfte nahezu verdoppelt. In allen betrachteten Jahren - es liegen Ergebnisse für 1950, 1954 und 1957 vor - waren die Einkünfte aus Gewerbebetrieb die wichtigste Einkommensquelle. Gut die Hälfte aller Einkünfte wurden aus dieser Einkunftsart bezogen. - Die Verteilung der Einkommensteuerpflichtigen nach der Einkommenshöhe hat sich ähnlich geändert wie die der Lohnsteuerpflichtigen; auch hier ist eine Verlagerung der Einkommensbezieher in höhere Einkommensgruppen eingetreten. So wurden z. B. 1957 gut doppelt soviel Steuerpflichtige mit Einkommen zwischen 50 000 DM und 100 000 DM gezählt als 1954. - Die festgesetzte Steuerschuld stieg stärker als das Einkommen. Diese Entwicklung hängt mit dem progressiven Steuertarif bei hohem Einkommen zusammen. 1957 war die Steuerschuld um 58% höher als 1954. Das Einkommen wuchs im gleichen Zeitraum um 48%. - Unter den 131 000 Einkommensteuerpflichtigen waren 36 000 Steuerpflichtige mit Arbeitseinkommen, die nach Ablauf des Jahres 1957 zur Einkommensteuer veranlagt wurden. Von den veranlagten Lohnsteuerpflichtigen haben die meisten ein für Arbeitnehmer überdurchschnittlich hohes Einkommen. - In den vier kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins hatte 1957 knapp ein Drittel der Bevölkerung, aber nur etwa ein Viertel der Steuerpflichtigen des Landes seinen Wohnsitz. Von 1 000 Einwohnern der Landkreise waren 61, von 1 000 Einwohnern der kreisfreien Städte jedoch nur 49 einkommensteuerpflichtig.

Im Mai 1960 verdienten die männlichen Angestellten in Industrie und Handel in Schleswig-Holstein im Monat durchschnittlich 653 DM brutto; das sind 20% mehr als im Mai 1957. Die weiblichen Angestellten verdienten im Mai 1960 im Mittel 379 DM. In den drei Jahren seit Mai 1957 haben sie ihren Monatsverdienst um 17% gesteigert. - Im Bundesgebiet wurden im Schnitt höhere Gehälter gezahlt als in Schleswig-Holstein. In der Zeit von Februar 1957 bis Februar 1960 lag das in Schleswig-Holstein ermittelte Bruttomonatsgehalt der männlichen Angestellten 7% bis 9% und der weiblichen Angestellten 5% bis 7% unter dem entsprechenden Bundesdurchschnitt. - In dem Zeitraum von Mai 1957 bis Mai 1960 konnten die kaufmännischen Angestellten in Schleswig-Holstein ihren Brutto-Monatsverdienst stärker steigern als die technischen Angestellten. Durch diese unterschiedliche Gehaltsentwicklung verringerte sich der Verdienstvorsprung der männlichen technischen Angestellten. So verdienten sie z. B. in der Industrie im Mai 1957 17,1% und im Mai 1960 13,8% mehr als ihre kaufmännischen Kollegen. - In den einzelnen Leistungsgruppen haben sich die Angestelltengehälter nicht einheitlich entwickelt. Sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen stiegen die Gehälter in den Leistungsgruppen II und V merklich stärker an als in den mittleren Qualifikationsgruppen. - In der Industrie verdienten die Angestellten durchschnittlich mehr als im Handel, Geld- und Versicherungswesen. Im Mai 1960 belief sich die Spanne zwischen den in der Industrie und den im Handel, Geld- und Versicherungswesen durchschnittlich gezahlten Monatsverdiensten bei den Männern auf + 19% und bei den Frauen auf +16%. Der Verdienstvorsprung der Industrie war in den unteren beiden Leistungsgruppen ausgeprägter als in den oberen. - In den drei Jahren von Mai 1957 bis Mai 1960 haben sich die Gehälter in Industrie und Handel nicht ganz so stark erhöht wie die Löhne der Industriearbeiter. Das Brutto-Monatsgehalt der männlichen Angestellten stieg um 20% und das der weiblichen um 17%; dagegen steigerten die männlichen Industriearbeiter ihren Brutto-Wochenlohn um 24% und die weiblichen ihren sogar um 27%.

Im Wintersemester 1959/60 studierten an der Universität in Kiel 447 Ausländer. Die Norweger waren mit 185 Studierenden am stärksten vertreten. Die zweitstärkste Gruppe bildeten die Studierenden aus dem Iran. - Die Medizinische Fakultät hatte die meisten Ausländer. Fast ein Drittel der Studierenden dieser Fakultät kam aus dem Ausland.

Volkshochschulen

Seite 262

Im 3. Trimester 1959/60 gab es in Schleswig-Holstein 167 Abendvolkshochschulen. Sie hatten 44 000 Hörer, die für Kurse eingetragen waren und beinahe 65 000 Hörer, die Einzelveranstaltungen besuchten.

Jugendgruppen

Seite 262

Im April 1960 waren in Schleswig-Holstein 2 391 Jugendgruppen mit 243 000 Mitgliedern als förderungswürdig anerkannt. Fast die Hälfte der Mitglieder gehörte zur Sportjugend. Neben der Sportjugend hatten noch die Evangelische Jugend, die Gewerkschaftsjugend (DGB) und die Jugend der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft jeweils mehr als 10 000 Mitglieder.

Handelsdünger

Seite 263

Im Wirtschaftsjahr 1959/60 wurden in der hiesigen Landwirtschaft 97 000 t Kali, 74 000 t Phosphat, 69 000 t Kalk und 66 000 t Stickstoff abgesetzt. Damit war die abgesetzte Menge an Düngemitteln nicht sehr viel größer als im Wirtschaftsjahr 1958/59.

Spezifischer Energieverbrauch

Seite 264

In Schleswig-Holstein hat der spezifische Energieverbrauch der gesamten Industrie, das heißt der effektive Energieverbrauch je Produktionseinheit, seit 1950 um 33% abgenommen. Diese Entwicklung hängt unter anderem mit Veränderungen in der Produktionsstruktur zusammen.

Alle Angaben für das Bundesgebiet gelten, wenn nicht anders vermerkt, ohne Saarland und Berlin (West).

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Erläuterungen zu den Tabellen:

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Grössenklassen bedeutet "a-b": a bis unter b. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit. Zeichen an Zahlen bedeuten: p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl. \bar{x} bedeutet Durchschnitt.

Zeichen statt Zahlen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert grösser als Null, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

x = Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

Bedarf und Nachwuchs an Volks- und Mittelschullehrkräften

Der Bedarf an Volks- und Mittelschullehrkräften hängt davon ab, wie sich die Schülerzahlen entwickeln und welche Richtzahlen Lehrer je Schülerklasse und Schüler je Lehrer angestrebt werden. Außerdem muß beachtet werden, daß die Lehrkräfte, die in jedem Jahr infolge Pensionierung, Verheiratung oder aus anderen Gründen ausscheiden, ersetzt werden müssen. Der Hauptteil des Lehrernachwuchses kommt von den Pädagogischen Hochschulen und hat als Vorbildung das Abitur.

Bedarf

Entwicklung der Schülerzahl

Die Zahl der Volksschüler in Schleswig-Holstein hat im Laufe des letzten Jahrzehnts ständig abgenommen. 1950 wurden die öffentlichen Volksschulen des Landes von fast 417 000 Schülern besucht, 1960 waren es nur noch 219 400 Schüler. Der Rückgang der Schülerzahl hängt mit dem Bevölkerungsverlust in Schleswig-Holstein zwischen 1950 und 1956 durch Abwanderungen zusammen. Außerdem umfaßt die Zahl der schulpflichtigen Kinder 1960 anders besetzte Geburtsjahrgänge als 1950. Zur Altersgruppe der 6- bis 15jährigen gehörten 1950 im wesentlichen die stark besetzten Geburtsjahrgänge 1935 bis 1944 und 1960 die Kinder, die zwischen 1945 und 1954 geboren sind. Die Geburtsjahrgänge um Kriegsende sind schwach besetzt. Die Schüler aus diesen Jahrgängen werden die Volksschulen bis 1963/64 verlassen haben, so daß dann der Tiefstand der Schülerzahlen überwunden sein wird. Für 1963 muß mit etwa 218 000 Schülern (Nachkriegsminimum) gerechnet werden. Ab 1963 wird die Zahl der Schulanfänger von Jahr zu Jahr zunehmen. Die Schülerzahl wird dadurch langsam wieder angehoben. Diese Entwicklung wird - soweit es sich vom heutigen Zeitpunkt aus übersehen läßt - etwa ein Jahrzehnt andauern. Sie hängt damit zusammen, daß jetzt stark besetzte Geburtsjahrgänge im Hauptheiratsalter stehen oder ins Heiratsalter¹ hineinwachsen. Nach einer hier vorliegenden Berechnung wird es 1970 rund 247 000 Volksschüler in Schleswig-Holstein geben. Das sind 12% mehr als 1960. Unter der Voraussetzung, daß sich die Schulverhältnisse (Schulsystem, Frequenzzahlen usw.) im kommenden Jahrzehnt nicht wesentlich verändern, kann behauptet werden, daß ungefähr ab 1965/66 ein zusätzlicher Bedarf an Volksschullehrkräften infolge der gestiegenen Schülerzahl auftreten wird. Vom Jahre 1965 ab wird die Zahl der Volksschüler höher sein als die des Jahres 1960.

1) siehe dazu: "Voraussichtliche Eheschließungen, Haushaltsgründungen und Haushaltsauflösungen" in Stat. Monatsh. S.-H. 1960, Heft 6 (Juni)

Tab. 1 Voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen in Volks- und Mittelschulen

Stand: Anfang Mai	Schüler in öffentlichen	
	Volksschulen ¹	Mittelschulen
	in 1 000	
1960	219,4	34,5
1961	219,2	34,2
1962	218,2	34,9
1963	217,9	34,9
1964	218,6	34,5
1965	220,5	34,0
1966	223,9	33,7
1967	228,3	33,6
1968	233,8	33,8
1969	240,0	34,3
1970	246,6	35,1

1) Schüler in Normalklassen, in Aufbauzugklassen, in Hilfsschul- und Förderklassen; aber ohne Schüler in selbständigen Hilfsschulen

Der Ausbau des Hilfsschulwesens ermöglichte es, eine immer größere Anzahl Schüler, die dem Leistungsniveau der Volksschule nicht entsprechen, in Hilfsschulen aufzunehmen. Die Zahl der Hilfsschüler hat zwischen 1950 und 1960 ständig zugenommen. 1960 wurden diese Schulen von 6 500 Schülern besucht. Wie sich die Zahl der Hilfsschüler weiterentwickeln wird, läßt sich nicht vorausberechnen, weil es keinen Anhaltspunkt dafür gibt, wieviel Schüler auf eine solche Schule geschickt werden müssen. Als grobe Schätzung kann angenommen werden, daß in den kommenden Jahren etwa rund 7 000 Schüler die Hilfsschule besuchen werden. Wird diese Zahl überschritten, so wird dadurch die vorausberechnete Zahl der Volksschüler entsprechend kleiner werden. Für einen weiteren Ausbau der Hilfsschulen wird es erforderlich sein, auch hier mehr Lehrkräfte mit der entsprechenden Lehrbefähigung einzusetzen.

Die Zahl der Mittelschüler, die 1960 rund 34 500 betrug, wird auch in den Jahren bis 1965 über 34 000 liegen. Die wenigsten Mittelschüler wird es 1966/68 geben. Die Vorausberechnung weist für diese Jahre Zahlen aus, die niedriger als 34 000 sind. Werden jedoch die Aufbauzüge der Volksschulen, deren Schüler in der Vorausberechnung zu den Volksschülern gezählt wurden, in steigendem Maße in selbständige Mittelschulen umgewandelt, so werden die vorausberechneten Zahlen zu niedrig sein. Ferner kann nicht übersehen werden, ob sich der Wunsch der Eltern, ihre Kinder auf eine weiterführende Schule zu schicken, noch mehr verbreiten wird. In Schleswig-Holstein hat es in den letzten Jahren nur leichte Verschiebungen in den Schülerzahlen der einzelnen Schularten gegeben. So wurden z. B. Ostern 1957 19,2% der Volksschüler im 4. Schulleistungsjahr in die unterste Klasse der Mittelschulen aufgenommen. 1959 betrug dieser Anteil 19,9%.

Die Richtzahlen Lehrer je Schülerklasse und Schüler je Lehrer

Für alle, die außerhalb der Schulverwaltung stehen, wird es kaum möglich sein, den tatsächlichen gegenwärtigen oder zukünftigen Lehrerbedarf zu bestimmen. Der Außenstehende kann sich nur mit Hilfe der Richtzahlen (Frequenzzahlen) Lehrer je Schülerklasse und Schüler je Lehrer orientieren.

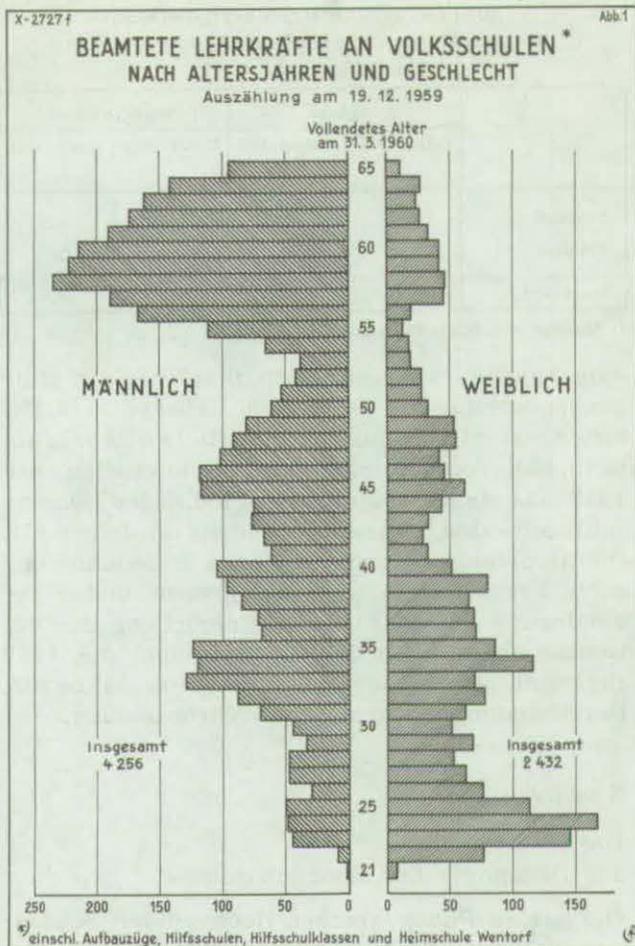
Als anzustrebendes Ziel gilt für die Volksschulen je Klasse 1 Lehrer. Um dieses Ziel zu erreichen, fehlen gegenwärtig in Schleswig-Holstein noch rund 400 Lehrkräfte; denn im Mai 1960 entfielen 0,94 hauptamtliche Lehrkräfte auf 1 Schülerklasse. Bei den Hilfsschulen betrug das Verhältnis Lehrer/Klasse 0,96 und bei den Mittelschulen 1,30. Welche Vorstellungen über die "ideale" Relation Lehrer/Klasse für diese beiden Schularten bestehen, ist hier nicht bekannt.

Tab. 2 Lehrer je Schülerklasse und Schüler je Lehrer 1957 bis 1960

Stand: Anfang Mai	Hauptamtliche Lehrkraft je Schülerklasse			Schüler je hauptamtliche Lehrkraft		
	in öffentlichen					
	Volksschulen	Hilfsschulen	Mittelschulen	Volksschulen	Hilfsschulen	Mittelschulen
1957	0,94	0,91	1,28	35,7	22,3	24,7
1958	0,94	0,91	1,30	34,8	22,5	24,1
1959	0,94	0,92	1,30	34,0	22,0	23,7
1960	0,94	0,96	1,30	33,7	20,9	23,2

Als Grundlage für die Errechnung des Lehrerbedarfs ist die für das ganze Land berechnete - und häufig gebrauchte - Meßziffer Schüler je Lehrer wenig geeignet. Der Sache wäre z. B. wenig gedient, wenn die für Mai 1960 gültige Meßziffer "33,7 Volksschüler je hauptamtliche Lehrkraft" auf 30 Schüler je Lehrer reduziert würde; das wäre eine schematische Berechnung ohne Wert! Die Durchschnittszahl wäre nur dann sinnvoll, wenn die Streuung der Einzelwerte sehr gering wäre, d. h. also, wenn der Durchschnitt für die meisten Schulen auch tatsächlich zuträfe. Dies ist nur bei großen Schulen möglich, nicht aber bei solchen mit 20 oder 40 Schülern. Einen Ausgleich der Schülerzahlen verhindern jedoch oftmals die gegebenen Siedlungs- und Verkehrsverhältnisse. Um einen gegenwärtigen wirklichen Mehrbedarf an Lehrkräften zu ermitteln, müßte für jede einzelne Schule festgestellt werden, ob das gewünschte Zahlenverhältnis "Schüler je Lehrer" verwirklicht ist und wieviel zusätzliche Lehrkräfte gegebenenfalls zur Erreichung dieses Zieles noch erforderlich sind.

Daß es schwierig ist, den tatsächlichen Lehrerbedarf in den Griff zu bekommen, hängt auch damit zusammen, daß sich durch neue Maßnahmen und Bestimmungen im Bereich des Schulwesens der Lehrerbedarf kurzfristig



ändern kann. Hier sei nur der Plan erwähnt, für Lehrer über 55 Jahre und für Junglehrer eine Stundenermäßigung einzuführen. Auch die Einrichtung von Dörfergemeinschaftsschulen würde den Lehrerbedarf verändern.

Der Ersatzbedarf

Die bestehende Zahl an Lehrkräften wird in jedem Jahr dadurch verändert, daß Lehrkräfte aus dem Schuldienst ausscheiden. In den Rechnungsjahren 1953 bis 1959 gingen jährlich durchschnittlich rund 360 Volksschullehrkräfte und 60 Mittelschullehrkräfte aus den verschiedensten Gründen (einschl. Todesfälle) ab. Die Abgangsquote, das sind die Abgänge in Prozent des jeweiligen Lehrerbstandes, betrug im Rechnungsjahr 1959 für die Volksschullehrer 5,7% und für die Mittelschullehrer 3,6%. Es ist nicht zu erwarten, daß die Abgangsquoten in den nächsten Jahren kleiner sein werden als für 1959. Die Altersgliederung der männlichen Lehrkräfte ist recht ungünstig. Im Mai 1959 waren 43% der männlichen hauptamtlichen Volksschullehrkräfte über 55 Jahre alt. Außerdem wird die starke Fluktuation bei den weiblichen Lehrkräften eine ständige Sorge bleiben.

Befaßt man sich mit den Abgängen aus dem Volksschuldienst² im Rechnungsjahr 1959

2) Auf die Abgänge der Mittelschullehrkräfte wurde nicht im einzelnen eingegangen, weil die absoluten Zahlen zu klein sind

Tab. 3 Aus dem Schuldienst Schleswig-Holsteins
ausgeschiedene Volksschul- und Mittelschullehrer
im Rechnungsjahr 1959

	Abgänge		Abgangsquote ¹	
	Volksschul-	Mittelschul-	Volksschul-	Mittelschul-
Lehrer				
Männlich	233	28	5,4	2,9
Weiblich	146	25	6,1	5,1
Insgesamt	379	53	5,7	3,6

1) Abgänge in % des jeweiligen Lehrbestandes.

eingehender, so stellt man fest, daß die Abgangsquote für die weiblichen Lehrkräfte (6,1%) höher war als die für die männlichen Lehrkräfte (5,4%). Von den männlichen Lehrkräften, die 1959 aus dem Schuldienst des Landes ausgeschieden sind, waren 84% über 60 Jahre alt. Die Hauptabgangsgründe waren Pensionierung nach Erreichung der Altersgrenze und Pensionierung auf Antrag nach Erreichung des 62. Lebensjahres. Von den Lehrerinnen, die 1959 abgingen, waren 63% noch keine 40 Jahre alt. Der Hauptabgangsgrund hieß Verheiratung.

Nachwuchs

Die Studierenden der Pädagogischen Hochschulen

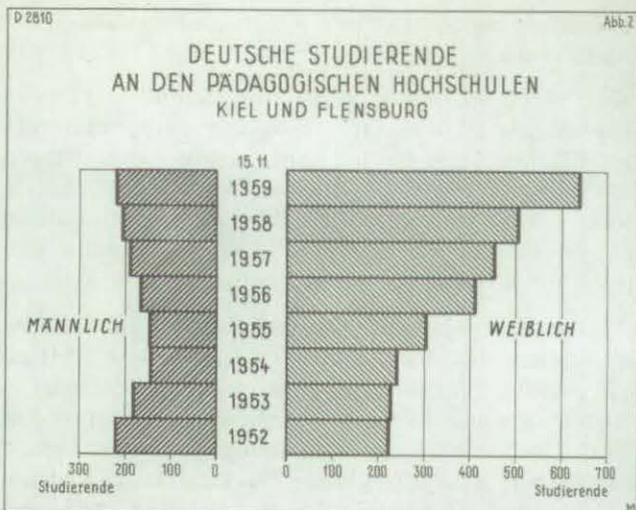
Die beiden Pädagogischen Hochschulen Schleswig-Holsteins wurden im Wintersemester 1959/60 von 867 Studierenden und im Sommersemester 1960 von 1 101 Studierenden besucht. Über 70% der Teilnehmer waren Frauen. Der Anteil der Frauen ist damit sehr viel höher als der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Lehrkräfte, die in Volks-, Hilfs- und Mittelschulen unterrichten. Anfang Mai 1959 waren von den hauptamtlichen Lehrkräften dieser Schulen 37% Frauen. Es ist zu erwarten, daß sich der Anteil der Lehrerinnen an diesen Schulen im Laufe der nächsten Jahre rasch erhöhen wird.

Der Lehrernachwuchs für 1959 umfaßte in Schleswig-Holstein 225 Frauen und 110 Männer. Diese insgesamt 335 Studierenden hatten an den beiden Pädagogischen Hochschulen des Landes im Wintersemester 1958/59 oder im Sommersemester 1959 die erste Prüfung für das Lehr-

Tab. 4 Die Studierenden
an den Pädagogischen Hochschulen Schleswig-Holsteins

Pädagogische Hochschule	Deutsche Studierende	darunter weiblich	Studienabschlüsse	
			Kandidaten	darunter weiblich
	W.-S. 1959/60		W.-S. 1958/59 u. S.-S. 1959	
Kiel	462	359	159	112
Flensburg	399	281	176	113
Insgesamt	861 ^a	640	335	225

a) außerdem 6 Ausländer



amt an Volksschulen bestanden. Vergleicht man für 1959 die Zahl der Studienabschlüsse (335) mit der Zahl der Lehrerabgänge aus dem Schuldienst (379 Volksschullehrkräfte und 53 Mittelschullehrkräfte), so sieht man, daß der Ersatzbedarf an Lehrkräften nicht allein durch den Nachwuchs aus den Pädagogischen Hochschulen des Landes - zumindest für 1959 - gedeckt werden konnte. Es gibt noch andere Möglichkeiten, um diese Lücke zu schließen. Nach einem Erlaß des Kultusministers von 1955 können Studenten der Philologie nach mindestens 6-semesterigem Studium zur Prüfung für das Lehramt an Mittelschulen in Schleswig-Holstein zugelassen werden. Wieviel Philologiestudenten von dieser Möglichkeit in jedem Jahr Gebrauch machen, ist hier nicht bekannt. Auch aus anderen Bundesländern zugewanderte Lehrkräfte und Lehrkräfte aus der sowjetischen Besatzungszone helfen, den Bedarf zu decken. Es darf ferner nicht übersehen werden, daß die ausgebildeten Lehrerinnen, auch wenn sie vorläufig nicht tätig sind, immer eine wertvolle Reserve bilden. Lehrerinnen, die als Beamte ausgeschieden sind, können z. B. als Angestellte befristet wiederbeschäftigt werden. Das Wichtigste aber wird sein, daß die Zahl der Abiturienten in den nächsten Jahren noch relativ hoch sein wird und daß somit viele Bewerber für die Pädagogischen Hochschulen vorhanden sein werden.

Die Entwicklung der Zahl der Abiturienten

Für die Beantwortung der Frage, mit wieviel Nachwuchs man in jedem Jahr für die Pädagogischen Hochschulen rechnen kann, bietet die voraussichtliche Zahl der zu erwartenden Abiturienten einen Anhaltspunkt. Die meisten Studierenden haben das Reifezeugnis. Im Sommersemester 1960 waren es 82% aller männlichen und 68% aller weiblichen Studierenden.

Ostern 1960 erwarben an den öffentlichen höheren Schulen des Landes 1 550 Jungen und 893 Mädchen das Reifezeugnis. Die Zahl der

Tab. 5 Die Abiturienten der öffentlichen höheren Schulen¹ nach Geburtsjahren – Ostern 1960 –

Geburtsjahr	Abiturienten ²	davon	
		männlich	weiblich
1942	5	2	3
1941	359	214	145
1940	1 284	743	541
1939	595	416	179
1938	156	134	22
1937	36	34	2
1936	7	6	1
1935	1	1	-
Insgesamt	2 443	1 550	893

1) ohne Abiturienten der Volksoberschule Preetz 2) vorläufiges Ergebnis

Abiturienten an diesen Schulen konnte vorausberechnet werden. Sie wird in den nächsten Jahren etwa um 2 600 liegen. Daß die Abiturientenzahl noch für einige Jahre hoch bleiben wird, erkennt man schon daran, daß Ostern 1960 hauptsächlich Jugendliche der stark besetzten Geburtsjahrgänge 1939 bis 1941 das Reifezeugnis erwarben. Über 90% der Abiturienten gehörten zu diesen Jahrgängen. Allein die Hälfte der Abiturienten zählte zu dem Geburtsjahr 1940. Somit wird auch noch Ostern 1961 der Hauptteil der Abiturienten auf die starken Jahrgänge 1940/41 entfallen. Nach 1963 wird die Abiturientenzahl rasch absinken und 1965, wenn überwiegend Schüler der Geburtsjahre 1944 bis 1946 das Reifezeugnis erwerben, außergewöhnlich niedrig sein (1 900 Abiturienten). Als günstig für den Ersatzbedarf an Lehrkräften wird sich auswirken, daß in der Zeit der zahlreichen Pensionierungen relativ hohe Abiturientenjahrgänge (1960 bis 1964) vorhanden sein werden.

Tab. 6 Die Studierenden der Pädagogischen Hochschulen Schleswig-Holsteins nach ihrer Vorbildung im Sommersemester 1960

Vorbildung	Studierende	davon	
		männlich	weiblich
Abitur	791	244	547
Abschluß der Frauenfachschule	215	-	215
Abschluß der Wirtschaftsoberschule	43	23	20
Begabtenprüfung	41	27	14
Sonstige Vorbildung	11	4	7
Insgesamt	1 101	298	803

Quelle: Kultusministerium

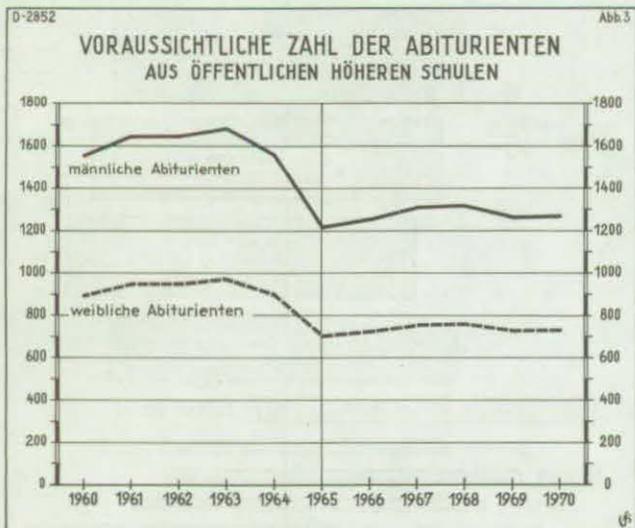
viele den Lehrberuf ergreifen. Ostern 1960 äußerten 7% der männlichen und 34% der weiblichen Abiturienten den Wunsch, eine Pädagogische Hochschule zu besuchen. Unterstellt man, daß diese Anteile auch für die kommenden Jahre gültig sein werden, so werden sich in den Jahren 1961 bis 1964 jeweils über 400 Abiturienten in Schleswig-Holstein darum bemühen, in eine Pädagogische Hochschule aufgenommen zu werden. Außer Abiturienten nehmen die Pädagogischen Hochschulen auch Schülerinnen der Frauenfachschulen auf. Die Zahl der weiblichen Studierenden, die eine solche Vorbildung haben, ist recht hoch. Im Sommersemester 1960 hatten von 1 101 Studierenden 215 (19,5%) das Abschlußzeugnis einer Frauenfachschule. Da diese Mädchen neben den wissenschaftlichen Fächern auch Hauswirtschaft oder Nadelarbeit studieren, sind sie für den technischen Unterricht an den Schulen besonders geeignet. Als Nachwuchs für die Pädagogischen Hochschulen kommen in Ausnahmefällen auch Absolventen der Wirtschaftsoberschulen, Studierende aus der SBZ und Bewerber mit Begabtenprüfung in Frage. Zählt man alle Bewerber, die mit Abitur und die mit anderer Vorbildung, zusammen, so werden sich in dem Zeitraum 1961 bis 1964 jährlich schätzungsweise 500 bis 550 Bewerber um eine Zulassung zum Studium an den Pädagogischen Hochschulen des Landes bemühen.

Tab. 7 Voraussichtliche Zahl der Bewerber für die Pädagogischen Hochschulen mit Reifezeugnis

Jahr	Bewerber mit Abitur ¹	Jahr	Bewerber mit Abitur ¹
1960	410	1966	333
1961	437	1967	347
1962	437	1968	349
1963	447	1969	335
1964	414	1970	337
1965	323		

1) Annahme: 7% der männlichen und 34% der weiblichen Abiturienten wollen in jedem Jahr auf eine Pädagogische Hochschule

Dipl.-Volsw. Lieselotte Korschey



Der Nachwuchs für die Pädagogischen Hochschulen

Von den Abiturienten - besonders von den weiblichen - wollen zur Zeit verhältnismäßig

Der Güterfernverkehr mit Lastkraftfahrzeugen in Schleswig-Holstein

Allgemeines

Die Stellung des Güterfernverkehrs auf Lastkraftfahrzeugen innerhalb des gesamten westdeutschen Güterverkehrs läßt sich nicht exakt angeben, da der Güternahverkehr¹ statistisch nicht erfaßt wird. Nach einer Veröffentlichung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung², in der der Umfang des Güternahverkehrs überschlägig geschätzt wurde, verteilte sich die gesamte Transportleistung des westdeutschen Binnen-Güterverkehrs im Jahre 1957 (127 Mill. tkm) folgendermaßen auf die einzelnen Verkehrsträger:

Eisenbahnen	50 %	Fernverkehr auf Lkw	14 %
Binnenschifffahrt	27 %	Nahverkehr auf Lkw	9 %

Unterscheidet man indessen statt nach der Verkehrsleistung in Tonnenkilometern allein nach dem Gewicht der beförderten Güter, so zeigt sich, daß der Kraftverkehr zusammen etwa die Hälfte aller binnenländischen Gütermengen bewältigte, neun Zehntel davon allerdings im Nahverkehr.

Will man diese strukturellen Verhältnisse auf Schleswig-Holstein übertragen, so ist zu beachten, daß der Güterkraftverkehr in Schleswig-Holstein anteilmäßig stärker in Erscheinung tritt, weil hier die Binnenschifffahrt von geringerer Bedeutung ist als im Bundesgebiet.

Die Struktur des Güterfernverkehrs im Jahre 1957

Der gesamte Güterfernverkehr eines Landes setzt sich zusammen aus dem Binnenverkehr und dem Wechselverkehr mit anderen Ländern. Im Laufe des Jahres 1957 bewältigte der Fernkraftverkehr in Schleswig-Holstein im Binnen- und Wechselverkehr eine Güterbeförderung von 3,8 Mill. t. Knapp ein Viertel dieser Gütermenge wurde lediglich innerhalb des Landes von einem Ort zum anderen transportiert. Gut sieben Zehntel rollten etwa zu gleichen Teilen von Schleswig-Holstein in die übrigen westdeutschen Länder und in umgekehrter Richtung. Der Güterfernverkehr mit Berlin (West) machte gut 6% aus, wobei die aus Schleswig-Holstein versandte Gütermenge annähernd achtmal so groß war wie die empfangene. Der über Fernlastkraftwagen erfolgte Gütertausch Schleswig-Holsteins mit dem Ausland war sehr geringfügig; er betrug nur knapp 13 000 t.

1) nach dem Güterkraftverkehrsgesetz vom 17. Oktober 1952 ist Güternahverkehr jede gewerbliche Beförderung von Gütern mit einem Kraftfahrzeug für andere Wirtschaftssubjekte innerhalb der Nahzone. Dabei ist unter Nahzone das Gebiet im Umkreise von 50 km Luftlinie, gerechnet vom Mittelpunkt des Standortes des Kraftfahrzeuges aus, zu verstehen.

Güterfernverkehr ist dementsprechend die Beförderung von Gütern mit einem Kraftfahrzeug über die Grenzen der Nahzone hinaus oder außerhalb der Nahzone.

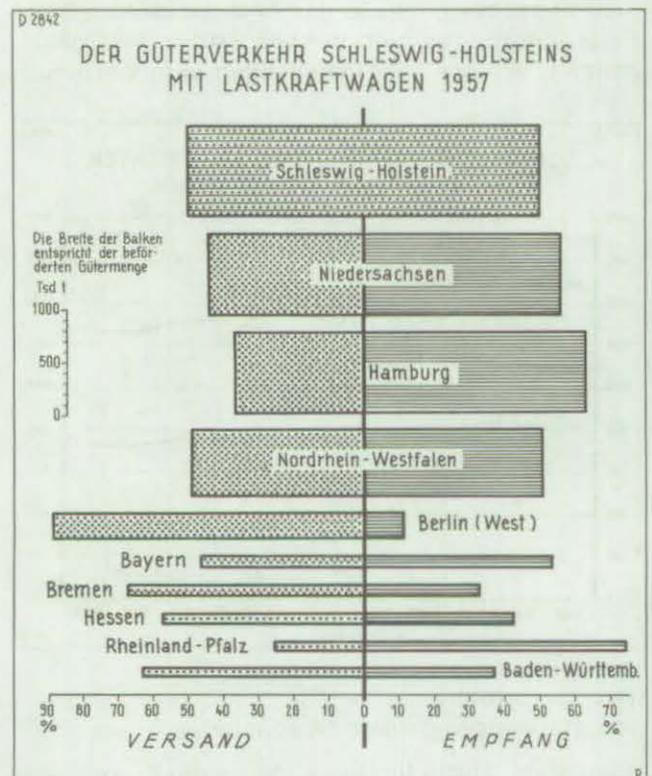
2) vergleiche: Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin, 25. Jg. (1958), S. 61

Der Wechselverkehr zwischen Schleswig-Holstein und dem übrigen Bundesgebiet konzentriert sich nur auf wenige Bundesländer. So entfielen von der im Wechselverkehr insgesamt ausgetauschten Gütermenge auf

Niedersachsen	29 %
Hamburg	29 %
Nordrhein-Westfalen	24 %

Wenn man allerdings bei der Beurteilung des Güterfernverkehrs nicht nur das Gewicht der beförderten Güter sondern auch die überwundene Entfernung berücksichtigt, ergibt sich ein völlig anderes Bild. Dann schlägt verständlicherweise der Verkehr mit den entfernter gelegenen Gebieten stärker zu Buche. So waren z. B. die im Wechselverkehr mit Hamburg und die im Wechselverkehr mit Niedersachsen beförderten Gütermengen etwa gleich schwer (760 000 t). Die tonnenkilometrische Verkehrsleistung im Güterfernverkehr mit Niedersachsen war dagegen erheblich größer als die im Güterfernverkehr mit Hamburg.

Im Verkehr mit Nordrhein-Westfalen hielten sich Versand³ und Empfang etwa die Waage. Bei Niedersachsen betrug der Versand nur 44% und bei Hamburg nur 37% des gesamten Güterverkehrs mit Schleswig-Holstein (vergleiche Abbildung). Die im Fernkraftverkehr nach Hamburg und Nordrhein-Westfalen verladene Gütermenge setzte sich in erster Linie aus



3) Die Begriffe Versand und Empfang sind in diesem Aufsatz immer auf Schleswig-Holstein bezogen

zubereiteten Nahrungs- und Genußmitteln sowie aus Fleisch, Fisch und Milch zusammen. Aus Hamburg empfangt Schleswig-Holstein vor allem "nicht besonders genannte Industrieerzeugnisse, Sammelgut," Futtermittel sowie Benzin und Dieselöl, aus Nordrhein-Westfalen hauptsächlich Eisen- und Stahlwaren. Mit Niedersachsen wurden "zubereitete Nahrungs- und Genußmittel" sowie Holz und Holzwaren ausgetauscht. Niedersachsen bezog von Schleswig-Holstein Eisen- und Stahlwaren und lieferte überwiegend Zement, Kalk und Kies sowie Kunststein-, Ton- und Glaswaren.

In Schleswig-Holstein wurden gut 5% mehr Güter mit Fernlastkraftfahrzeugen empfangen als versandt. Bei diesem Vergleich und den folgenden Aufteilungen wurden die im Binnenverkehr versandten und zugleich empfangenen Güter (870 000 t) beide Male mit einbezogen. Die Versandmenge betrug 2,3 Mill. t, sie verteilte sich folgendermaßen auf die wichtigsten Gütergruppen bzw. Güterarten:

Zubereitete Nahrungs- und Genußmittel, Stärke, Spiritus	18 %
Steine, Erden und Bindemittel	12 %
Fleisch, Fisch, Milch und Eier	10 %
Eisen und Stahl, Eisen- und Stahlwaren	7 %
Kunststein-, Ton- und Glaswaren	7 %
Obst, Gemüse, Kartoffeln und Zuckerrüben	6 %
Holz und Holzwaren	6 %
Mineralöle, -derivate	5 %
Futtermittel	5 %

Die Empfangsmenge gliederte sich wie folgt auf:

Steine, Erden und Bindemittel	14 %
Zubereitete Nahrungs- und Genußmittel, Stärke, Spiritus	13 %
Eisen und Stahl, Eisen- und Stahlwaren	11 %
Kunststein-, Ton-, Glaswaren	10 %
Futtermittel	8 %
Nicht besonders genannte Industrieerzeugnisse, Sammelgut	7 %
Holz und Holzwaren	6 %
Mineralöle, -derivate	6 %
Umzugsgut, gebrauchte Verpackungen, Baugerätschaften	5 %

Tabelle 1 gibt Aufschluß über die Frage, welche Güter Schleswig-Holstein im Wechselverkehr mit den anderen Bundesländern hauptsächlich "exportierte" und welche Güter es in erster Linie "importierte". Ein Versandüberschuß ergab sich bei allen Agrarprodukten, am ausgeprägtesten bei lebenden Tieren sowie bei Fleisch, Fisch, Eiern und Milch. Überschüssig nach Schleswig-Holstein befördert wurden in erster Linie Eisen, Stahl sowie Waren daraus, außerdem Steine, Erden, Bindemittel und andere mineralische Rohstoffe, Kunststein-, Ton- und Glaswaren sowie chemische Erzeugnisse, Dünge- und Futtermittel und nicht besonders genannte Industrieerzeugnisse.

Die Statistik des Güterfernverkehrs unterscheidet drei Verkehrsarten: den gewerblichen Güterfernverkehr, den Möbelfernverkehr und den Werkfernverkehr. Der Möbelfernverkehr ist im Güterkraftverkehrsgesetz definiert als Beförderung von Möbeln und Umzugsgut für

Tab. 1 Der Wechselverkehr mit den Bundesländern nach Gütergruppen im Jahre 1957

Gütergruppe	Versand	Empfang	Anteil des	
			Ver-	Emp-
			sendes	fangs
			am gesamten	
			Wechselverkehr	
			in %	
Tierische Stoffe zur Ernährung	112 552	16 025	88	12
Getreide, Hülsenfrüchte	27 560	19 838	58	42
Andere pflanzl. Rohstoffe zu Nahrungs- und Genußmitteln	71 224	40 156	64	36
Zubereitete Nahrungs- und Genußmittel, Stärke, Spiritus	265 427	191 018	58	42
Futtermittel	41 989	111 621	27	73
Nicht besonders genannte tierische und pflanzliche Rohstoffe	22 394	9 871	69	31
Erze	275	155	64	36
Kohlen, Torf	915	5 387	15	85
Mineralöle, -derivate	44 292	69 606	39	61
Steine, Erden, Bindemittel	53 295	139 475	28	72
Andere mineralische Rohstoffe	18 928	62 927	23	77
Chemische Erzeugnisse (außer Düngemitteln)	9 628	41 171	19	81
Düngemittel	7 630	23 604	24	76
Rohstoffe und Halbwaren der Lederwirtschaft	9 903	5 547	64	36
Spinnstoffe, Garne, Lumpen	3 864	6 050	39	61
Holz und Holzwaren	84 548	83 783	50	50
Zellstoff, Papier	48 636	39 974	55	45
Kunststein-, Ton-, Glaswaren	81 734	156 598	34	66
Eisen und Stahl, Eisen- und Stahlwaren	121 230	236 216	34	66
NE-Metalle und NE-Metallwaren	13 227	17 801	43	57
Fahrzeuge aller Art	483	3 359	13	87
Nicht besonders genannte Industrieerzeugnisse, Sammelgut	56 224	135 957	29	71
Umzugsgut, gebrauchte Verpackungen, Baugerätschaften	49 765	33 468	60	40
Nicht besonders genannte Güter des Militärverkehrs	200	441	31	69
Lebende Tiere	21 167	2 095	91	9
Möbel	24 617	24 629	50	50
Güter insgesamt	1 191 707	1 476 772	45	55

Quelle: Der Fernverkehr mit Lastkraftfahrzeugen im Jahre 1957, Herausgeber: Bundesanstalt für den Güterfernverkehr/Kraftfahrt-Bundesamt (repräsentative Erhebung)

andere Wirtschaftssubjekte in besonders für den Möbeltransport eingerichteten Kraftfahrzeugen oder Anhängern über die Nahzone hinaus. Werden Neumöbel in Fahrzeugen der anderen beiden Verkehrsarten transportiert, so werden sie hier registriert und nicht beim Möbelfernverkehr. Folglich handelt es sich beim Möbelfernverkehr um einen gewerblichen Güterfernverkehr besonderer Art. Als Werkfernverkehr gilt jede Beförderung von Gütern für eigene Zwecke eines Unternehmens über die Nahzone hinaus auf werkseigenen Kraftfahrzeugen mit betriebsangehörigen Fahrern.

Von der insgesamt beförderten Gütermenge wurden annähernd zwei Drittel im gewerblichen Güterfernverkehr, anderthalb Prozent im

Möbelfernverkehr und ein Drittel im Werkfernverkehr transportiert. Der Anteil des Binnenverkehrs war sehr unterschiedlich bei den drei Verkehrsarten; er betrug beim gewerblichen Güterfernverkehr 14%, beim Möbelfernverkehr ebenfalls 14% und beim Werkfernverkehr 40%. Demnach bewältigte der gewerbliche Güterfernverkehr die bei weitem größte Transportleistung, weil er nicht nur die umfangreichste Gütermenge beförderte, sondern auch die längsten Entfernungen zu überwinden hatte. Der Anteil des Werkfernverkehrs würde unter Zugrundelegung seiner tonnenkilometrischen Verkehrsleistung nur knapp ein Fünftel ausmachen, während der Anteil des gewerblichen Güterfernverkehrs (einschl. des Möbelfernverkehrs) gut vier Fünftel betragen würde, wie aus der oben zitierten Veröffentlichung des Instituts für Wirtschaftsforschung⁴ hervorgeht.

Die Entwicklung des Güterfernverkehrs

Der Güterverkehr auf der Straße hat sich besonders im letzten Jahrzehnt zu einem beachtlichen Faktor des westdeutschen Transportwesens entwickelt. In Schleswig-Holstein vermehrte sich die Zahl der insgesamt im Verkehr befindlichen Lastkraftwagen, die Mitte 1958 gut 24 000 betrug, in den zehn Jahren seit 1948 auf das 2,4-fache. Die Entwicklung der beförderten Gütermengen kann man leider erst ab 1954 und nur für den Fernverkehr verfolgen.

Tab. 2 Die Entwicklung des Güterverkehrs mit Fernlastkraftwagen und mit der Eisenbahn in Schleswig-Holstein 1954 - 1957

Jahr	Güterfernverkehr mit Lastkraftfahrzeugen ¹		Güterverkehr mit der Eisenbahn	
	Versand	Empfang	Versand	Empfang
	1 000 t			
1954	1 672	1 885	2 712	6 765
1955	1 898	2 083	3 252	7 087
1956	2 046	2 262	3 520	7 680
1957	2 273	2 388	3 503	7 425
	Meßziffern (1954 = 100)			
1955	113	110	120	105
1956	122	120	130	114
1957	136	127	129	110

1) einschl. Güterfernverkehr der Deutschen Bundesbahn mit Lkw
Quelle: Der Fernverkehr mit Lastkraftfahrzeugen 1954 - 1957 (repräsentative Erhebung), Herausgeber: Bundesanstalt für den Güterfernverkehr/Kraftfahr-Bundesamt; Der Verkehr in der Bundesrepublik Deutschland - Eisenbahnverkehr 1954-1957 - Herausgeber: Statistisches Bundesamt

Seit 1954 wurden auf Lastkraftfahrzeugen jährlich ständig mehr Güter in, von und nach Schleswig-Holstein transportiert. Die im Binnen- und Wechselverkehr auf Lastkraftfahrzeugen beförderte Gütermenge des Jahres 1957 war immerhin um knapp ein Drittel größer als die des Jahres 1954. Bemerkenswert ist, daß der Versand stärker anstieg als der Empfang. Die versandte Gütermenge machte 1954 nur 89%

4) a.a.O., S. 61

der empfangenen aus, 1957 dagegen immerhin 95%. In den drei Jahren hat sich demnach im Güterfernverkehr mit Lastkraftfahrzeugen die Versandmenge zunehmend der Empfangsmenge angeglichen. Beim Güterverkehr auf der Schiene ist die gleiche Erscheinung zu beobachten; der Versand hat hier jedoch nicht einmal die Hälfte des Empfangs erreicht. In Schleswig-Holstein hinkt der Güterversand mit der Eisenbahn derartig hinter dem Empfang zurück, weil hier die Produktion von Massengütern, in deren Beförderung die Eisenbahn dem Kraftverkehr überlegen ist, eine geringere Rolle spielt als im Bundesgebiet. Die Ausdehnung des Güterverkehrs hängt zweifellos mit dem Anstieg der gewerblichen und landwirtschaftlichen Produktion des Landes zusammen; die relativ stärkere Zunahme des Güterversandes läßt darauf schließen, daß die schleswig-holsteinische Wirtschaft in den letzten Jahren etwas stärker als Lieferant in Erscheinung getreten ist.

Bei den drei Verkehrsarten erweiterte sich die Güterbeförderung ziemlich unterschiedlich. Beim gewerblichen Güterfernverkehr und beim Werkfernverkehr stieg der Versand merklich stärker an als der Empfang. Beim Möbelfernverkehr dagegen verlief die Entwicklung umgekehrt; die auf Lastkraftwagen in und nach Schleswig-Holstein gelieferte Möbelmenge vermehrte sich in den drei Jahren von 1954 bis 1957 um drei Fünftel, während der Möbelversand zunächst nur geringfügig anwuchs und dann wieder bis nahezu auf das Ausgangsniveau absank (vergleiche Tabelle 3).

Tab. 3 Der schleswig-holsteinische Güterfernverkehr mit Lastkraftfahrzeugen von 1954 bis 1957

Jahr	Gewerblicher Güterfernverkehr		Gewerblicher Möbelfernverkehr		Werkfernverkehr	
	Versand	Empfang	Versand	Empfang	Versand	Empfang
	1 000 t					
1954	908	1 087	33	21	731	778
1955	1 070	1 236	35	25	792	822
1956	1 172	1 351	35	31	839	881
1957	1 364	1 462	33	34	876	893
	Meßziffern (1954 = 100)					
1955	118	114	107	121	108	106
1956	129	124	105	147	115	113
1957	150	134	101	162	120	115

Quelle: siehe unter Tabelle 2

Das Verhältnis der im Binnenverkehr zu den im Wechselverkehr beförderten Gütermengen hat sich in der Zeit von 1954 bis 1957 nicht nennenswert verschoben. Auch die Struktur des Wechselverkehrs Schleswig-Holsteins mit den übrigen Bundesländern hat sich in den letzten Jahren nicht wesentlich geändert.

Dr. Enno Heeren

Vergleiche auch: "Der Güterfernverkehr auf Lastkraftfahrzeugen im Jahre 1955" in Stat. Monatsh. S.-H. 1959, S. 299 (November) und "Der Fernverkehr mit Lastkraftfahrzeugen 1959" in Wirtschaft und Statistik 1960, S. 426 (Juli)

Veranlagte Einkünfte, Einkommen und Steuerbelastung 1957

- nach der Einkommensteuerstatistik 1957 -

Die Veranlagung zur Einkommensteuer ergab für 131 000 unbeschränkt Steuerpflichtige ein Einkommen von 1,24 Mrd. DM, das waren etwa 400 Mill. DM oder 48 % mehr als 1954. Aus diesem Einkommen mußten 222 Mill. DM Steuern entrichtet werden. Die Steuerschuld verteilte sich auf 104 000 steuerbelastete Pflichtige, die im Durchschnitt 2 130 DM Einkommensteuer zahlten. Etwa jeder Fünfte der mit Einkommen veranlagten unbeschränkt Steuerpflichtigen war von der Einkommensteuer befreit.

je Verlustfall (15 400 DM) war jedoch höher als 1954 (11 800 DM). Rückläufig war auch die Zahl der Steuerpflichtigen, deren Einkommen bestimmte Mindestgrenzen nicht erreichte und die daher überhaupt nicht veranlagt wurden (NV-Fälle). Die Zahl und das Einkommen der beschränkt Steuerpflichtigen, die nur mit ihren inländischen Einkünften der Besteuerung unterliegen, war auch 1957, gemessen an den unbeschränkt Steuerpflichtigen, nahezu bedeutungslos.

Tab. 1 Einkommen und Steuerschuld der unbeschränkt und beschränkt Steuerpflichtigen

Art der Steuerpflicht	1957			Veränderung gegenüber 1954		
	Steuerpflichtige in 1 000	Einkommen Mill. DM	Steuerschuld	Steuerpflichtige	Einkommen	Steuerschuld
Unbeschränkt Steuerpflichtige zusammen	131	1 242	222	- 6	+ 48	+ 58
davon Steuerbelastete	104	.	222	- 0	.	+ 58
Steuerbefreite	26	.	x	- 23	.	x
Beschränkt Steuerpflichtige zusammen	1	4	1	- 10	+ 89	+ 119
Steuerpflichtige mit Einkommen insgesamt	132	1 247	224	- 6	+ 48	+ 58

Außerdem 2 000 unbeschränkt Steuerpflichtige mit 33 Mill. DM Verlust und 10 000 Nichtveranlagte (NV-Fälle)

Der Rückgang der Steuerpflichtigen um etwa 8 000 seit 1954 ist in erster Linie auf die Abnahme derer zurückzuführen, die keine Einkommensteuer zu zahlen hatten (Steuerbefreite). Die Zahl der Steuerbelasteten hat sich demgegenüber kaum verändert. In 2 200 Fällen führte die Veranlagung zu einem Verlust. 1957 wurden zwar weniger Verlustfälle als 1954 festgestellt, der durchschnittliche Verlustbetrag

Einkunftsarten

Der Gesamtbetrag der Einkünfte stellt - unter Berücksichtigung der ausgeglichenen Verluste - das wirtschaftlich relevante Einkommen dar. Streng genommen müßten den Einkünften auch noch die Sondervergünstigungen zugeschlagen werden, da sie bei der steuerlichen Gewinnfeststellung außer Ansatz bleiben. Fügt man die Sondervergünstigungen (61 Mill. DM) hinzu¹, dann errechnet sich ein "wirtschaftliches Einkommen" von 1,5 Mrd. DM. Der Gesamtbetrag der Einkünfte (ohne Sondervergünstigungen) hat von 1954 bis 1957 um fast eine halbe Milliarde DM zugenommen. Wählt man das Jahr 1950 als Basis, dann hat sich bis 1957 der Gesamtbetrag der Einkünfte nahezu verdoppelt. Die Einkünfte aus Gewerbebetrieb waren in allen betrachteten Jahren die wichtigste Einkommensquelle: gut die Hälfte aller Einkünfte wurde aus gewerblicher Tätigkeit bezogen. Mit weitem Abstand folgen die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft und nichtselbständiger Arbeit. Letztere sind aber nur ein geringer Teil des gesamten Einkommens aus unselbständiger Arbeit, da für die meisten Arbeitnehmer eine Veranlagung zur Einkommensteuer nicht durchgeführt, sondern die Besteuerung des Arbeits-

Tab. 2 Die Einkunftsarten der unbeschränkt Steuerpflichtigen

Einkunftsart	1950		1954		1957		Veränderung 1957 gegenüber	
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	1950	1954
							in %	
Land- und Forstwirtschaft	175	23	159	16	172	12	- 2	+ 8
Gewerbebetrieb	418	55	513	51	808	54	+ 93	+ 58
Selbständige Arbeit	47	6	79	8	127	9	+ 168	+ 61
Nichtselbständige Arbeit	58	8	160	16	279	19	+ 379	+ 75
Kapitalvermögen	4	1	12	1	29	2	+ 611	+ 145
Vermietung und Verpachtung	43	6	57	6	66	4	+ 53	+ 15
Sonstige Einkünfte	9	1	17	2	5	0	- 45	- 70
Summe der Einkünfte	755	100	997	100	1 487	100	+ 97	+ 49
Ausgeglichene Verluste	5	.	18	.	40	.	+ 719	+ 126
Gesamtbetrag der Einkünfte	750	.	979	.	1 447	.	+ 93	+ 48
Veranlagtes Einkommen	666	.	838	.	1 242	.	+ 87	+ 48

1) Weitere 5,5 Mill. DM Sondervergünstigungen wiesen Steuerpflichtige mit Verlustabschluß nach.

einkommens im Wege des Lohnsteuerabzuges (Quellenabzugsverfahren) vorgenommen wird².

Die Erträge aus Kapitalvermögen haben seit 1950 erheblich zugenommen, ihr Anteil an den gesamten Einkünften des Jahres 1957 belief sich aber trotzdem nur auf etwa 2%. Die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung blieben hinter der durchschnittlichen Entwicklung aller Einkunftsarten merklich zurück, sie erhöhten sich nur von 43 Mill. DM im Jahre 1950 auf 66 Mill. DM im Jahre 1957, d. h. um 53%. Die weitgehend gesetzlich fixierten Wohnungsmieten dürften die Hauptursache für dieses Zurückbleiben gewesen sein.

Abgesehen von den geringfügigen sonstigen Einkünften haben sich nur die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft in dem betrachteten Zeitraum abweichend von den übrigen Einkunftsarten verhalten; 1957 wurde nur knapp der Betrag erreicht, der schon im Jahre 1950 ausgewiesen wurde. Dadurch verringerte sich der Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Einkünfte an der Summe aller Einkünfte von knapp einem Viertel im Jahre 1950 auf 12% im Jahre 1957. Daran waren mehrere Faktoren beteiligt; u. a. haben die für die Landwirtschaft geltenden besonderen steuerrechtlichen Vorschriften (z. B. Besteuerung nach Durchschnittssätzen usw.) das veranlagte Einkommen aus der Land- und Forstwirtschaft beeinflußt.

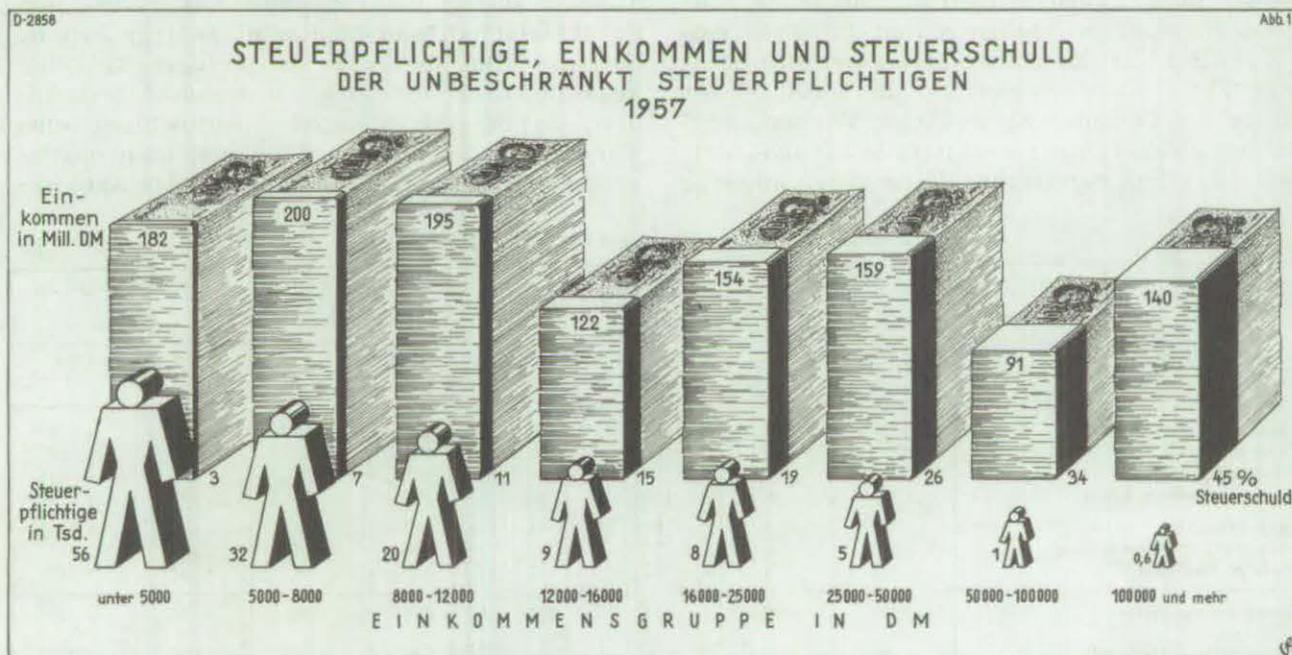
Sonderausgaben

Nach dem Willen des Gesetzgebers werden einige Arten der Einkommensverwendung privile-

giert. So sind z. B. Versicherungsbeiträge, Einzahlungen auf Bausparverträge, Kapitalansammlungsverträge unter bestimmten Voraussetzungen nicht als steuerpflichtige Einkommen zu behandeln, sondern als Sonderausgaben vom Gesamtbetrag der Einkünfte abzusetzen. Die Sonderausgaben beliefen sich auf etwa 200 Mill. DM (1954: 141 Mill. DM), so daß sich das veranlagte Einkommen auf 1,24 Mrd. DM stellte. Es hat seit 1954 ebenso stark (+48%) zugenommen wie der Gesamtbetrag der Einkünfte. Der Anteil der Sonderausgaben am Gesamtbetrag der Einkünfte ist mit 14% gegenüber 1954 unverändert geblieben. Verglichen mit 1950, als die Sonderausgaben 11 - 12% des Gesamtbetrages der Einkünfte ausmachten, haben sie jedoch an Bedeutung gewonnen. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß 1957 ein besonderer Freibetrag für freie Berufe (nach § 18 Abs. 4 EStG) mit maximal 1 200 DM eingeführt worden ist, der 1954 noch nicht vorgesehen war.

Einkommensschichtung

Die Verteilung der Einkommensteuerpflichtigen nach der Einkommenshöhe hat sich ähnlich geändert wie die der Lohnsteuerpflichtigen³; auch hier ist eine Verlagerung der Einkommensbezieher in höhere Einkommensgruppen eingetreten. Jahreseinkommen bis 5 000 DM waren 1957 seltener als 1954. Besonders auffällig hat sich die Zahl der Steuerpflichtigen mit weniger als 3 000 DM Jahreseinkommen verringert. In dieser Gruppe waren 1957 nur noch halb soviel Steuerpflichtige vorhanden wie im Jahre 1954. Alle anderen Einkommensgruppen wiesen - zum



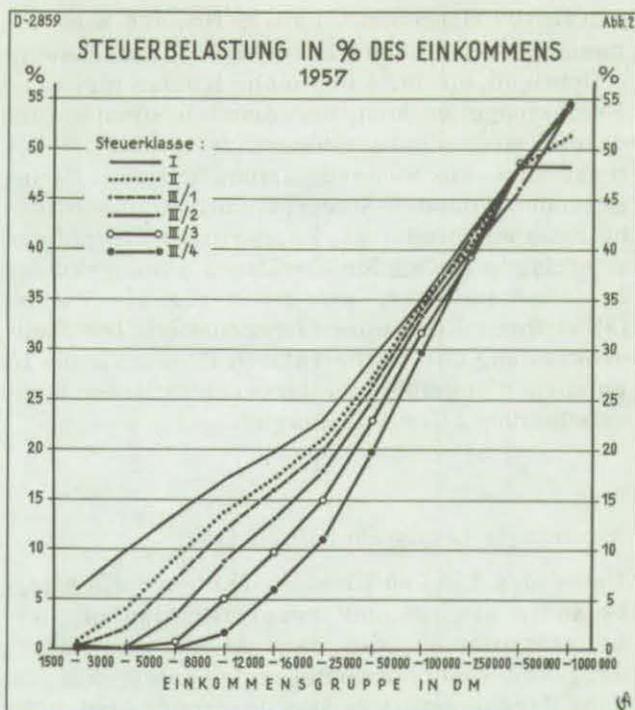
2) Nach den Ergebnissen der Lohnsteuerstatistik 1957 waren 774 000 Lohnsteuerpflichtige mit 3,3 Mrd. DM Bruttolohn vorhanden. Von diesen wurden 35 600 mit 305 Mill. DM Bruttolohn und einem Gesamtbetrag der Einkünfte von 367 Mill. DM zur Einkommensteuer veranlagt

3) vergleiche auch: "Die Arbeitseinkommen im Jahre 1957" in Stat. Monatsh. S.-H. 1959, S. 280 (November) und Stat. Bericht "Die Lohnsteuerpflichtigen und ihre Bruttolöhne" (Oktober 1959)

Teil erheblich - mehr Steuerpflichtige auf. Während 1954 knapp 12 000 oder 9% der Steuerpflichtigen Jahreseinkommen über 12 000 DM hatten, waren es 1957 bereits 23 400 oder 18% der Steuerpflichtigen. Die relative Zunahme war in den höheren und höchsten Einkommensgruppen besonders ausgeprägt: so wurden 1957 gut doppelt soviel Steuerpflichtige mit Einkommen zwischen 50 000 DM und 100 000 DM gezählt als 1954; Einkommen von 100 000 DM bis 250 000 DM waren 1954 bei 157 Steuerpflichtigen vorhanden, bis 1957 hatte sich die Zahl der Einkommensbezieher in dieser Gruppe etwa verdreifacht. Für 15 Steuerpflichtige ergab die Veranlagung ein Jahreseinkommen von 1 Mill. DM und mehr. 1954 wurden nur 4 Einkommensmillionäre festgestellt. Bemerkenswert ist bei den großen Einkommen, daß der Anteil der gewerblichen Einkünfte eindeutig im Übergewicht ist. Die Einkommensmillionäre bezogen etwa neun Zehntel ihrer Gesamteinkünfte aus gewerblicher Tätigkeit. Im Durchschnitt aller Veranlagten stammte dagegen nur gut die Hälfte der Einkünfte aus Gewerbebetrieb. Bei den kleineren Einkommen (bis 5 000 DM) spielten die Einkünfte aus Gewerbebetrieb zwar auch noch die Hauptrolle (40% bis 43% aller Einkünfte), ein beachtlicher Anteil von gut einem Viertel der Einkünfte war jedoch Einkommen aus nichtselbständiger Arbeitsleistung.

Steuerbelastung

Die festgesetzte Steuerschuld stieg stärker als das Einkommen. Diese Entwicklung ist bei progressivem Steuertarif und kräftig wachsendem Einkommen zwangsläufig. Mit 222 Mill. DM war die gesamte Steuerschuld um 80 Mill. DM oder 58% höher als 1954. Das Einkommen wuchs im gleichen Zeitraum um 48%. Bei einem Durchschnittseinkommen von 9 500 DM belief sich die Belastung durch die Einkommensteuer auf 1 700 DM, das entsprach einer durchschnittlichen Steuerbelastung von knapp 18% (1954: 16,8%). Eine exakte Bestimmung der effektiven Steuerbelastung, die sich sinnvollerweise nur auf die Einkommen der steuerzahlenden Pflichtigen beziehen müßte, ist nicht möglich, da das Aufbereitungsverfahren in dieser Hinsicht keine weitere Aufgliederung als nach der Zahl der Steuerbelasteten und Steuerbefreiten vorsah. Daher kann nur der Anteil der Steuer am Einkommen aller unbeschränkt Steuerpflichtigen - d. h. einschließlich der Steuerbefreiten - errechnet werden. Mit wachsendem Einkommen nimmt die Steuerbelastung kräftig zu: die durchschnittlichen Einkommen in den Einkommensgruppen bis 8 000 DM waren mit 0,7% bis 7%, die durchschnittlichen Einkommen innerhalb der Einkommensgruppen 8 000 DM bis 50 000 DM bereits mit 11% bis 26% und die darüber liegenden Durchschnittseinkommen mit



einem Drittel bis zur Hälfte durch die Einkommensteuer belastet. Die tatsächliche Steuerlast dürfte in den unteren Einkommensgruppen etwas höher liegen als die hier errechnete, da in diesem Bereich der Anteil der Steuerbefreiten noch einiges Gewicht hat. In den hohen und höchsten Einkommensgruppen ist dagegen kaum mit Steuerbefreiten zu rechnen, so daß die für diesen Personenkreis ermittelte Steuerbelastung von der tatsächlichen Belastung sicher nicht abweicht.

Untersucht man die einzelnen Steuerklassen, dann ergibt sich, daß das Durchschnittseinkommen mit steigender Kinderzahl zunimmt, die Steuerbelastung aber geringer wird. Steuerpflichtige mit tariflichem Freibetrag für 1 Kind (Steuerklasse III/1) wurden bei einem Durchschnittseinkommen von 9 100 DM mit knapp 17% des Einkommens zur Steuer herangezogen. Steuerpflichtige mit 3 Kindern (Steuerklasse III/3) hatten bei einem Durchschnittseinkommen

Tab. 3 Einkommen und Steuerschuld in den Steuerklassen 1957 (nur unbeschränkt Steuerpflichtige)

Steuerklasse	Steuerpflichtige		Einkommen in DM je Steuerpflichtigen	Steuerschuld	
	Anzahl	in %		in DM	in % des Einkommens
I	14 774	11,3	9 993	2 703	27,0
II	53 959	41,3	8 150	1 443	17,7
III/1	27 809	21,3	9 080	1 508	16,6
III/2	21 837	16,7	10 746	1 676	15,6
III/3	8 703	6,7	13 099	2 064	15,8
III/4 und mehr	3 561	2,7	15 054	2 274	15,1
Insgesamt	130 643	100	9 508	1 702	17,9

von 13 100 DM nur noch knapp 16% des Einkommens an den Fiskus abzuführen. Bei Steuerpflichtigen, die für 4 und mehr Kinder tarifliche Freibeträge in Anspruch nehmen konnten und deren Durchschnittseinkommen 15 100 DM betrug, sank die Steuerbelastung auf 15%. Demgegenüber mußten Steuerpflichtige, die unverheiratet waren oder als Ehepartner sich getrennt veranlagten lassen, für die also die Steuerklasse I maßgebend war, auf mehr als ein Viertel (27%) ihres Einkommens verzichten. Die Steuerbelastung der Verheirateten (Steuerklasse II) entsprach ungefähr der durchschnittlichen Steuerbelastung aller Veranlagten.

Veranlagte Lohnsteuerpflichtige

Unter den 130 600 Einkommensteuerpflichtigen befanden sich 35 600 Steuerpflichtige mit Arbeitseinkommen, die nach Ablauf des Jahres 1957 zur Einkommensteuer veranlagt wurden. Eine Veranlagung von Arbeitnehmern wird unter bestimmten Voraussetzungen notwendig, z. B. wenn der Jahresbruttolohn 24 000 DM übersteigt oder wenn der Pflichtige ein berechtigtes Interesse an der Veranlagung nachweist⁴.

Tab. 4 Veranlagte Lohnsteuerpflichtige 1957

Bruttolohngruppe in DM	Steuerpflichtige		Bruttolohn		Gesamt- betrag der Einkünfte		Brutto- lohn in % des Gesamt- betrages der Ein- künfte
	An- zahl	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%	
unter 4 800	9 021	25	25 022	8	60 090	16	42
4 800 - 12 000	20 594	58	154 253	51	147 279	40	105
12 000 und mehr	5 935	17	125 556	41	159 709	44	79
Insgesamt	35 550	100	304 821	100	367 084	100	83

Diese Voraussetzungen trafen bei etwa jedem Zwanzigsten der insgesamt 774 000 Lohnsteuerpflichtigen zu, die 1957 vorhanden waren. Da ein Lohnsteuerpflichtiger in jedem Fall veranlagt werden muß, wenn sein Jahresbruttolohn 24 000 DM und mehr beträgt, ist die Einkommensschichtung der veranlagten Lohnsteuerpflichtigen zwangsläufig durch diesen Tatbestand bestimmt. Sie ist daher mit der Einkommensschichtung aller Lohnsteuerpflichtigen nicht zu vergleichen. Die veranlagten Lohnsteuerpflichtigen stellen insofern eine einseitige Auswahl von Arbeitnehmern mit vorwiegend überdurchschnittlich hohen Einkommen dar. Mehr als die Hälfte der veranlagten Lohnsteuerpflichtigen hatten ein Monatseinkommen aus

4) Die veranlagten Lohnsteuerpflichtigen sind auch in der Lohnsteuerstatistik 1957 enthalten. Theoretisch müßte die Zahl der veranlagten Lohnsteuerpflichtigen in beiden Statistiken übereinstimmen. Tatsächlich ist die Zahl hier aber höher als in der Lohnsteuerstatistik. Die Differenz erklärt sich aus dem unvollständigen Rückfluß der Lohnsteuerkarten

nichtselbständiger Arbeit zwischen 400 und 1 000 DM. Bei diesem Personenkreis dürfte es sich überwiegend um Lohnsteuerpflichtige handeln, die erhöhte Absetzungen für Wohngebäude (§ 7b EStG) in Anspruch nehmen konnten, was 1957 nur im Wege der Veranlagung möglich war. (Die Sondervergünstigungen nach dem § 7b EStG wurden 1957 in 21 000 Fällen wahrgenommen). Diese Pflichtigen haben demzufolge auch vielfach Verluste in der Einkunftsart "Vermietung und Verpachtung", was daraus hervorgeht, daß der Bruttolohn dieser Pflichtigen im Schnitt etwas höher war als ihr Gesamtbetrag der Einkünfte. In den anderen Gruppen (d. h. Bruttolohn unter 4 800 DM und über 12 000 DM im Jahr) machte dagegen das Arbeitseinkommen nur einen Teil des Gesamtbetrages der Einkünfte aus. Das zeigt sich besonders deutlich bei den veranlagten Lohnsteuerpflichtigen mit weniger als 2 400 DM Jahresbruttolohn, die nur etwa ein Sechstel (4,6 Mill. DM) des Gesamtbetrages der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit bezogen. Das Arbeitseinkommen hat hier nur die Bedeutung eines Nebeneinkommens.

Sondervergünstigungen

Neben den Sonderausgaben sieht das Einkommensteuerrecht eine Reihe von Sondervergünstigungen vor. Beide Arten bewirken eine Minderung des steuerpflichtigen Einkommens und damit gleichzeitig eine Ermäßigung der Steuerbelastung. Die Sondervergünstigungen werden aber bereits vor der Ermittlung des Gesamtbetrages der Einkünfte abgezogen. Es wird also nicht wie bei den Sonderausgaben verfahren, die erst nach der Gewinnermittlung berücksichtigt werden. Da die Sondervergünstigungen nicht im Steuerbescheid erhalten sind, wurden sie von den Finanzämtern besonders mitgeteilt. Die unbeschränkt Steuerpflichtigen, deren Veranlagung zu einem positiven Einkommen führte, nahmen einen Betrag von 61 Mill. DM als Sondervergünstigungen in Anspruch. Weitere 5,5 Mill. DM wurden bei Steuerpflichtigen festgestellt, deren Jahresabschluß einen Verlust ergab. Verglichen mit 1954 haben sich die Sondervergünstigungen sowohl anzahlmäßig als auch betragsmäßig mehr als verdoppelt. In den meisten Fällen wurden erhöhte Absetzungen für Wohngebäude (nach § 7 b EStG) nachgewiesen: 21 000 Steuerpflichtige, die mit Einkommen veranlagt wurden, machten 35 Mill. DM geltend. Die steuerliche Erleichterung des Wohnungsbaues, die neben den sonstigen Förderungsmaßnahmen der öffentlichen Hand wirksam wurde, hat seit 1954 erheblich an Bedeutung gewonnen; in diesem Jahr wurden nämlich nur von 9 150 Steuerpflichtigen 13,5 Mill. DM als erhöhte Abschreibungen für Wohngebäude ausgewiesen. In den Bereich der steuerlichen Förderung des Wohnungsbaues fällt auch die Bevorzugung des Baues von Landarbeiterwohnungen (§ 51 EStG). Dafür wurden in 115 Fällen 1,4 Mill. DM ermittelt, so daß der ganze Komplex der steuerlichen Erleichterung für den Wohnungsbau etwa 37 Mill. DM, das war mehr als die Hälfte des Gesamtbetrages der Sondervergünstigungen, ausmachte. Bei einem durchschnittlichen Steuersatz von knapp 20 % dürfte der Steuerausfall zugunsten des Wohnungsbaues etwa 7 Mill. DM oder 3 % der gesamten Steuerschuld betragen haben. Die Darlehensgewährung für den Wohnungsbau (§ 7 c EStG) hatte nur noch wenig Bedeutung, 1957 wurden nämlich nur für knapp 200 000 DM 7 c-Darlehen gegenüber 4 Mill. DM im Jahre 1954 gewährt. Rückläufig war ebenfalls die Inanspruchnahme der Bewertungsfreiheit für Schiffe (§ 7 d EStG). Eine Reihe von Sondervergünstigungen ist

seit 1954 neu eingeführt worden. Unter ihnen kamen die nach § 76 - 78 EStDV möglichen Sondervergünstigungen bei der Herstellung und Anschaffung bestimmter Wirtschaftsgüter von Land- und Forstwirten mit 13 Mill. DM zur Geltung. Die steuerbegünstigten Aufwendungen für die soziale Sicherung von Arbeitnehmern, d. h. die Zuführungen zu Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen und die Zuwendungen an Pensions- und Unterstützungskassen, die ebenfalls 1957 erstmalig auftraten, waren bei den natürlichen Personen von erheblich geringerer Bedeutung als bei den Körperschaften. Mit 2,4 Mill. DM machten sie nur etwa ein Sechstel des Betrages aus, den die Körperschaften im gleichen Jahr für diesen Zweck aufwandten.

Regionale Ergebnisse ⁵

In den vier kreisfreien Städten hatte knapp ein Drittel der gesamten Bevölkerung aber nur etwa ein Viertel der Steuerpflichtigen Schleswig-Holsteins seinen Wohnsitz. Von 1 000 Einwohnern der Landkreise waren 61, von 1 000 Einwohnern der kreisfreien Städte jedoch nur 49 einkommensteuerpflichtig. Dieser Unterschied beruht auf der Massierung von großen Wirtschaftsunternehmen und öffentlichen Verwaltungen in den kreisfreien Städten mit ihren vielen Arbeitnehmern. In den Landkreisen sind dagegen noch mittlere und kleinere Gewerbebetriebe ansässig, die im Durchschnitt weniger Arbeitnehmer als die städtischen Großbetriebe be-

Tab. 5 Gesamtbetrag der Einkünfte in den kreisfreien Städten und Landkreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis	Wohnbevölkerung am 31.12. 1957 ¹	Steuerpflichtige	Gesamtbetrag der Einkünfte		
			in 1 000 DM	je Steuerpflichtigen	je Einwohner
Flensburg	94 132	4 681	61 701	13 181	655
Kiel	260 868	12 355	160 774	13 013	616
Lübeck	230 061	11 737	150 153	12 793	653
Neumünster	72 608	3 563	42 631	11 965	587
Kreisfreie Städte	657 669	32 336	415 259	12 842	631
Eckernförde	66 373	3 339	32 398	9 703	488
Eiderstedt	19 322	1 374	12 188	8 870	631
Eutin	88 911	6 055	61 327	10 128	690
Flensburg-Land	62 155	3 206	26 745	8 342	430
Hzgt. Lauenburg	129 744	7 739	100 342	12 966	773
Husum	61 295	3 968	35 931	9 055	586
Norderdithmarschen	58 519	4 171	38 390	9 204	656
Oldenburg (Holstein)	77 090	4 519	49 123	10 870	637
Pinneberg	202 551	12 641	155 851	12 329	769
Plön	106 782	6 278	58 708	9 351	550
Rendsburg	155 800	8 454	90 709	10 730	582
Schleswig	98 451	5 998	54 645	9 111	555
Segeberg	91 280	5 747	51 478	8 957	564
Steinburg	122 722	6 979	77 479	11 102	631
Stormarn	133 901	8 500	100 186	11 787	748
Süderdithmarschen	73 596	4 881	45 288	9 278	615
Südtondern	58 185	4 458	40 543	9 094	697
Landkreise	1 606 677	98 307	1 031 331	10 491	642
Schleswig-Holstein	2 264 346	130 643	1 446 590	11 073	639

1) nach den Ergebnissen der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 fortgeschrieben

5) Die regionale Zuordnung des Einkommens gibt nicht in jedem Fall den Entstehungsort des Einkommens wieder, da die Steuerpflichtigen an ihrem Wohnsitz und nicht am Sitz des Betriebes veranlagt werden

schäftigen. So entfielen auf einen Einkommensteuerpflichtigen in den kreisfreien Städten 8, in den Landkreisen nur 5 lohnsteuerpflichtige Arbeitnehmer. Die höchste Steuerpflichtigendichte mit 77 Einkommensteuerpflichtigen je 1 000 Einwohner wurde im Kreis Südtondern festgestellt, die niedrigste (47) hatte die Stadt Kiel aufzuweisen. Der durchschnittliche Gesamtbetrag der Einkünfte belief sich für die Steuerpflichtigen in den kreisfreien Städten auf 12 800 DM, in den Landkreisen auf 10 500 DM, wobei die Landkreise Hzgt. Lauenburg (13 000 DM) und Pinneberg (12 300 DM) weit über dem Durchschnitt der Landkreise und auch über dem Landesdurchschnitt lagen. Der niedrigste durchschnittliche Gesamtbetrag der Einkünfte wurde im Kreise Flensburg-Land festgestellt (8 300 DM), der höchste Durchschnittswert wurde mit 13 200 DM von Steuerpflichtigen, die in Flensburg wohnten, erreicht. Ordnet man die regionalen Einheiten nach einem durchgängigen Vergleichsmaßstab, wie es der Gesamtbetrag der Einkünfte je Einwohner ist, dann zeigt sich, daß die Unterschiede zwischen kreisfreien Städten und Landkreisen lange nicht so groß sind, wie bei der Betrachtung des durchschnittlichen Gesamtbetrages der Einkünfte je Steuerpflichtigen: im Landesdurchschnitt wurden nämlich 639 DM Einkünfte je Einwohner errechnet, die Landkreise lagen mit 642 DM etwas über dem Landesdurchschnitt, die kreisfreien Städte blieben mit 631 DM je Einwohner leicht darunter. Den höchsten je-Kopf-Betrag erzielte der Kreis Hzgt. Lauenburg, gefolgt von Pinneberg und Stormarn, am Ende lagen Eckernförde mit 488 DM und Flensburg-Land mit 430 DM. Die vier kreisfreien Städte hatten bei dieser Betrachtungsweise gute Mittelpositionen.

Begriffe und Methoden

Die Einkommensteuerstatistik 1957 wurde in allen Ländern des Bundesgebietes und in Westberlin auf Grund der Verordnung über die Durchführung einer Statistik der veranlagten Einkommensteuer und Körperschaftsteuer für das Jahr 1957 vom 4. Juli 1958 durchgeführt.

1. Als Erhebungsunterlagen dienten die Durchschriften der Steuerbescheide 1957 (Statistische Blätter). Für Steuerpflichtige, die von der Abgabe einer Steuererklärung befreit waren, wurden die Angaben des letzten Steuerbescheides auf ein Statistisches Blatt übertragen. Die in Anspruch genommenen Sondervergünstigungen sind in den Steuerbescheiden nicht enthalten. Sie wurden gemäß Anordnung des BMF auf den Statistischen Blättern besonders vermerkt.
2. Für NV-Fälle (Nichtveranlagte) unterblieb die Ausfüllung eines Statistischen Blattes. Hier wurde nur die Zahl der Fälle von den Finanzämtern mitgeteilt. Ein NV-Fall liegt vor, wenn sich ohne besondere Prüfung ergab, daß das Einkommen bei unbeschränkt Steuerpflichtigen einen bestimmten Betrag nicht überschritt, und zwar:

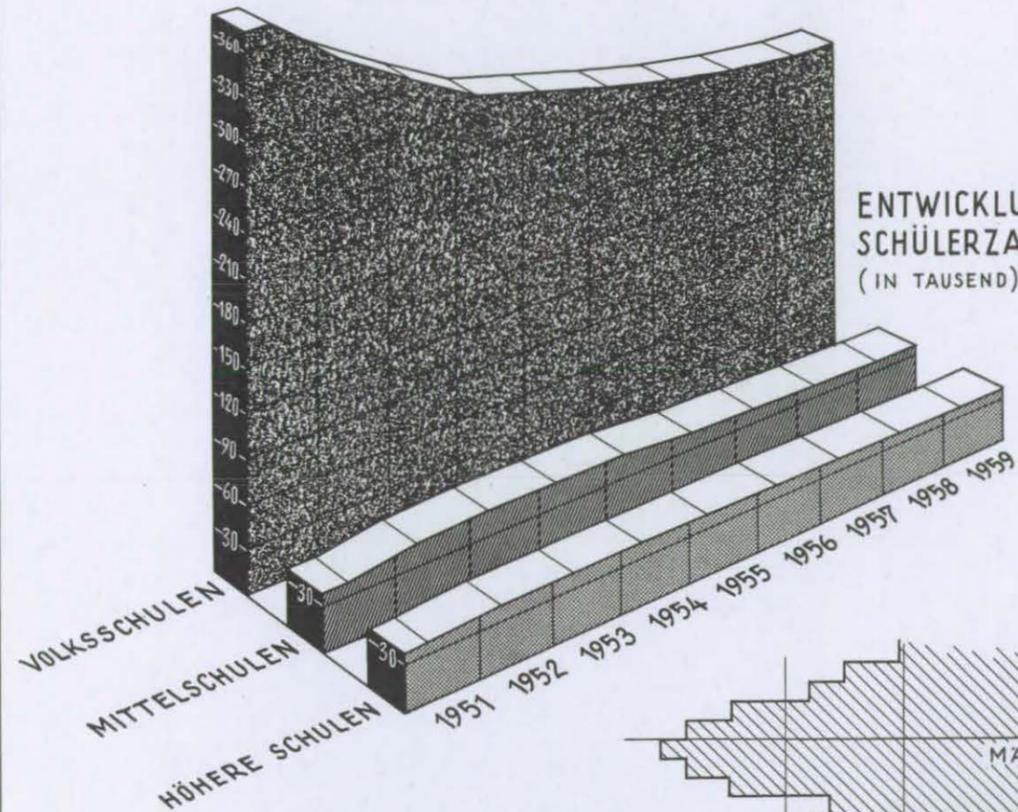
Steuerklasse I	1 101 DM
Steuerklasse II	2 001 DM
Steuerklasse III	2 751 DM

Die Veranlagung entfiel ebenfalls

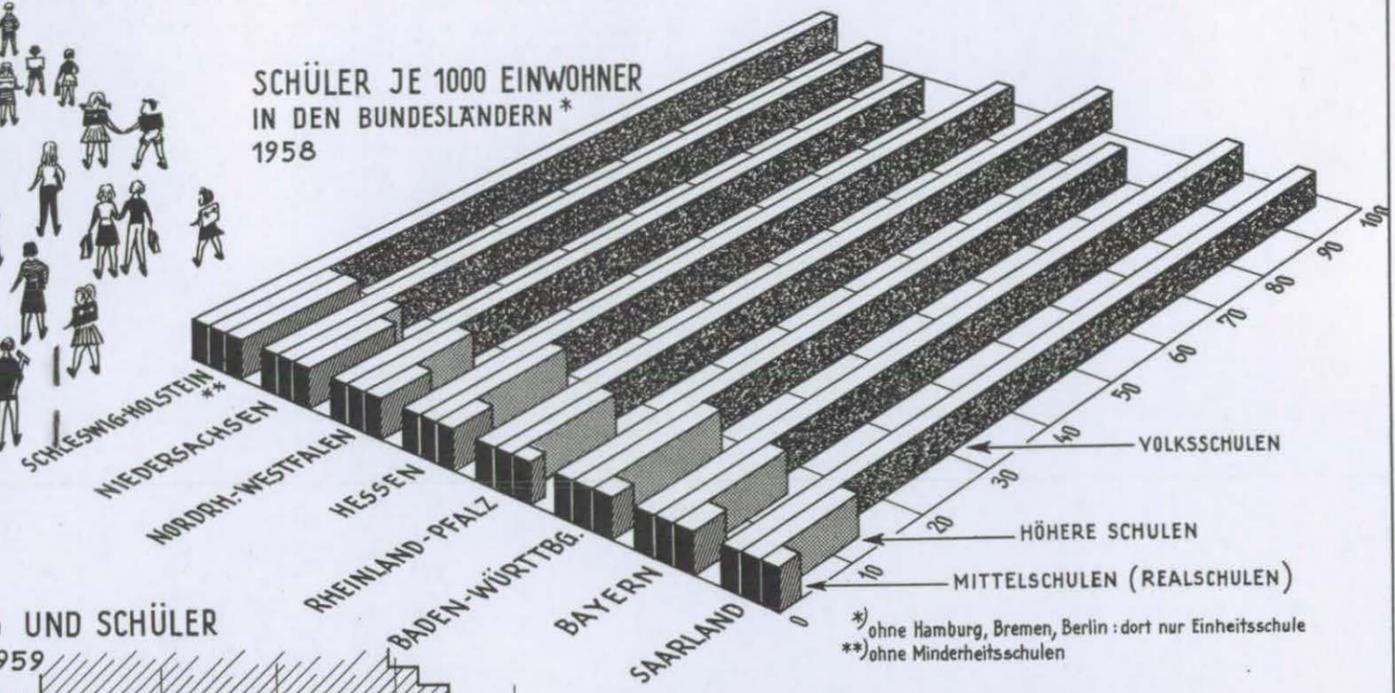
- a) bei Steuerpflichtigen, deren Gewinn nach der VOL⁶ ermittelt wurde und 1 000 DM (bei Einwanderern usw. 2 000 DM) nicht überschritt, sofern keine anderen Einkünfte vorhanden waren,

6) Verordnung über die Aufstellung von Durchschnittssätzen für die Ermittlung des Gewinns aus Land- und Forstwirtschaft vom 2.3.1949

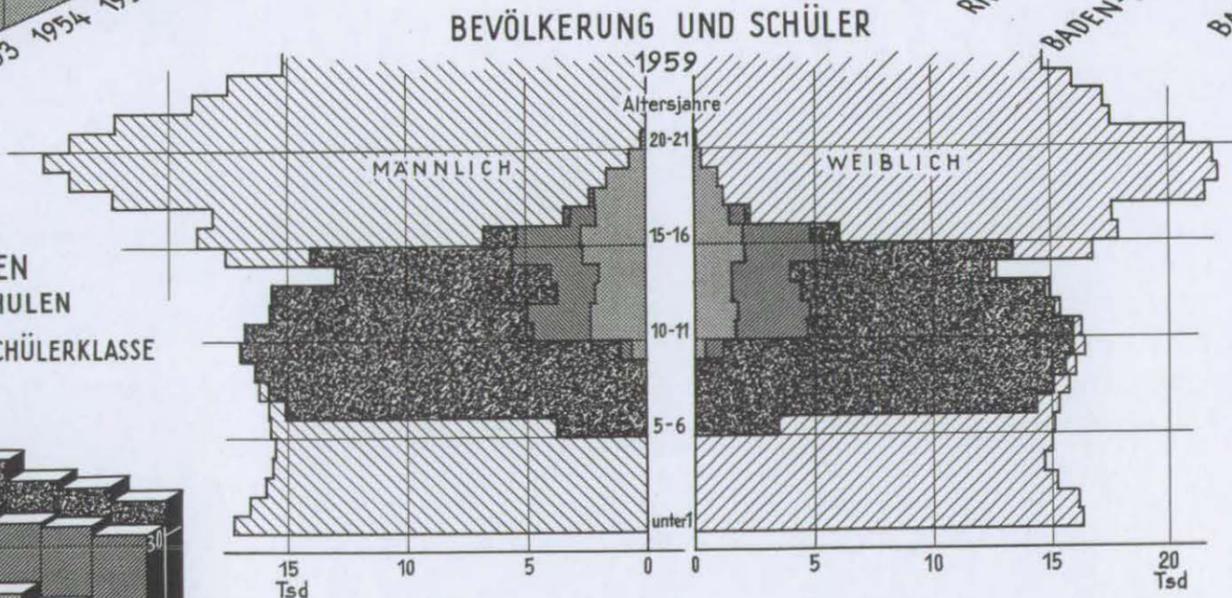
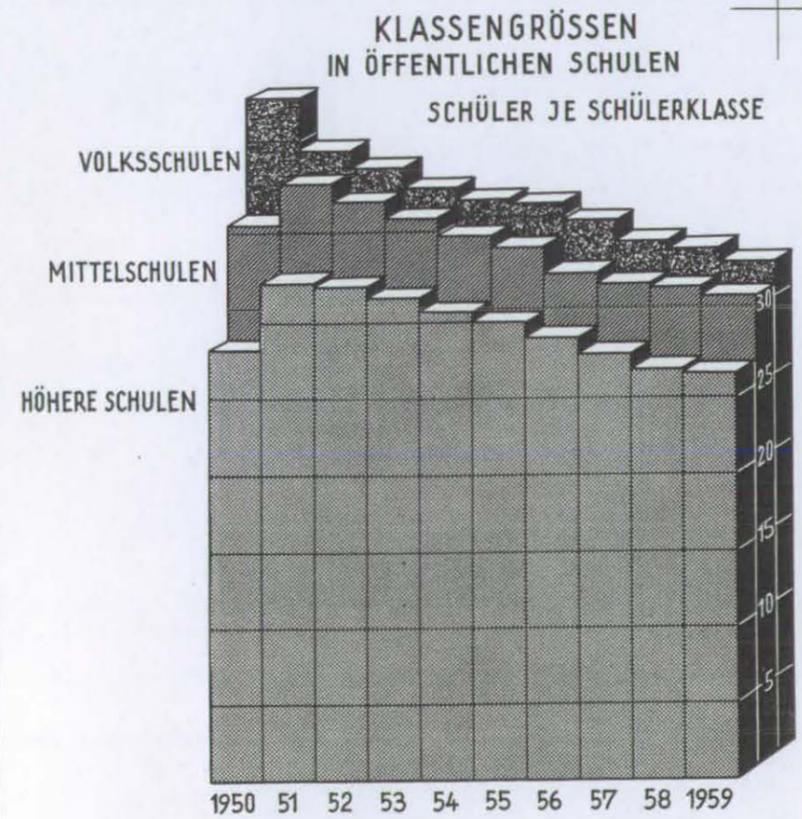
ALLGEMEINBILDENDE SCHULEN IN SCHLESWIG-HOLSTEIN



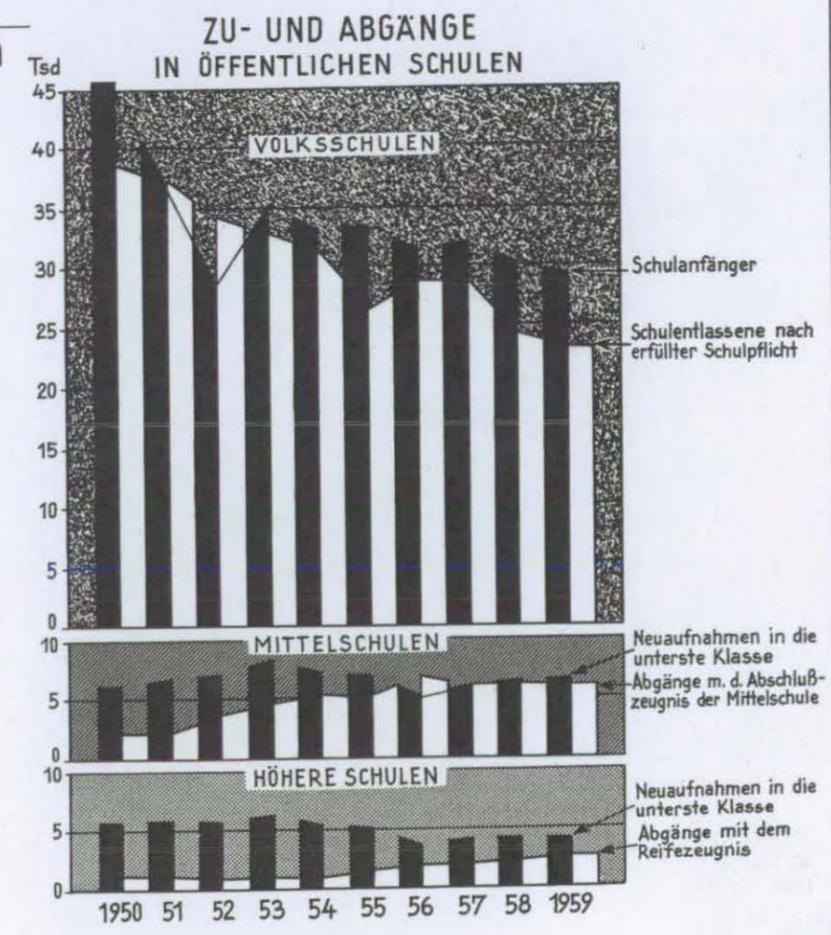
SCHÜLER JE 1000 EINWOHNER IN DEN BUNDESLÄNDERN* 1958



* ohne Hamburg, Bremen, Berlin: dort nur Einheitsschule
 ** ohne Minderheitsschulen



Im Mai 1959 besuchten in Schleswig-Holstein 305 800 Schüler eine öffentliche oder private allgemeinbildende Schule, und zwar 76% eine Volksschule (einschl. Hilfs- und Sonderschule), 12% eine Mittelschule und 12% eine höhere Schule. Die Schülerzahl hat im letzten Jahrzehnt ständig abgenommen. Für die ersten Jahre nach 1950 ist dies hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß viele Menschen aus Schleswig-Holstein abwanderten. Aber auch die unterschiedliche Besetzung der Geburtsjahrgänge, zu denen die Schulkinder jeweils gehören, beeinflusst die Schülerzahl. So ist z. B. zu erwarten, daß die Zahl der Volksschüler nach 1963 wieder zunehmen wird, weil bis dahin die Schüler aus den schwachen Geburtsjahren um Kriegsende die Schulen verlassen haben werden. - 1958 kamen im Bundesdurchschnitt auf 1 000 Einwohner 118 Schüler an allgemeinbildenden Schulen. Für Schleswig-Holstein galt dagegen die Relation 139 Schüler je 1 000 Einwohner. Mit dieser Ziffer stand Schleswig-Holstein an der Spitze aller Bundesländer. Dabei ist zu beachten, daß in Schleswig-Holstein die neunjährige Schulpflicht besteht und daß das Land ein besonders gut ausgebautes Mittelschulwesen hat.



- b) für Steuerpflichtige, die nur Kapitalerträge gemäß § 43 Abs. 1, Ziff. 3 - 5 EStG 1957 bezogen und keinen Antrag nach § 46 a, Satz 2 EStG gestellt hatten,
- c) wenn die Einkünfte bei beschränkt Steuerpflichtigen weniger als 20 DM betragen.
3. Ein Verlustfall liegt vor, wenn die Veranlagung kein Einkommen, sondern einen Verlust oder, soweit keine Sonderausgaben geltend gemacht worden sind, einen negativen Gesamtbetrag der Einkünfte ergibt.
4. Unbeschränkt Steuerpflichtige sind natürliche Personen, die im Inland einen Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben.
5. Beschränkt steuerpflichtig, d. h. nur mit ihren inländischen Einkünften veranlagt, werden solche natürlichen Personen, die im Inland weder einen Wohnsitz noch ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben.
6. Einkommen ist der Gesamtbetrag der Einkünfte aus den Einkunftsarten: 1. Land- und Forstwirtschaft
2. Gewerbebetrieb
3. Selbständige Arbeit
4. Nichtselbständige Arbeit
5. Kapitalvermögen
6. Vermietung und Verpachtung
7. Sonstige Einkünfte (gemäß § 22 EStG)
nach Ausgleich mit Verlusten und nach Abzug der Sonderausgaben (§ 2 EStG)
7. Steuerschuld ist die im Veranlagungszeitraum festgesetzte Einkommensteuer vor Abzug etwaiger Steuerabzugsbeträge vom Arbeitslohn, vom Kapitalertrag, von Aufsichtsratsvergütungen und anzurechnende ausländische Einkommensteuer.
8. Pauschbeträge für Sonderausgaben wurden in Höhe von 624 DM bei Steuerpflichtigen mit Einkünften aus nicht selbständiger Arbeit oder mit wiederkehrenden Bezügen (Renten usw.) und in Höhe von 200 DM bei allen übrigen Steuerpflichtigen angerechnet, soweit diese nicht darüber hinausgehende Sonderausgaben geltend machten.
9. Lohnsteuerpflichtige mussten veranlagt werden, wenn
- a) das Einkommen 24 000 DM und mehr betrug,
- b) die Einkünfte, von denen der Steuerabzug vom Arbeitslohn nicht vorgenommen worden ist, mehr als 600 DM betragen,
- c) ein Arbeitnehmer Einkünfte aus mehreren Dienstverhältnissen bezog, die dem Lohnsteuerabzug unterliegen, und der Gesamtbetrag dieser Einkünfte 4 800 DM überschritt,
- d) der Ehegatte des Arbeitnehmers nach § 26 a EStG getrennt veranlagt wurde,
- e) die Veranlagung aus bestimmten Gründen beantragt wurde (siehe § 46, Ziff. 5 EStG).
10. Im Veranlagungszeitraum 1957 konnten Ehegatten erstmalig zwischen getrennter Veranlagung, uneingeschränkter Zusammenveranlagung und eingeschränkter Zusammenveranlagung wählen.
- a) Bei getrennter Veranlagung wurde jeder Ehegatte nach Steuerklasse I besteuert, etwaige Kinderfreibeträge wurden bei jedem Ehegatten zur Hälfte berücksichtigt.
- b) Bei der uneingeschränkten Zusammenveranlagung mussten sämtliche Einkünfte der Ehegatten zusammengerechnet werden; sie wurden entsprechend ihrem Familienstand unter Gewährung eines Freibetrages von 600 DM besteuert.
- c) Bei der eingeschränkten Zusammenveranlagung scheidet bestimmte Einkünfte eines Ehegatten für die Zusammenveranlagung nach der familiengerechten Steuerklasse aus und werden gesondert nach Steuerklasse I veranlagt.

Die Einkommensteuerstatistik 1957 wurde erstmalig nicht mehr total aufbereitet wie die Einkommensteuerstatistiken 1950 und 1954, sondern nach einem geschichteten Stichprobenverfahren. Dabei wurden die Belege (Statistische Blätter) von Steuerpflichtigen mit einem Jahreseinkommen von 25 000 DM und mehr total und die Belege von Steuerpflichtigen mit Einkommen unter 25 000 DM im Jahre 1957 repräsentativ aufbereitet. Unter den 130 600 Belegen waren 6 600 mit Einkommen von 25 000 DM und mehr, so dass für die Stichprobenmasse 124 000 Belege verblieben. Aus diesen Belegen wurden jeweils nach den Besetzungszahlen der einzelnen Schichten Stichproben nach dem Zufallsprinzip gezogen und aufbereitet. Die Auswahlätze bewegten sich zwischen 20 % und 100 % der jeweiligen Stichprobenmasse. Insgesamt kamen 39 900 Belege in die Aufbereitung; somit ergab sich ein durchschnittlicher Auswahlatz von gut 30 %. Die anzurechnenden Steuerabzugsbeträge vom Kapitaleertrag, von Aufsichtsratsvergütungen sowie die Veranlagungsarten und die Sondervergünstigungen wurden total erfasst.

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

Die Entwicklung der Angestelltengehälter in Industrie und Handel

Durch das Gesetz über die Lohnstatistik vom 18. Mai 1956 ist die bis dahin auf die Industriearbeiter beschränkte Verdiensterhebung auch auf die Angestellten in Industrie und Handel sowie auf die Arbeiter im Handwerk und in der Landwirtschaft ausgedehnt worden. Die in diesem Gesetz angeordnete Reform wurde 1957 wirksam. Die Angestelltengehälter werden seit Februar 1957 vierteljährlich in den Monaten Februar, Mai, August und November erfaßt, und zwar in allen Wirtschaftsgruppen der Industrie, im Baugewerbe sowie im Handel, Geld- und Versicherungswesen. Da inzwischen die Ergebnisse von mehr als drei Jahren vorhanden sind, erscheint es angebracht, die Gehaltsentwicklung während dieser Zeit aufzuzeigen.

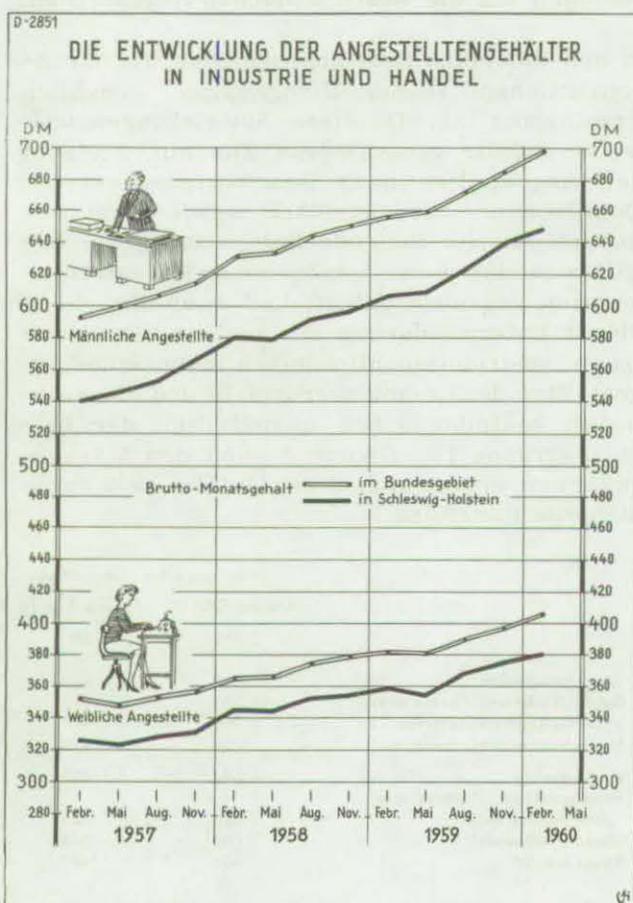
Im Mai 1960 betrug das durchschnittliche Brutto-Monatsgehalt der männlichen Angestellten in Schleswig-Holstein 653 DM; das sind 20% mehr als im Mai 1957. Die weiblichen Angestellten verdienen im Mai 1960 im Mittel 379 DM. In den drei Jahren seit Mai 1957 haben sie

ihren Monatsverdienst um 17% gesteigert. Bei ihnen war der Gehaltsanstieg nicht ganz so stark wie bei den Männern, im Gegensatz zu den Industriearbeiterinnen, die in der gleichen Zeit eine kräftigere Lohnerhöhung aufzuweisen hatten als ihre männlichen Kollegen. Der Abstand zwischen den durchschnittlichen Monatsgehältern von Männern und Frauen hat sich demnach in den letzten drei Jahren geringfügig erweitert. Im Mai 1957 machte das Brutto-Monatsgehalt der weiblichen Angestellten 59,3% des Verdienstes ihrer männlichen Kollegen aus, im Mai 1960 indessen nur 58,0%. Der niedrigere Durchschnittsverdienst der Frauen ist vor allem bedingt durch die unterschiedliche Zusammensetzung der männlichen und weiblichen Angestellten hinsichtlich Beschäftigungsart, Qualifikation, Wirtschaftszweig, Alter und Familienstand. Nach den Ergebnissen der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1957¹ handelt es sich

1) vergleiche hierzu "Die Gehalts- und Lohnstruktur in der gewerblichen Wirtschaft" in Stat. Monatsh. S.-H. 1959, S. 132 (Juni)

bei einem großen Teil aller weiblichen Angestellten in Industrie und Handel um jüngere und weniger qualifizierte kaufmännische Angestellte. Unter den Männern sind dagegen vergleichsweise viel mehr ältere und höher qualifizierte Angestellte anzutreffen. Wenn auch diese Ergebnisse nicht für ein Urteil darüber ausreichen, ob die tariflich gewährleistete gleiche Bezahlung von Männern und Frauen bei gleicher Arbeit auch in der Praxis immer besteht, so kann mit ihnen doch nachgewiesen werden, daß die bestehenden Verdienstabweichungen mindestens weitgehend auf Unterschiede in der Beschäftigtenstruktur und nicht auf eine Unterbezahlung der weiblichen Arbeitskräfte zurückzuführen sind.

der gewerblichen Struktur eine Rolle, außerdem Unterschiede in der Ortsklassen- und Betriebsgrößenstruktur und schließlich Unterschiede in der Zusammensetzung der Angestellten nach Geschlecht, Beschäftigungsart, Qualifikation, Alter und Familienstand. Hinzu kommen noch die unterschiedlichen Angebots- und Nachfragekonstellationen auf den Arbeitsmärkten der einzelnen Länder. In Ländern mit größerem Arbeitskräftemangel werden die effektiven Arbeitsverdienste natürlich höher über die tariflichen Sätze hinausragen als in Ländern, in denen der Mangel nicht groß ist.



Im Bundesgebiet wurden im Schnitt höhere Gehälter gezahlt als in Schleswig-Holstein, wie aus der Abbildung hervorgeht. In der Zeit von Februar 1957 bis Februar 1960 lag das in Schleswig-Holstein ermittelte Brutto-Monatsgehalt der männlichen Angestellten 7% bis 9% und das der weiblichen Angestellten 5% bis 7% unter dem entsprechenden Bundesdurchschnitt. In Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg sind die Gehälter im Mittel am höchsten, in Schleswig-Holstein, Bayern und Rheinland-Pfalz am niedrigsten. Die Verdienstunterschiede von Land zu Land sind vor allem strukturell bedingt. Da spielen Unterschiede in

Tab. 1 Die Gehälter der kaufmännischen und technischen Angestellten

Mai	Männer			Frauen		
	kaufmännisch	technisch	zusammen	kaufmännisch	technisch	zusammen
Brutto-Monatsgehalt in DM						
1957	512	644	545	318	413	323
1958	546	682	579	343	379	344
1959	575	708	608	352	399	354
1960	618	753	653	377	432	379
Meßziffern (1957 = 100)						
1958	107	106	106	108	92	107
1959	112	110	112	111	97	110
1960	121	117	120	119	105	117

Besonderes Interesse verdienen die Verdienstabweichungen hinsichtlich der Beschäftigungsart, das heißt die Differenzen zwischen den durchschnittlichen Monatsverdiensten der kaufmännischen und technischen Angestellten. In den drei Jahren seit Mai 1957 konnten die kaufmännischen Angestellten in Schleswig-Holstein ihren Brutto-Monatsverdienst merklich stärker steigern als die "Techniker"; das gilt gleichermaßen für Männer und Frauen (vergleiche Tabelle 1). Im Zuge dieser unterschiedlichen Gehaltsentwicklung verringerte sich der Verdienstvorsprung der männlichen² technischen Angestellten vor ihren kaufmännischen Kollegen

in der Industrie³ von 17,1 % auf 13,8 %
 im Handel, Geld- und Versicherungswesen von 15,8 % auf 8,7 %.

In den einzelnen Wirtschafts-Hauptgruppen der Industrie variiert der Verdienstvorsprung der technischen Angestellten recht erheblich. Er betrug

	im Mai	
	1957	1960
in der Energiewirtschaft	23,5	24,1
in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	20,4	17,5
in den Investitionsgüterindustrien	15,4	11,2
in den Verbrauchsgüterindustrien	12,0	6,3
in den Nahrungs- und Genussmittelindustrien	17,1	8,5
im Baugewerbe	16,8	18,9

2) nur knapp 3 % aller erfaßten Angestellten sind weibliche "Techniker", deshalb wird auf eine tiefere Gliederung ihres Verdienstvorsprungs verzichtet

3) wenn in diesem Aufsatz der Begriff "Industrie" verwendet wird, ist immer die Industrie einschließlich des Baugewerbes gemeint

In den Verbrauchsgüter- und den Nahrungs- und Genußmittelindustrien verminderte sich der Verdienstvorsprung der "Techniker" besonders stark, während er sich in der Energiewirtschaft und im Baugewerbe sogar geringfügig erweiterte. Der höhere Verdienst der technischen Angestellten erklärt sich daraus, daß es sich bei ihnen häufig um Absolventen von technischen Lehranstalten oder Hochschulen mit einer längeren und spezielleren Ausbildung als der allgemeinen kaufmännischen handelt. Auch sind die "Techniker" infolge ihrer längeren Berufsausbildung durchschnittlich älter als die kaufmännischen Angestellten.

In den einzelnen Leistungsgruppen haben sich die Angestelltegehälter nicht einheitlich entwickelt (vergleiche Tabelle 2). Sowohl bei den Männern als auch Frauen stiegen die Gehälter in den Leistungsgruppen II und V merklich stärker an als in den mittleren Qualifikationsgruppen. Besonders auffallend ist diese Erscheinung bei den weiblichen Angestellten zu beobachten. So konnten die Frauen in Leistungsgruppe II ihren Monatsverdienst in den drei Jahren seit Mai 1957 dreimal so kräftig steigern wie die in Leistungsgruppe IV. Infolge dieser unterschiedlichen Verdienstenwicklung hat sich natürlich die Gehaltsabstufung deutlich verschoben. Der Vorsprung der Leistungsgruppe II gegenüber III erweiterte sich bei den Männern von 26% auf 28% und bei den Frauen von 27% auf 49%, während sich der Vorsprung der Leistungsgruppe IV gegenüber V bei den Männern von 23% auf 16% und bei den Frauen von 18% auf 1% verminderte. Bei den Industriearbeitern verlief die Entwicklung ähnlich; die Löhne der männlichen und weiblichen Facharbeiter und der weiblichen ungelerten Arbeiter sind in den letzten Jahren kräftiger angestiegen als die der angelernten Männer und Frauen.

Tab. 2 Die Angestelltegehälter in den Leistungsgruppen

Mai	Männer in Leistungsgruppe				Frauen in Leistungsgruppe			
	II	III	IV	V	II	III	IV	V
	Brutto-Monatsgehalt in DM							
1957	753	598	397	324	521	411	304	258
1958	805	638	423	369	606	446	316	307
1959	838	661	442	381	654	462	328	304
1960	901	702	465	409	738	496	347	344
	Meßziffern (1957 = 100)							
1958	107	107	107	114	116	109	104	119
1959	111	111	111	118	126	112	108	118
1960	120	117	117	126	142	121	114	133

In der Industrie verdienen die Angestellten im Mittel merklich mehr als im Handel, Geld- und Versicherungswesen (vergleiche Tabelle 3). Im Mai 1960 belief sich die Spanne zwischen den in der Industrie und den im Handel, Geld- und Versicherungswesen durchschnittlich gezahlten

Monatsverdiensten bei den Männern auf + 19% und bei den Frauen auf + 16%. Der Verdienstvorsprung der Industrie war in den unteren beiden Leistungsgruppen ausgeprägter als in den oberen. - In der Zeit von Mai 1957 bis Mai 1960 erhöhten sich die Angestelltegehälter im Handel etwas stärker als in der Industrie; demnach ist die eben erwähnte Verdienstspanne vorher noch größer gewesen. Zum größten Teil dürften diese Gehaltsdifferenzen durch Unterschiede in der Beschäftigtenstruktur bedingt sein. Im Handel ist der Anteil der jüngeren und weniger qualifizierten Angestellten größer als in der Industrie. Außerdem gibt es im Handel nur sehr wenig technische Angestellte, die ja, wie oben ausgeführt wurde, im Schnitt höhere Gehälter beziehen als die kaufmännischen Angestellten.

In den einzelnen Branchen weichen die durchschnittlichen Angestelltegehälter erheblich voneinander ab. Da diese Abweichungen teilweise auf die verschiedene Zusammensetzung der Angestellten nach Beschäftigungsart und Qualifikation zurückgeführt werden müssen, wurden für die folgende Rangordnung die Gehälter zweier etwas homogenerer Angestelltengruppen zugrunde gelegt, und zwar die, die in dieser Untergliederung am zahlreichsten vertreten sind: die männlichen kaufmännischen Angestellten der Leistungsgruppe III und die weiblichen kaufmännischen Angestellten der Leistungsgruppe IV. Geordnet nach den Männergehältern ergibt sich dann für Mai 1960 nachstehende Rangfolge:

	Kaufmännische Angestellte	
	Männer LGr III	Frauen LGr IV
	DM	DM
Energiewirtschaft	841	485
Geld-, Bank- und Börsenwesen	830	454
Verbrauchsgüterindustrien	755	379
Investitionsgüterindustrien	716	447
Baugewerbe	684	371
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	677	406
Binnengroßhandel	603	341
Einzelhandel	601	307

Hätte man die obige Rangfolge der Wirtschaftsbereiche nach den Durchschnittsverdiensten aller männlichen Angestellten aufgestellt, die in Tabelle 3 angegeben sind, dann würde das Baugewerbe an erster Stelle stehen; das erklärt sich daraus, daß hier relativ viel technische Angestellte beschäftigt sind.

In den letzten drei Jahren sind die Angestelltegehälter in den einzelnen Wirtschaftsbereichen nicht gleich stark angestiegen (vergleiche Tabelle 3). In der Energiewirtschaft sowie im Geld-, Bank- und Börsenwesen konnten die Angestellten ihr Gehalt überdurchschnittlich steigern, während sie in den Nahrungs- und Genußmittelindustrien etwas hinter

Tab. 3 Die Angestelltengehälter in den Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Männer			Frauen			
	Mai		Anstieg seit 1957 in %	Mai		Anstieg seit 1957 in %	
	1957	1960		1957	1960		
Brutto-Monatsgehalt in DM				Brutto-Monatsgehalt in DM			
Industrie (einschl. Baugewerbe)	603	715	19	360	420	17	
darunter							
Energiewirtschaft	592	754	27	388	479	23	
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	591	693	17	376	452	20	
Investitionsgüterindustrien	605	721	19	369	424	15	
Verbrauchsgüterindustrien	604	717	19	351	398	13	
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	567	660	16	346	407	18	
Baugewerbe	660	781	18	345	410	19	
Handel, Geld- und Versicherungswesen	497	599	21	304	361	19	
darunter							
Binnengroßhandel	475	570	20	313	371	19	
Einzelhandel	466	566	21	284	337	19	
Vermittlung, Werbung, Verleih	548	640	17	317	423	33	
Geld-, Bank-, Börsenwesen	559	714	28	358	448	25	

der allgemeinen Verdiensterhöhung zurückblieben.

Es liegt nahe, den Anstieg der Angestelltengehälter mit dem Anstieg der Industriearbeiterlöhne zu vergleichen. In den drei Jahren von Mai 1957 bis Mai 1960 haben sich die Gehälter in Industrie und Handel nicht ganz so stark erhöht wie die Löhne der Industriearbeiter. Das Brutto-Monatsgehalt der männlichen Angestellten stieg um 20% und das der weiblichen um 17%; dagegen steigerten die männlichen Industriearbeiter ihren Brutto-Wochenlohn um 24% und die weiblichen ihren sogar um 27%. Im Zuge dieser Entwicklung konnten die männlichen

angelernten Arbeiter ihren Verdienstvorsprung vor den männlichen Angestellten in Leistungsgruppe IV erheblich erweitern und die weiblichen angelernten Arbeiter ihren Verdienstabstand gegenüber den weiblichen Angestellten in Leistungsgruppe IV beträchtlich vermindern; den Facharbeitern gelang es, den Verdienstabstand zu den Angestellten in Leistungsgruppe III merklich zu verkürzen (vergleiche Tabelle 4). Bemerkenswert ist, daß die männlichen ungelerten Arbeiter im Mai 1960 immerhin 51 DM mehr verdienten als die männlichen Angestellten in Leistungsgruppe IV; dazu gehören kaufmännische und technische Angestellte ohne eigene Entscheidungsbefugnis in einfacher Tätigkeit, deren Ausübung eine abgeschlossene Berufsausbildung oder durch mehrjährige Berufsarbeit erworbene Fachkenntnisse voraussetzt.

Tab. 4 Die Brutto-Monatsverdienste ausgewählter Angestellten- und Industriearbeitergruppen

Geschlecht	Mai 1957			Mai 1960		
	Ange-	Ar-	Ver-	Ange-	Ar-	Ver-
	stellte	beiter		stellte	beiter	
Leistungsgruppe der Angestellten bzw. Arbeiter	Brutto-Monatsverdienst in DM		denst-abstand der Arbeiter in %	Brutto-Monatsverdienst in DM		denst-abstand der Arbeiter in %
Männer						
III bzw. 1	598	514	- 14	702	637	- 9
IV " 2	397	466	+ 17	465	565	+ 22
V " 3	324	413	+ 27	409	516	+ 26
Frauen						
III bzw. 1	411	286	- 29	496	358	- 28
IV " 2	304	278	- 9	347	341	- 2
V " 3	258	272	+ 5	344	352	+ 2

Dr. Enno Heeren

Kurzberichte

Die ausländischen Studierenden an der Universität Kiel

Unter den 4 498 Studierenden, die im Wintersemester 1959/60 an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel immatrikuliert waren, befanden sich 447 Ausländer. Die Norweger waren dabei mit 185 Studierenden am stärksten vertreten. Sie studierten fast alle Medizin, und zwar 99 allgemeine Medizin und 85 Zahnmedizin. Die zweitstärkste Gruppe bildeten die Studierenden aus dem Iran. Sie interessierten sich besonders für das medizinische und für das landwirtschaftliche Studium.

Die ausländischen Studierenden verteilten sich recht unterschiedlich auf die einzelnen Fakultäten. Die Medizinische Fakultät stand mit 355 Ausländern weitaus an der Spitze. Fast ein Drittel der Studierenden dieser Fakultät kam aus dem Ausland. Die Philosophische Fakultät hatte 51 Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Rund die Hälfte davon waren Naturwissenschaftler. Von den 25 Ausländern, die in der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät eingeschrieben waren, studierten 22 Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und nur 3 Rechtswissenschaften. Die Landwirtschaftliche Fakultät wurde von 15 Ausländern besucht, die fast alle aus dem Iran kamen. Der einzige

Die ausländischen Studierenden an der Universität
in Kiel im Wintersemester 1959/60

Herkunftsland	Ausländische Studierende	davon in der				
		Theologischen	Rechts- und Staatswissenschaftlichen	Medizinischen	Philosophischen	Landwirtschaftlichen
		Fakultät				
Norwegen	185	-	-	184	1	-
Iran	77	-	2	60	4	11
Irak	23	-	-	22	1	-
Griechenland	22	-	2	16	4	-
Vereinigte Arabische Republik	19	1	1	14	2	1
Schweden	16	-	1	15	-	-
Finnland	15	-	-	14	1	-
USA	10	-	2	1	7	-
Übrige Länder ¹	80	-	17	29	31	3
Insgesamt	447	1	25	355	51	15
darunter Frauen	55	-	3	39	13	-

1) Hier sind alle Länder zusammengefaßt, aus denen weniger als 10 Studierende in Kiel waren. Außerdem sind in dieser Zeile 6 Staatenlose enthalten

ausländische Student der Theologischen Fakultät war Angehöriger der Vereinigten Arabischen Republik.

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey

Vergleiche auch: "Studierende an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel" in Stat. Monatsh. S.-H. 1958, S. 18 (Januar)

Volkshochschulen 1959/60

Im 3. Trimester 1959/60, das die Monate April bis Juli 1960 umfaßt, gab es in Schleswig-Holstein 167 Volkshochschulen. In dieser Zahl sind nur die Abendvolkshochschulen enthalten. Es gibt außerdem in Schleswig-Holstein noch vier Heimvolkshochschulen in Leck, Lunden, Ratzeburg und Rendsburg sowie eine Sommervolkshochschule in Klappholttal auf Sylt, eine ev.-luth. Landvolkshochschule auf dem Koppelsberg bei Plön und die Grenzakademie Sankelmark bei Oeversee im Kreis Flensburg. Die Abendvolkshochschulen hatten im 3. Trimester 1959/60 44 000 Hörer, die für Kurse eingetragen waren und beinahe 65 000 Hörer, die Einzelveranstaltungen besuchten. Das 3. Trimester hat, weil es in die Frühjahrs- und Sommermonate fällt, weniger Besucher als das 1. und 2. Trimester. Das 2. Trimester (Januar bis März 1960) hatte 59 000 Hörer in Kursen und 142 000 Besucher in Einzelveranstaltungen. Seit 1950/51 hat sich die Zahl der Abendvolkshochschulen in Schleswig-Holstein fast verdoppelt. Der Hörerkreis ist sehr viel größer geworden. Während in den drei Trimestern des Lehrgangs 1950/51 die Kurse von 69 000 Hörern besucht wurden, kamen 1959/60 insgesamt 156 000 Hörer. Die

Abendvolkshochschulen in Schleswig-Holstein 1959/60

Lehrgang 1959/60	Zeitraum	Schulen	Zahl der Hörer in	
			Kursen ¹	Einzelveranstaltungen
			in 1 000	
1. Trimester	Sept. – Dez. 1959	157	52	110
2. Trimester	Jan. – März 1960	165	59	142
3. Trimester	April – Juli 1960	167	44	65

1) nur eingetragene Hörer

Quelle: Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holstein e.V.

Einzelveranstaltungen von 1950/51 wurden von 122 000 und die von 1959/60 von 317 000 Teilnehmern besucht.

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey

Jugendgruppen 1960

Nach Angaben des Landesjugendamtes gab es im April 1960 in Schleswig-Holstein 2 391 Jugendgruppen, die als förderungswürdig anerkannt sind. Sie hatten insgesamt 243 000 Mitglieder. Fast die Hälfte der Mitglieder gehörte zur Sportjugend. Neben der Sportjugend hatten noch die Evangelische Jugend, die Gewerkschaftsjugend (DGB) und die Jugend der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft mehr als 10 000 Mitglieder. Auf diese vier Arten von Jugendgruppen entfielen drei Viertel aller Mitglieder. Die Verteilung der Jugendgruppen auf die einzelnen Kreise des Landes war unterschiedlich. Sie hängt damit zusammen, welchen Inhalt und Sinn die Gruppen haben und welche Jugendlichen sie ansprechen. So befanden

Anerkannte Jugendgruppen in Schleswig-Holstein im April 1960

Art der Jugendgruppe	Gruppen	Mitglieder in 1 000
Sportjugend	746	113
Evangelische Jugend	394	31
Katholische Jugend	75	7
Andere konfessionelle Jugend	65	3
DGB-Jugend	87	30
DAG-Jugend	29	8
Landjugend	178	7
Die Falken	52	4
Arbeiter-Samariter-Jugend	10	0,4
Jugendrotkreuz	80	3
DLRG-Jugend	100	10
Deutsche Jugend des Ostens	71	4
Dänische Jugend	108	7
Grenzlandjugend	26	0,5
Bund deutscher Pfadfinder	50	2
Bund deutscher Pfadfinderinnen	15	0,3
Deutsche Fahrtenbünde	21	0,5
Naturfreunde-Jugend	10	0,5
Europa-Jugend	9	0,3
Sonstige Jugendgruppen	265	12
Insgesamt	2 391	243

Quelle: Landesjugendamt Schleswig-Holstein

sich z. B. 77% der Mitglieder der DGB-Jugend in den Städten Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster. In diesen Städten gab es dagegen erwartungsgemäß keine Landjugendgruppen. Die Sportjugend und auch die evangelischen Jugendgruppen waren in allen Stadt- und Landkreisen zu finden.

Von den 243 000 Mitgliedern der Jugendgruppen waren reichlich 149 000 Jungen und fast 94 000 Mädchen. 38% der Mitglieder waren noch keine 15 Jahre alt, und 62% waren älter. Von den 8- bis 21jährigen Jungen, die in Schleswig-Holstein leben, sind ungefähr 60% und von den Mädchen in diesem Alter etwa 40% Mitglieder einer anerkannten Jugendgruppe. In Wirklichkeit liegen diese Anteile jedoch etwas tiefer, weil ein jugendlicher Mitglied mehrerer Jugendgruppen sein kann.

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey

Die Belieferung der Landwirtschaft mit Handelsdünger 1958/59 und 1959/60

Im Wirtschaftsjahr 1958/59 wurde nur fast ebenso viel Handelsdünger in der hiesigen Landwirtschaft abgesetzt wie im vorangegangenen Jahr. Das mag z. T. in der anhaltenden Trockenperiode dieses Jahres begründet gewesen sein. So wird die zweite oder dritte Stickstoffgabe vielfach unterblieben sein. Die Landwirtschaft hat ebenfalls weniger Kali, dafür aber mehr Phosphor abgenommen. Im letzten Wirtschaftsjahr hat der Düngemittelabsatz dagegen wieder mächtigen Auftrieb erhalten.

Düngemittelabsatz in t Reinnährstoff

	1958/59	1959/60	Veränderung gegenüber 1958/59 in %
Stickstoff	58 176	65 683	+ 13
Phosphor	66 070	73 696	+ 12
Kali	90 873	96 587	+ 6
Insgesamt	215 119	235 966	
Kalk	66 401	69 135	+ 4

An dem Mehrabsatz waren alle vier verschiedenen Reinnährstoffgruppen beteiligt. Mit 7 500 t war die Steigerung beim Stickstoff fast so groß wie beim Phosphat. Im Gegensatz zum übrigen Bundesgebiet wurde auch mehr Kalk bezogen. In Reinnährstoffmengen umgerechnet war Schleswig-Holstein am Absatz der einzelnen Nährstoffe im Bundesgebiet 1959/60 mit rund 10% beteiligt. Allerdings stehen Düngersorten, die im übrigen Bundesgebiet bevorzugt angewendet werden, in Schleswig-Holstein im Verbrauch nicht in jedem Fall auch an erster Stelle

oder umgekehrt. Das hängt mit den Transportmöglichkeiten, den Anbauverhältnissen u. a. zusammen.

Handelsdüngerverbrauch in der Landwirtschaft 1959/60

Stickstoff	65 683 t
davon	
Kalkstickstoff	8,8 %
Ammonsulfat ¹	3,3 %
Ammonsalpetersorten	54,9 %
Salpetersorten	6,2 %
Mehrnährstoffdünger	26,8 %
Phosphat	73 696 t
davon	
Superphosphat und Canaphos	3,6 %
Thomasphosphat	46,6 %
Glühphosphat	7,1 %
gemahlene Rohphosphate	0,2 %
Mehrnährstoffdünger	42,4 %
Kali	96 587 t
davon	
Rohsalze einschl. Hederich-Kainit	3,3 %
40er Kalidüngesalz	35,1 %
50er Kalidüngesalz	13,0 %
Schwefelsaures Kali (48 - 52 %)	0,0 %
Kalimagnesia ² (26 - 30 %)	2,6 %
Mehrnährstoffdünger	46,0 %
Kalk	69 135 t
davon	
Branntkalk	17,0 %
Mischkalk	22,7 %
Kohlensaurer Kalk	58,8 %
Hüttenkalk	1,5 %

Bei den Stickstoffdüngern beanspruchte der Ammonsalpeter immer noch über die Hälfte des Gesamtverbrauchs. Auch im Bundesgebiet hielt er mit 48% des Handelsstickstoffs die Spitze. Das übrige Bundesgebiet wurde gegenüber Schleswig-Holstein bevorzugt mit Kalkstickstoff beliefert. An der Stickstoffdüngung in Schleswig-Holstein hatte Kalkstickstoff nur einen Anteil von 9%, dagegen in Niedersachsen von 15%, in Nordrhein-Westfalen von 18 und in Hessen sogar von 20%. Unter den Phosphatdüngern nahm das Thomasmehl eine vorrangige Stellung ein. 47% des Reinnährstoffs Phosphat wurden 1959/60 in Schleswig-Holstein als Thomasmehl gegeben. Vergleicht man die Versorgung Schleswig-Holsteins mit den übrigen Bundesländern, so gilt das für Kalkstickstoff Gesagte in ähnlicher Weise. So wurden dem Boden in Nordrhein-Westfalen 69% und in Hessen 64% des Phosphats in der Form von Thomasmehl zugeführt. Im Gegensatz zum Stickstoff, dessen gezielte Anwendung innerhalb eines kurzen Zeitabschnittes man in der Hand behalten möchte, wird Phosphat, da es sich außerdem länger im Boden hält, zu einem beachtlichen Anteil als Mehrnährstoffdünger gegeben. Im Wirtschaftsjahr 1958/59 war das Gleichgewicht zwischen Thomasmehl und Mehrnährstoffdünger nahezu erreicht. Im vergangenen Wirtschaftsjahr hatte Thomasmehl wieder etwas Übergewicht. Von den übrigen Phosphatdüngern, also

1) einschl. Ammoniak (flüssig), Harnstoff und Stickstoffmagnesia
2) einschl. 40er Kalidüngesalz mit Kalimagnesia

Superphosphat, Glühphosphat, gemahlene Rohphosphate usw. wurde relativ wenig gestreut. Im Gegensatz zum übrigen Bundesgebiet wurde Kali von der einheimischen Landwirtschaft mengenmäßig in erster Linie in Form von Mehrnährstoffdünger bezogen. Dabei dürfte es sich vielfach um die Kombination Phosphat-Kali handeln, so daß bei der Grunddüngergabe zumindest das Mischen gespart wird. Kali wird aber noch in erheblichen Mengen allein, vor allem als 40er und 50er Salz, gegeben.

Die Relationen der bezogenen Reinnährstoffmengen zueinander waren in Schleswig-Holstein und im übrigen Bundesgebiet verschieden:

	Stickstoff	Phosphat	Kali
Schleswig-Holstein	1	: 1,1	: 1,5
Übriges Bundesgebiet	1	: 1,2	: 1,7

Begriffe und Methoden

Die Angaben über Lieferungen von Düngemitteln für den Verbrauch in der Landwirtschaft innerhalb eines Wirtschaftsjahres decken sich nicht genau mit dem tatsächlichen Verbrauch, da sich beide Tatbestände infolge Frühbezug usw. überschneiden können. Diese Verschiebungen dürften sich jedoch in engen Grenzen halten. In den Angaben für Kalkdüngemittel sind nur die Lieferungen an reinen Düngekalkarten enthalten, die Kalkgehalte anderer Nährstoffträger blieben unberücksichtigt.

Schleswig-Holstein und Hamburg sind zu einem Gebiet zusammengefasst.

Dipl.-Landw. Georg Bartling

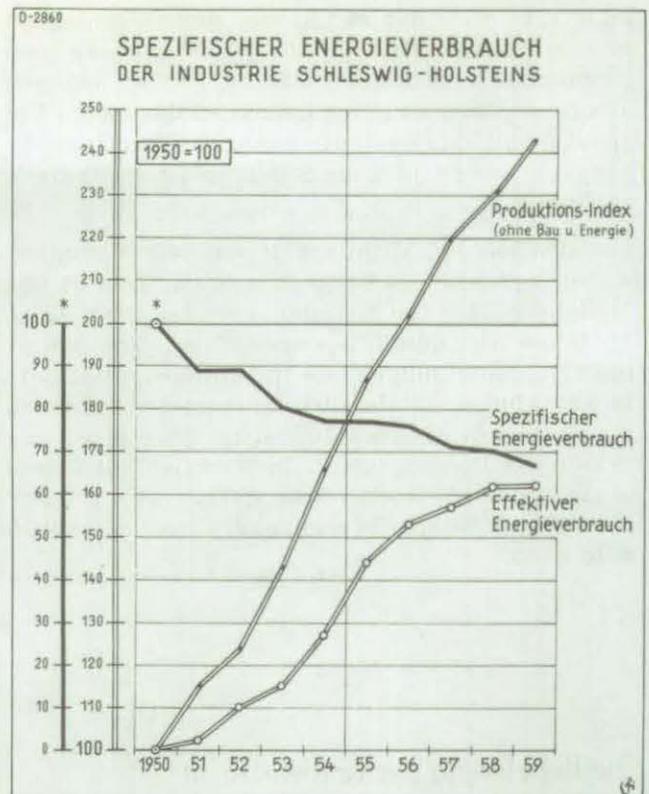
Vergleiche auch: "Die Belieferung der Landwirtschaft mit Handelsdünger 1957/58" in Stat. Monatsh. S.-H. 1959, S. 210 (August)

Der spezifische Energieverbrauch der Industrie¹

In Schleswig-Holstein hat der spezifische Energieverbrauch der gesamten Industrie seit 1950 um 33% abgenommen. Der spezifische Energieverbrauch ist mit dem effektiven Verbrauch je Produktionseinheit gleichbedeutend. Er wird durch eine Indexzahl dargestellt, die sich aus einer Meßziffer des effektiven Energieverbrauchs und dem Index der industriellen Produktion ergibt. Der effektive Energieverbrauch ist in der gleichen Zeit um knapp zwei Drittel gestiegen.

Die Höhe des spezifischen Energieverbrauchs der gesamten Industrie hängt vor allem von der Produktionsstruktur ab, d.h. davon, wie groß das Gewicht der energieintensiven Industriegruppen - z.B. eisenschaffende, chemische, Textil-, feinkeramische Industrie, Industrie

¹ siehe hierzu "Wirtschaftskonjunktur", Berichte des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung 12. Jg., H. 1, S. 41 ff. und Ifo-Schnelldienst Nr. 23 vom 9.6.1960



der Steine/Erden, Papiererzeugung und Molkeereien/Milchverarbeitung - innerhalb der gesamten Industrie ist, Z. Z. beträgt der Anteil dieser Industriegruppen am gesamten Energieverbrauch sowohl in Schleswig-Holstein wie auch im Bund ca. 70%, während - dies sei zum Vergleich angeführt - ihr Anteil am Gesamtproduktionswert nur rund ein Drittel ausmacht.

Ein anderer Faktor, der sich auf den spezifischen Energieverbrauch auswirkt, ist die Außentemperatur. Bei sinkender Außentemperatur werden nicht nur ganz allgemein die Wärmeverluste größer, sondern zum Energieverbrauch für Produktionszwecke kommt auch noch der für Heizung hinzu. Es wurde errechnet¹, daß ein Rückgang der durchschnittlichen Außentemperatur um 1°C im gesamten Bundesgebiet einen Mehrverbrauch an Heizenergie von 700 000 t SKE mit sich bringt.

Die Auslastung der Betriebsanlagen hat ebenfalls einen Einfluß auf den spezifischen Energieverbrauch, wenn dieser auch - verglichen mit den anderen Faktoren - verhältnismäßig gering ist. Hier spielt der Umstand eine Rolle, daß - unabhängig von der Größe der Erzeugung - stets eine gewisse Energiemenge notwendig ist, um die Produktionsanlagen überhaupt in Gang zu halten.

Schließlich kann auch der Übergang von einer Energieart zur anderen den spezifischen Energieverbrauch verändern.

Dipl.-Ing. Erich Hirschbrich

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe*	Einheit	1950	1959	1959			1960			
		Monats-Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Bevölkerungsstand (Monatsende)										
*Wohnbevölkerung	1000	2 598	2 284	2 288	2 289	2 289	2 302	2 304
darunter										
Vertriebene										
*Anzahl	1000	856 ^a	641	642	642	642	643	644
in % der Wohnbevölkerung		33	28	28	28	28	28	28
Zugewanderte 2)										
*Anzahl	1000	134 ^a	148	149	149	150	153	154
in % der Wohnbevölkerung		5	6	7	7	7	7	7
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen 3)										
*Anzahl		2 078	1 746	3 397	1 296	1 820	2 263	3 106
* auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,6	9,2	17,5	6,9	9,4	11,6	15,9
Lebendgeborene 4)										
*Anzahl		3 448	3 059	3 037	3 079	2 968	3 302	3 077
* auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		15,9	16,1	15,6	16,4	15,3	16,9	15,7
Gestorbene 5) (ohne Totgeborene)										
*Anzahl		2 059	2 173	1 839	1 943	2 154	1 912	2 052
* auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,5	11,4	9,5	10,3	11,1	9,8	10,5
darunter										
im ersten Lebensjahr										
*Anzahl		172	97	77	83	87	88	86
* je 100 Lebendgeborene		5,0	3,2	2,5	2,7	2,9	2,7	2,8
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben										
*Anzahl		+ 1 389	+ 886	+ 1 198	+ 1 136	+ 814	+ 1 390	+ 1 025
* auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		+ 6,4	+ 4,7	+ 6,2	+ 6,0	+ 4,2	+ 7,1	+ 5,2
Wanderungen										
*Zuzüge über die Landesgrenze		5 323	6 521	5 545	6 001	8 362	7 449	6 125
darunter										
Vertriebene		2 173	1 565	1 315	1 484	1 953	1 707	1 271
Zugewanderte		.	1 054	1 048	883	1 202	1 231	953
*Fortzüge über die Landesgrenze		14 284	6 233	5 173	5 978	8 502	5 874	5 481
darunter										
Vertriebene		9 662	1 785	1 524	1 603	3 363	1 542	1 447
Zugewanderte		.	760	641	755	1 067	747	633
*Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)		-8 961	+ 288	+ 372	+ 23	- 140	+ 1 575	+ 644
darunter										
Vertriebene		-7 489	- 220	- 209	- 119	- 410	+ 165	- 176
Zugewanderte		.	+ 294	+ 407	+ 128	+ 135	+ 484	+ 320
*Umzüge innerhalb des Landes 6)		11 614	9 958	7 472	8 511	12 783	9 090	7 623
Wanderungsfälle 6)										
Anzahl		31 221	22 712	18 190	20 490	29 647	22 413	19 229
auf 1 000 Einw. und 1 Jahr 7)		198	172	132	154	218	161	137
Umsiedler		6 329 ^b	551	489	482	516	196	348	311	287
davon nach										
Nordrhein-Westfalen		511	298	244	246	200	87	184	146	177
Baden-Württemberg		2 602	37	28	24	16	10	29	41	28
Rheinland-Pfalz		2 928	8	8	21	21	7	14	2	1
Hessen		238	5	23	29	10	4	11	9	16
Hamburg		41	203	186	162	269	88	110	113	65
Bremen		9	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeitslage										
*Beschäftigte Arbeitnehmer 8)	1000	624 ⁺	748 ⁺	.	770	.	.	.	791	.
darunter										
*Männer	1000	429 ⁺	503 ⁺	.	519	.	.	.	530	.
*Arbeitslose										
Anzahl	1000	210	38	17	17	19	12	11	11	12
je 100 Arbeitnehmer		25,2	4,8	2,2	2,2	2,4	1,5	1,3	1,4	1,5
und zwar										
*Männer	1000	146	24	9	9	10	6	6	6	6
Vertriebene	1000	119 ^c	10	.	5	.	.	.	3	.

) Die mit einem vorangestellten Stern () versehenen Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
+ = Vierteljahresdurchschnitt

1) Vertriebene sind Deutsche, die am 1. 9. 1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31. 12. 1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 2) Zugewanderte sind Deutsche, die am 1. 9. 1939 in Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) nach dem Ereignisort 4) nach der Wohngemeinde der Mutter 5) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 6) ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 7) unter Berücksichtigung des gesamten Wanderungsvolumens (Zu- und Fortzüge innerhalb des Landes und über die Landesgrenze) 8) Arbeiter, Angestellte und Beamte

a) am 13. 9. 1950 b) ohne Anrechnungsfälle c) Vertriebene und Zugewanderte

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1959	1959			1960			
		Monats-Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
*Rinder (einschl. Kälber)	1000	999 ^d	1 196 ^d
darunter										
*Milchkühe	1000	458 ^d	441 ^d
*Schweine	1000	1 031 ^d	1 328 ^d	.	1 346	.	.	.	1 424	...
darunter										
*Zuchtsauen	1000	107 ^d	135 ^d	.	138	.	.	.	154	...
darunter										
*trächtig	1000	68 ^d	86 ^d	.	87	.	.	.	97	...
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 St	7	16	16	23	36	15	19	24	...
*Kälber	1000 St	14	5	2	2	4	3	3	3	...
*Schweine	1000 St	45	79	67	66	70	74	86	73	...
darunter										
*Hausschlachtungen ⁹⁾	1000 St	18 ^e	13 ^f	1	1	5	1	1	1	...
*Gesamtschlachtgewicht ⁹⁾ (einschl. Schlachtfette)	1000 t	5,0	9,7	9,5	11,0	14,6	9,7	11,7	11,6	...
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 t	1,6	3,4	3,3	4,8	8,3	3,1	4,0	5,0	...
*Schweine	1000 t	2,6	5,9	5,8	5,8	5,9	6,3	7,3	6,2	...
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
*Rinder	kg	226	223	208	214	235	207	207	214	...
*Kälber	kg	26	51	60	59	46	62	62	58	...
*Schweine	kg	98	89	88	90	90	86	86	86	...
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1000 t	130	140	130	104	91	161	138	104	...
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	9,9	10,8	9,9	8,1	6,9	11,7	10,1	7,8	...
*Milchanlieferung an Molkereien in % der Gesamterzeugung	%	86	88	90	88	85	92	91	88	...
INDUSTRIE¹⁰⁾										
*Beschäftigte	1000	109	162	165	166	167	169	171	172	...
darunter										
*Arbeiter ¹¹⁾	1000	91	133	136	137	138	139	140	142	...
*Geleistete Arbeiterstunden ¹²⁾	1000	18 055	23 878	23 634	25 088	26 060	22 824	25 091	25 954	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	20,4	55,0	55,2	56,9	58,5	63,2	66,1	65,8	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	5,6	17,5	17,1	17,5	17,7	19,2	19,4	20,1	...
*Brennstoffverbrauch	1000 SKE ¹³⁾	81	60	56	57	69	63	64	66	...
Gasverbrauch	1000 Nm ³⁾	.	10 167	11 169	9 711	10 110	11 832	12 293	12 362	...
Heizölverbrauch	1000 t	.	41	39	42	47	42	44	45	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	30	76	76	79	83	80	85	86	...
*Stromerzeugung (netto der industriellen Eigenanlagen)	Mill. kWh	11	20	18	19	26	20	21	21	...
*Umsatz ¹⁴⁾	Mill. DM	201	504	510	529	513	523	582	598	...
darunter										
*Auslandsumsatz	Mill. DM	10	70	81	65	40	90	118	103	...
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieproduktion einschl. Energie und Bau	1950=100	115 ^g	236	231	252	r 251	233	253
darunter Erzeugnisse des/der Erdölgewinnung		107	599	607	618	601	613	622	654	...
Industrie der Steine und Erden		111	224	264	283	267	r 284	r 267	283	...
Hochofen- und Stahlwerke		106	107	108	113	110	147	158	163	...
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien		99	116	115	130	130	77	124	169	...
Mineralölverarbeitung		117	892	908	1 130	890	1 094	1 119	1 081	...
Gummi- und Asbestverarbeitung		122	839	796	867	835	970	r 921	1 050	...
Sägewerke und Holzbearbeitung		94	96	92	103	104	102	r 110	118	...
papierherstellenden Industrie		102	272	274	273	275	308	301	303	...
Schiffbaues		126	322	326	309	290	254	281	323	...
Maschinenbaues		134	245	208	267	277	209	r 256	271	...
elektrotechnischen Industrie		144	506	515	581	519	516	557	651	...
feinmechanischen und optischen Industrie		159	654	594	719	691	742	671	622	...
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschl. Sportwaffen)		119	189	184	204	203	194	221	242	...
lederherstellenden Industrie		97	113	107	115	110	73	76	90	...
Schuhindustrie		102	196	156	198	202	100	226	238	...
Textilindustrie		118	173	154	195	192	145	205	217	...
Bekleidungsindustrie		115	121	131	141	142	107	120	141	...
Fleischwarenindustrie		137	178	172	193	194	180	r 184	192	...
fischverarbeitenden Industrie		143	222	244	289	285	r 166	r 233	239	...
Molkereien und milchverarbeitenden Industrie		102	117	99	81	69	127	106	82	...
tabakverarbeitenden Industrie		114	254	272	248	239	239	243	240	...
Bauproduktion		92	208	231	240	r 227	236	229

9) gewerbliche Schlachtungen 10) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft 11) einschl. gewerblicher Lehrlinge 12) einschl. Lehrlingsstunden 13) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder -briketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle 14) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren d) Dezember e) Winterhalbjahr 1950/51 = 35 f) Winterhalbjahr 1959/60 = 24 g) hier und bei allen folgenden Industriegruppen: 1951

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1959	1959			1960			
		Monats-Durchschnitt			Aug.	Sept.	Okt.	Jul.	Aug.	Sept.
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG.										
*Stromerzeugung (brutto) der öffentlichen Kraftwerke	Mill. kWh	66	111	107	116	123	121	137	129	...
*Stromverbrauch 15)	Mill. kWh	70	154	148	152	166	157	172	176	...
*Gaserzeugung (brutto) der öffentlichen Werke 16)	Mill. cbm	11	17	14	15	17	15	18	17	...
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Bauhauptgewerbe 17)										
*Beschäftigte										
*Geleistete Arbeitsstunden	1000	6 800	9 499	10 805	11 224	10 937	p10414	p10428
darunter										
*für Wohnungsbauten	1000	3 278	4 537	5 192	5 244	5 034	p4 438	p4 526
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	8,5	24,9	28,3	29,9	29,7	p 31,2	p 31,5
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	0,5	1,6	1,6	1,6	1,6	p 1,8	p 1,8
*Umsatz	Mill. DM	24,3	79,5	90,6	92,6	100,8	p100,3	p103,0
Baugenehmigungen 18)										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) 19)		726	1 060	1 427	1 364	984	1 217	1 416	1 158	...
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		347	521	637	619	633	343	368	279	...
Veranschlagte reine Baukosten 19)										
für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	22,2	71,1	89,9	82,9	64,8	97,8	102,5	84,2	...
darunter										
für Wohngebäude	Mill. DM	16,9	52,0	71,4	65,6	46,8	71,8	77,7	63,3	...
*Umbauter Raum in allen Gebäuden 19)	1000 cbm	757	1 184	1 509	1 357	1 118	1 611	1 577	1 298	...
darunter										
*in Wohngebäuden	1000 cbm	536	798	1 091	999	681	989	1 117	892	...
*Wohnungen 20)		2 306	2 382	3 217	2 809	2 012	3 074	3 386	2 480	...
darunter										
*in ganzen Wohngebäuden		2 061	2 149	2 904	2 570	1 762	2 758	3 099	2 251	...
Baufertigstellungen										
Wohnungen 21)		1 478	2 107	1 740	2 194	2 394	1 642	2 299	2 157	...
Wohnräume 22)		4 926	8 309	6 938	8 828	9 373	6 626	9 104	8 848	...
HANDEL										
*Index der Einzelhandelsumsätze	1959=100	.	100	97	94	103	110	108	102	...
davon										
*Nahrungs- und Genußmittel		.	100	104	97	103	113	110	102	...
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe		.	100	76	79	105	106	88	93	...
*Hausrat und Wohnbedarf		.	100	93	97	105	100	112	104	...
*Sonstige Waren		.	100	93	100	101	102	108	103	...
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	824	1 538	677	415	608	589	459	405	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 309	1 526	396	1 344	1 144	2 404	485	766	...
Handel mit Berlin [West]										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 861	11 742	10 589	11 135	14 136	14 516	16 069	16 010	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	13 045	34 061	32 645	38 492	40 113	25 557	29 577	37 296	...
*Ausfuhr nach Warengruppen 23)	Mill. DM	7,2	76,3	56,8	72,7	89,2	83,2	148,8
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	0,7	6,7	6,5	6,9	7,7	7,2	7,5
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	6,5	69,6	50,3	65,8	81,6	75,9	141,2
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	0,2	2,5	1,8	2,9	3,1	3,2	2,5
*Halbwaren	Mill. DM	2,3	5,8	4,0	5,2	7,8	6,9	4,3
*Fertigwaren	Mill. DM	4,0	61,3	44,5	57,6	70,7	65,8	134,4
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	0,5	2,9	2,4	2,9	3,6	2,9	3,0
*Enderzeugnisse	Mill. DM	3,5	58,3	42,1	54,7	67,1	62,8	131,4
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern 23)										
Großbritannien	Mill. DM	0,1	7,0	18,3	3,5	25,7	4,5	61,8
Norwegen	Mill. DM	0,3	13,3	1,0	28,5	0,9	1,0	28,3
Niederlande	Mill. DM	0,6	7,4	3,2	3,9	19,3	4,3	17,8
Dänemark	Mill. DM	0,8	7,8	3,7	4,3	6,7	16,8	10,7
Italien	Mill. DM	0,2	2,0	1,7	2,7	2,6	3,1	5,0
USA	Mill. DM	0,3	2,6	3,1	3,2	2,8	2,2	3,3
Schweden	Mill. DM	0,6	7,2	2,8	2,4	4,7	3,1	2,6
Schweiz	Mill. DM	0,3	2,2	2,1	2,6	3,0	2,4	2,4
VERKEHR										
Seeschifffahrt 24)										
Güterempfang	1000 t	141	391	454	460	409	492	573
Güterversand	1000 t	86	109	166	138	124	114	163
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1000 t	.	118	120	127	126	158	154	129	...
*Güterversand	1000 t	.	217	243	300	264	263	275	279	...

15) einschl. Verluste 16) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases 17) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 18) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 19) bis 1955: Neubau, Wiederaufbau und Umbau ganzer Gebäude; ab 1956: nur Neubau und Wiederaufbau 20) 1950 bis 1955: Normal- und Notwohnungen; ab 1956: nur Normalwohnungen 21) 1950: Normal- und Notbau; ab 1956: Normalbau 22) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 23) 1960 = vorläufige Zahlen 24) Monatsangaben 1959/60 = vorläufige Zahlen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1959	1959			1960			
		Monats-Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
noch: VERKEHR										
Nord-Ostsee-Kanal ²⁵⁾										
Schiffsverkehr										
Schiffe		3 939	6 120	7 345	7 302	6 962	7 784	7 817	7 481	...
darunter										
deutsche	%	64,0	65,9	68,2	66,7	65,6	63,3	67,4	66,0	...
Raumgehalt	1000 NRT	1 481	3 011	3 302	3 316	3 398	3 829	3 688	3 474	...
darunter										
deutscher Anteil	%	23,3	30,4	34,5	32,2	30,8	31,3	30,7	31,4	...
Güterverkehr	1000 t	2 492	4 165	4 606	4 625	4 824	5 474	5 221	5 052	...
und zwar										
auf deutschen Schiffen	%	20,1	32,6	36,8	34,5	33,2	34,1	33,2	33,8	...
Richtung West-Ost	1000 t	1 122	2 073	2 219	2 095	2 421	2 447	2 331	2 305	...
Richtung Ost-West	1000 t	1 371	2 091	2 387	2 530	2 403	3 027	2 890	2 746	...
*Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge		1 244	3 581	2 649	3 792	3 886	3 424	3 490
darunter										
*Krafträder (einschl. Motorroller)		449	179	154	121	94	210	163
*Personenkraftwagen		398	2 457	1 658	2 492	2 764	2 346	2 404
*Kombinationskraftwagen		.	179	117	181	178	162	134
*Lastkraftwagen		247	295	233	334	313	295	364
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle		826	2 750	3 551	2 955	3 097	3 998	4 150	p3 406	...
davon										
*mit Personenschaden		417	1 016	1 356	1 234	1 179	1 439	1 438	p1 318	...
*nur mit Sachschaden		409	1 733	2 195	1 721	1 918	2 559	2 712	p2 088	...
*Getötete Personen ²⁶⁾		17	42	43	59	73	46	64	p 49	...
*Verletzte Personen		493	1 277	1 794	1 536	1 474	1 910	1 825	p1 657	...
Fremdenverkehr ²⁷⁾										
*Fremdenmeldungen	1000	44 ^h	124 ^h	290	133	81	337	286	135	...
darunter										
*Auslandsgäste	1000	2 ^h	16 ^h	36	18	10	55	39	18	...
*Fremdenübernachtungen	1000	221 ^h	784 ^h	2 589	846	278	2 900	2 714	808	...
darunter										
*Auslandsgäste	1000	5 ^h	35 ^h	91	37	17	116	86	36	...
GELD UND KREDIT										
Kreditinstitute (ohne LZB) ²⁸⁾										
*Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	741 ⁱ	3 638 ⁱ	3 425	3 491	3 531	3 987	4 016
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	441 ⁱ	1 038 ⁱ	1 002	1 017	1 014	1 198	1 187
darunter										
*an Wirtschaft und Private	Mill. DM	428 ⁱ	1 032 ⁱ	999	1 015	1 006	1 195	1 181
*Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	299 ⁱ	2 600 ⁱ	2 423	2 474	2 517	2 789	2 829
darunter										
*an Wirtschaft und Private	Mill. DM	263 ⁱ	2 232 ⁱ	2 086	2 132	2 167	2 395	2 433
*Einlagen von Nichtbanken ²⁸⁾	Mill. DM	408 ⁱ	2 458 ⁱ	2 378	2 402	2 388	2 591	2 670
davon										
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	277 ⁱ	1 163 ⁱ	1 179	1 184	1 147	1 178	1 238
darunter										
*von Wirtschaft und Privaten	Mill. DM	231 ⁱ	922 ⁱ	951	948	936	946	978
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	131 ⁱ	1 294 ⁱ	1 199	1 218	1 241	1 413	1 432
darunter										
*bei Sparkassen	Mill. DM	94 ⁱ	864 ⁱ	806	818	833	946	958	970	...
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	9	65	60	58	63	74	68
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	7	46	39	38	41	59	49
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		23	8	8	8	5	7	5	2	...
*Vergleichsverfahren (eröffnete)		8	3	3	5	3	-	2	1	...
Wechselproteste	Anzahl	682	695	704	661	702	797	798
	Wert	517	467	432	415	491	495	501
STEUERN ²⁹⁾										
*Landessteuern	1000 DM	14 273	38 559	29 104	58 514	27 812	33 581	33 803	74 091	...
darunter										
*Vermögensteuer	1000 DM	268	1 701	3 573	333	330	235	3 818	587	...
*Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	1 210	4 166	3 612	4 023	4 193	4 771	4 472	4 718	...
*Biersteuer	1000 DM	248	492	554	747	627	567	663	602	...
*Bundessteuern	1000 DM	44 667	107310	101292	121662	111111	108866	105820	127187	...
darunter										
*Umsatzsteuer einschl. Umsatzausgleichsteuer	1000 DM	14 580	32 748	33 877	33 245	35 792	37 476	36 047	38 308	...
*Beförderungsteuer	1000 DM	281	1 139	1 254	1 243	1 293	1 359	1 304	1 328	...
*Zölle	1000 DM	1 381	8 277	7 287	7 876	9 859	8 426	9 799	7 213	...
*Verbrauchssteuern	1000 DM	27 474	48 928	48 486	51 565	53 079	47 814	46 798	44 924	...
darunter										
*Tabaksteuer	1000 DM	22 295	36 792	38 091	39 622	39 368	35 923	36 581	34 336	...
*Notopfer Berlin ³⁰⁾	1000 DM	951	206	124	143	157	50	95	72	...
außerdem: *Lastenausgleichsabgaben ³¹⁾	1000 DM	5 569	7 061	9 357	2 649	7 494	3 193	8 593	1 596	...

25) ab 1956 ohne "Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" 26) seit 1953 einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 27) ab April 1960 = vorläufige Zahlen 28) Monatszahlen: Bestand am Ende des Berichtszeitraumes 29) Rechnungsjahr 30) ohne Abgabe auf Postsendungen 31) 1950: nur Soforthilfe-Abgaben h) 1950: Angaben aus 110 Berichtsgemeinden; für das Sommerhalbjahr (April bis September) Mts. - 61 000 Fremdenmeldungen mit 377 000 Übernachtungen; ab 1955 Angaben aus 165 Berichtsgemeinden, ab April 1960 aus 163 Berichtsgemeinden; für das Sommerhalbjahr 1959 Mts. - 188 000 Fremdenmeldungen mit 1 370 000 Übernachtungen i) Stand: 31. 12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1959	1959			1960			
		Monats-Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
noch: STEUERN										
Steuern vom Einkommen ³²⁾	1000 DM	11 560	45 752	29 324	78 830	31 233	39 262	33 649	100979	...
davon										
*Lohnsteuer	1000 DM	3 467	15 916	18 187	17 561	20 936	23 480	22 237	25 880	...
*Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	6 264	21 988	9 887	44 066	9 343	13 864	8 686	55 650	...
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1000 DM	69	558	434	31	216	577	1 027	450	...
*Körperschaftsteuer	1000 DM	1 760	7 289	815	17 172	738	1 342	1 700	18 999	...
Gemeindesteuern										
*Realsteuern	1000 DM	26 416 ⁺	66 772 ⁺	63 677 ^j	.	.	72 686 ^j
davon										
*Grundsteuer A	1000 DM	6 231 ⁺	6 795 ⁺	6 388 ^j	.	.	6 407 ^j
*Grundsteuer B	1000 DM	9 320 ⁺	11 959 ⁺	12 684 ^j	.	.	12 024 ^j
*Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	1000 DM	9 066 ⁺	43 649 ⁺	40 508 ^j	.	.	49 707 ^j
*Lohnsummensteuer	1000 DM	1 799 ⁺	4 369 ⁺	4 097 ^j	.	.	4 548 ^j
*Sonstige Steuern	1000 DM	3 335 ⁺	6 244 ⁺	6 135 ^j	.	.	6 144 ^j
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	100	97	97	98	99	98	97	p 97	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	100	132	132	132	133	132	130	p 130	...
Erzeugerpreise industrieller Produkte	1950=100	100	124	124	124	124	126	126	126	...
landwirtschaftlicher Produkte	1950/51=100	100 ^k	137 ^m	139	137	138	135	p 128	p 126	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1954=100	.	122	123	.	.	.	p 132	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1950/51=100	100 ^k	131 ^m	131	131	130	132	r 133	132	...
Einzelhandelspreise	1950=100	100	112	112	112	112	114	112	112	...
Preisindex für die Lebenshaltung ³³⁾	1950=100	100	121	121	121	123	123,5	123,2	123,0	...
darunter										
Ernährung		100	128	128	129	131	131,7	128,6	127,0	...
Wohnung		100	122	123	123	123	125,4	135,0	138,7	...
Heizung und Beleuchtung		100	144	144	145	146	146,8	147,1	147,8	...
Bekleidung		100	105	104	105	106	107,0	107,1	107,3	...
Hausrat		106	112	112	112	112	112,0	112,4	113,2	...
LOHNE UND GEHALTER ³⁴⁾										
Arbeiterverdienste in der Industrie ³⁵⁾										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	64,16	122,19	125,00
darunter										
Facharbeiter	DM	68,90	130,07	132,34
*weiblich	DM	37,09	72,36	72,41
Bruttostundenverdienste										
*männlich	Pf	130,4	257,4	259,7
darunter										
Facharbeiter	Pf	139,8	272,6	275,3
*weiblich	Pf	80,8	164,1	165,7
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	49,2	47,5	48,1
*weiblich	Std.	45,9	44,1	43,7
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	.	44,1	44,5
*weiblich	Std.	.	41,1	41,0
Angestelltenverdienste ³⁵⁾										
Bruttomonatsverdienste in der Industrie										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	.	620	620
*weiblich	DM	.	401	399
technische Angestellte										
*männlich	DM	.	723	720
*weiblich	DM	.	415	416
im Handel ³⁶⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	.	572	580
*weiblich	DM	.	346	353
technische Angestellte										
*männlich	DM	.	590	599
*weiblich	DM
in Industrie ³⁵⁾ und Handel ³⁶⁾ zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	.	587	592
*weiblich	DM	.	362	367
technische Angestellte										
*männlich	DM	.	716	714
*weiblich	DM	.	411	413

+ = Vierteljahresdurchschnitt

32) in den Landes- und Bundessteuern enthalten 33) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltungen; mittlere Verbrauchergruppe mit monatlich rund 300 DM Lebenshaltungsausgaben bzw. 360 DM Haushaltseinnahmen. Die Preise im Saarland sind ab Januar 1960 in der Bundesdurchschnittsrechnung mit berücksichtigt 34) Effektivverdienste; Zahlen ab 1957 wegen methodischer Umstellung mit früheren Ergebnissen nicht ohne weiteres vergleichbar; 1950 und 1959 Durchschnitte aus 4 Erhebungen 35) einschl. Baugewerbe 36) Handel, Geld- und Versicherungswesen j) 1.4. - 30.6. k) Wirtschaftsjahr 1950/51 (Juli - Juni) m) Wirtschaftsjahr 1959/60 (Juli - Juni)

Jahreszahlen A*

Art der Angabe	Zeit 1)	Einheit	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT												
Wohnbevölkerung	JD	1000	2 598	2 505	2 439	2 365	2 305	2 271	2 253	2 258	2 269	2 284
darunter												
Vertriebene 2) in % der Wohnbevölkerung			35,1	33,5	30,9	29,5	28,3	27,8	27,7	28,2	28,2	28,1
Zugewanderte 2) in % der Wohnbevölkerung			4,0	4,0	5,4	5,5	5,7	5,8	6,0	6,2	6,3	6,5
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben	JS	1000	+ 17	+ 13	+ 11	+ 10	+ 7	+ 7	+ 7	+ 7	+ 8	+ 11
Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	JS	1000	- 108	- 84	- 73	- 90	- 49	- 34	- 13	+ 6	+ 3	+ 3
Beschäftigte Arbeitnehmer 3)	30. 9.	1000	650	633	653	667	683	716	741	757	772	770
darunter in den Wirtschaftsbereichen												
Land- und Forstwirtschaft	30. 9.	1000	104	97	95	92	88	86	81	78	72	56
Industrie und Handwerk (einschl. Bau)	30. 9.	1000	260	249	264	279	294	318	334	346	355	360
Handel und Verkehr	30. 9.	1000	121	123	130	134	140	148	158	163	171	177
Arbeitslose	30. 9.	1000	178	157	119	90	75	57	45	34	27	17
je 100 Arbeitnehmer	30. 9.		21,5	19,9	15,4	11,9	9,9	7,4	5,7	4,3	3,4	2,2
UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR												
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen	Mai	1000	480	448	418	394	368	353	337	323	314	306
je 1 000 Einwohner	Mai		182	177	169	164	158	154	148	143	138	134
VOLKSEINKOMMEN												
Brutto-Inlandsprodukt 4)	JS	Mill. DM	3 607	4 146	4 574	4 827	5 092	5 642	6 178	6 775	7 219	s 7900
je Einwohner		DM	1 387	1 648	1 875	2 041	2 210	2 486	2 743	3 000	3 182	s 3500
LANDWIRTSCHAFT												
Viehbestand												
Pferde	3. 12.	1000	167	148	134	122	107	99	87	80	72	58
Rinder	3. 12.	1000	999	994	1 045	1 053	1 061	1 040	1 072	1 094	1 129	1 196
darunter												
Milchkühe	3. 12.	1000	458	454	453	462	451	429	431	431	426	441
Schweine	3. 12.	1000	1 031	1 122	1 122	1 036	1 196	1 184	1 210	1 298	1 279	1 328
Schafe	3. 12.	1000	129	130	129	123	114	112	112	116	119	113
Hühner 5)	3. 12.	1000	3 827	3 679	3 570	3 791	3 716	3 476	3 493	3 486	3 522	3 623
Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung 6)												
Rinder	JS	1000	164	203	188	240	250	253	229	280	293	295
Schweine	JS	1000	818	1 164	1 251	1 238	1 276	1 455	1 441	1 675	1 745	1 725
Milcherzeugung												
Kuhmilcherzeugung	JS	1000 t	1 562	1 607	1 544	1 673	1 648	1 577	1 586	1 662	1 699	1 682
Milchleistung je Kuh und Jahr		kg	3 610	3 546	3 468	3 712	3 634	3 554	3 711	3 857	3 946	3 951
INDUSTRIE 7)												
Beschäftigte	JD	1000	109	115	119	126	136	146	158	164	164	162
je 1 000 Einwohner			42	46	48	53	58	64	70	73	72	71
Löhne (Bruttosumme)	JS	Mill. DM	245	301	334	378	424	488	534	581	638	659
Gehälter (Bruttosumme)	JS	Mill. DM	68	80	92	103	117	134	156	173	197	210
Umsatz 8)	JS	Mill. DM	2 416	3 054	3 212	3 371	3 747	4 223	4 840	5 363	5 744	6 053
darunter												
Auslandsumsatz	JS	Mill. DM	115	258	322	363	551	581	627	766	782	840
Index der industriellen Produktion einschl. Energie und Bau		1950=100	100	115	123	141	163	182	197	214	224	236
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN												
Baugenehmigungen												
Wohnungen	JS	1000	27,7	19,8	21,0	22,6	21,8	24,7	22,3	23,4	25,3	28,6
darunter												
in ganzen Wohngebäuden	JS	1000	24,7	17,4	18,6	20,4	19,5	22,2	19,8	20,9	22,5	25,8
Baufertigstellungen												
Wohnungen												
Anzahl	JS	1000	17,7	20,2	17,9	20,7	19,9	18,3	23,0	21,8	18,4	25,3
je 1 000 Einwohner			6,9	8,1	7,4	8,8	8,6	8,0	10,1	9,7	8,1	11,0
Anteil des sozialen Wohnungsbaus	JS	%	.	.	.	70,8	67,1	56,4	58,7	63,2	49,5	53,2
Wohnräume 9)												
Anzahl	JS	1000	59,1	69,5	60,5	69,4	69,9	67,9	83,9	79,5	72,8	99,7
je 1 000 Einwohner			23,1	27,9	25,0	29,6	30,3	29,8	37,0	35,3	32,0	43,5
Bestand an												
Wohnungen	31. 12.	1000	461,4	483,2	500,6	520,2	539,0	564,2	585,5	605,9	623,4	647,1
Wohnräumen 9)	31. 12.	1000	1 853	1 929	1 987	2 055	2 122	2 104	2 184	2 262	2 334	2 431

*) erscheint im monatlichen Wechsel mit B 1) JD = Jahresdurchschnitt, JS = Jahressumme, Rj. = Rechnungsjahr 2) Definitionen siehe unter Tab. "Monats- und Vierteljahreszahlen" 3) Arbeiter, Angestellte und Beamte 4) von Scheingewinnen bzw. -verlusten bereinigt 5) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner 6) gewerbl. und Hausschlachtungen, einschl. des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang 7) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung) 8) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 9) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

KREISZAHLEN

Kreisfreie Stadt Landkreis	Wohnbevölkerung am 31. 7. 1960	Einnahmen aus Gemeinde- steuern im 1. Rvj. 1960 in 1 000 DM	Gesamt- aufwand der öffentlichen Fürsorge 1) im Rj. 1959 in DM je Einw.	Arbeitslose am 30. 9. 1960			Industrie 2)	
				ins- gesamt	davon		Be- schäf- tigte am 30. 9. 1960	Umsatz 3) in Mill. DM im Sept. 1960
					männ- lich	weib- lich		
Flensburg	97 317	4 373	33,87	788	343	445	7 533	20,1
Kiel	270 603	12 249	33,69	2 030	716	1 314	34 415	96,5
Lübeck	232 127	14 029	35,35	1 598	1 027	571	35 140	101,2
Neumünster	73 167	3 350	27,58	374	223	151	12 839	27,9
Eckernförde	65 364	1 291	36,35	307	147	160	1 726	3,4
Eiderstedt	19 200	609	27,14	52	30	22	364	2,0
Eutin	89 601	2 320	30,50	569	320	249	4 354	14,7
Flensburg-Land	63 710	879	23,62	342	186	156	873	2,0
Hzgt. Lauenburg	129 780	2 964	26,08	355	266	89	9 131	20,5
Husum	62 247	1 624	24,85	284	145	139	904	2,6
Norderdithmarschen	57 459	1 442	27,89	295	218	77	899	2,2
Oldenburg (Holstein)	78 743	1 983	23,85	687	374	313	1 176	5,6
Pinneberg	212 317	8 186	21,34	481	283	198	19 015	75,7
Plön	108 318	2 110	25,35	570	269	301	1 887	8,1
Rendsburg	155 950	3 752	26,00	875	342	533	9 811	24,9
Schleswig	98 262	2 300	27,85	330	173	157	3 971	26,7
Segeberg	92 848	1 994	22,50	174	113	61	4 447	14,9
Steinburg	122 447	4 712	28,16	240	159	81	9 501	36,8
Stormarn	140 772	4 644	22,17	375	217	158	7 814	78,0
Süderdithmarschen	71 846	1 891	26,22	155	120	35	4 867	30,5
Südtondern	60 114	2 128	22,66	122	73	49	1 220	4,0
Schleswig-Holstein	2 302 192	78 830	39,65	11 003	5 744	5 259	171 887	598,2

Kreisfreie Stadt Landkreis	Baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben im 3. Vj. 1960						Baufertigstellungen vom 1. 1. bis 30. 9. 1960	
	Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude 4)		Umbauter Raum in allen ganzen Gebäuden 4)		Wohnungen		Normal- wohn- nungen	Normal- wohn- räume 5)
	ins- gesamt	darunter für Wohn- gebäude	ins- gesamt	darunter in Wohn- gebäuden	ins- gesamt	darunter in ganzen Wohn- gebäuden 4)		
	1 000 DM		1 000 cbm					
Flensburg	9 803	7 552	160	105	313	306	480	2 034
Kiel	21 270	13 633	295	185	649	576	1 272	4 833
Lübeck	32 852	22 175	568	339	1 226	1 200	1 511	5 624
Neumünster	12 278	9 742	188	134	375	366	535	2 056
Eckernförde	10 579	9 551	154	132	423	392	259	1 000
Eiderstedt	1 310	1 251	19	18	52	46	66	276
Eutin	9 434	8 013	145	121	314	286	377	1 579
Flensburg-Land	8 607	7 158	143	105	284	275	134	546
Hzgt. Lauenburg	15 741	14 194	250	196	595	521	394	1 655
Husum	4 854	3 962	97	64	147	121	247	1 106
Norderdithmarschen	5 213	4 585	78	61	190	167	258	1 100
Oldenburg (Holstein)	13 525	9 896	198	134	459	430	432	1 810
Pinneberg	30 321	19 676	540	250	740	656	1 581	6 017
Plön	8 431	7 277	136	100	307	267	619	2 541
Rendsburg	16 272	13 711	252	189	495	445	762	3 349
Schleswig	8 841	5 245	152	87	201	163	414	1 685
Segeberg	10 193	8 473	173	127	306	254	891	3 506
Steinburg	10 434	8 783	159	114	340	304	481	2 045
Stormarn	43 129	28 192	571	381	1 188	1 063	1 269	4 797
Süderdithmarschen	6 308	5 056	116	80	215	171	301	1 162
Südtondern	5 122	4 675	88	76	121	99	372	1 467
Schleswig-Holstein	284 517	212 800	4 482	2 998	8 940	8 108	12 655	50 188

1) einschl. Tbc-Hilfe 2) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung)
3) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 4) Neubau und Wiederaufbau 5) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM BUND

	Zeit- Stand	Bundes- gebiet ohne Berlin	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württbg.	Bayern	Saar- land
Bevölkerung												
Fortgeschriebene Wohnbevölkerung in 1000	30.6.1960	53 372	2 299	1 830	6 553	697	15 733	4 738	3 393	7 650	9 428	1 051
darunter												
Vertriebene ¹	"	18 ^a	28	14	25	16	16	19	9	18	19	.
in % der jew. Wohnbevölkerung												
Zugewanderte ²	"	6 ^a	7	9	8	8	7	7	5	6	4	.
in % der jew. Wohnbevölkerung												
Veränderung in %												
30.6.1960 geg. VZ 1939	"	+ 33	+ 45	+ 7	+ 44	+ 24	+ 32	+ 36	+ 15	+ 40	+ 33	+ 18
30.6.1960 geg. 31.12.1950	"	+ 11	- 9	+ 16	- 3	+ 26	+ 20	+ 11	+ 14	+ 20	+ 3	+ 11
Bevölkerungsdichte ³ , Einwohner je qkm	"	215	147	2 448	138	1 726	463	224	171	214	134	409
Unterricht, Bildung und Kultur												
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen in 1000	Mai 1958 ⁴	6 156	314	200	807	80	1 766	555	398	811	1 107	118
je 1000 Einwohner	"	118	139	111	124	120	116	120	120	111	120	115
Arbeit												
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁵ ⁸												
in 1000	30.9.1960	20 377	791	820	2 371	298	6 550	1 740	1 131	2 974	3 350	353
Arbeitslose												
in 1000	"	112	11	5	17	3	36	6	5	5	22	2
je 100 Arbeitnehmer ⁶ ⁸	"	0,5	1,4	0,6	0,7	1,1	0,5	0,3	0,4	0,2	0,6	0,5
Arbeitslose Vertriebene												
in % aller Arbeitslosen des betr. Landes	"	14,7	27,3	6,5	23,0	8,4	8,1	14,5	8,1	14,5	17,9	7,1
Volkseinkommen												
Brutto-Inlandsprodukt ⁷												
in Mill. DM	1958 ⁸	227 590 ^a	7 219	14 589	23 921	4 244	75 353	19 379	11 323	32 753	33 858	.
	1959 ⁹	244 900 ^a	7 900	16 000	26 000	4 500	79 700	21 100	12 200	35 400	36 800	.
in DM je Einwohner	1958 ⁸	4 451 ^a	3 182	8 118	3 678	6 326	4 917	4 190	3 396	4 446	3 667	.
	1959 ⁹	4 700 ^a	3 500	8 800	4 000	6 600	5 100	4 500	3 600	4 700	3 900	.
Landwirtschaft												
Erzeugung von Kuhmilch												
in 1000 t	Aug. 1960	1 658	138	2	348	2	259	112	78	217	491	10
in kg je Kuh und Tag	"	9,4	10,1	9,4	11,2	10,5	10,6	9,1	7,7	8,0	8,8	9,6
Industrie												
Beschäftigte ¹⁰												
in 1000	31.7.1960	7 792	169	233	705	109	2 820	651	357	1 401	1 173	175
je 1000 Einwohner	"	146	74	127	108	156	179	137	105	183	124	166
Umsatz ¹⁰ in Mill. DM	Juli 1960	20 977	523	1 044	1 896	331	8 113	1 615	974	3 898	2 709	376
darunter												
Auslandsumsatz in Mill. DM	"	3 179	90	131	253	62	1 162	331	146	521	349	134
Produktionsindex ¹¹ (arbeitstäglich) 1950 = 100	"	p 233 ^a	233	211	224	223	.	275	276	264	246	.
Bauwirtschaft⁸ ¹² und Wohnungswesen												
Beschäftigte												
in 1000	31.7.1960	1 429	63	50	186	22	407	121	83	211	254	32
je 1000 Einwohner	"	26,8	27,5	27,5	28,3	31,0	25,9	25,5	24,3	27,6	27,0	30,3
Geleistete Arbeitsstunden												
in Mill.	Juli 1960	234	10	8	30	4	66	19	14	35	42	5
je Einwohner	"	4,4	4,5	4,3	4,6	5,2	4,2	4,1	4,0	4,6	4,5	5,1
Zum Bau genehmigte Wohnungen ¹³												
Anzahl	Aug. 1960	58 687	3 386	3 032	7 054	314	16 078	5 730	3 519	8 848	9 909	817
je 10 000 Einwohner	"	11,0	14,7	16,6	10,8	4,5	10,2	12,1	10,4	11,6	10,5	7,8
Fertiggestellte Wohnungen (Normalwohnungen)												
Anzahl	"	38 761	2 299	2 464	5 274	396	9 824	3 885	2 072	6 382	5 469	696
je 10 000 Einwohner	"	7,3	10,0	13,5	8,0	5,7	6,2	8,2	6,1	8,3	5,8	6,6
Ausfuhr												
Ausfuhr in Mill. DM ⁸	Juli 1960	4 077 ^b	83	191	361	68	1 339	394	196	688	437	154
Verkehr												
Strassenverkehrsunfälle ⁸												
Anzahl	2.Vj. 1960	231 358	9 337	13 589	24 921	3 977	69 515	22 426	14 060	31 814	37 416	4 303
je 10 000 Einwohner	"	43	41	74	38	57	44	47	41	42	40	41
Getötete Personen ⁸												
Anzahl	"	3 367	137	64	455	33	943	292	242	519	605	77
je 1 000 Unfälle	"	15	15	5	18	8	14	13	17	16	16	18
Steuern												
Steueraufkommen in DM je Einwohner												
Landessteuern ¹⁴	1.R.vj. 1960	85	53	177	67	112	97	100	58	88	71	51
Bundessteuern ¹⁵	"	156	138	539	114	345	176	130	107	143	115	104
Gemeindesteuern	"	42	34	66	38	55	51	40	30	42	33	22
Geld und Kredit												
Bestand an Spareinlagen in DM je Einwohner	31.8.1960	849	623	1 190	788	968	906	850	741	867	808	778

1) Vertriebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 2) Zugewanderte sind Deutsche, die am 1.9.1939 in Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) Gebietsstand: 1.4.1959 4) Bayern: Oktober 1958 5) Arbeiter, Angestellte und Beamte 6) Beschäftigte und Arbeitslose 7) Das Bruttoinlandsprodukt der Länder ist mit dem des Bundesgebietes nur bedingt vergleichbar, da für das Bundesgebiet bereits generalbereinigte Werte vorliegen (s. Wirtschaft und Statistik, Heft 1 und 3/1960) 8) vorläufige Zahlen 9) erste vorläufige Ergebnisse 10) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 11) Gesamtindex (ohne Bau) 12) nach den Ergebnissen der Totalerhebung (hochgerechnet) 13) in baupolizeilich genehmigten Bauvorhaben (Normalbau) 14) einschl. Landesanteil an den Steuern vom Einkommen 15) einschl. Bundesanteil an den Steuern vom Einkommen und Notopfer Berlin a) ohne Saarland b) einschl. der aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) ausgeführten Waren, die in anderen als den nachstehend genannten Ländern hergestellt oder gewonnen wurden (z. B. Rückwaren) oder deren Herstellungsländer nicht festgestellt werden konnte. Vom Berichtsmonat Januar 1956 an auch einschl. Ersatzlieferungen

In den Statistischen Monatsheften
bisher erschienene Aufsätze und Kurzberichte

Heft 1/1960

Verdienste in Industrie und Handel
Bilanzbild
Vermögensteuer
Bevölkerungsstand Ende 1958
Struktur der Studentenschaft 1948/1958 ✖

Industrie-Kleinbetriebe
Konsumgenossenschaften
Öffentliche Jugendhilfe
Ehelösungen

Heft 2/1960

Kommunalwahlen 1959
Eisenbahn-Güterverkehr 1956
Fremdenverkehrskapazität 1950 - 1959
Verdienste der Landarbeiter 1959

Kriegsbeschädigte
Schwerbeschädigte
Unterhaltsbeihilfen

Heft 3/1960

Verbrauch in Haushaltungen 1958
Arbeitskräfte Landwirtschaft
Industrieproduktion 1958
Straßenbahn- und Buslinien

Voraussichtliche Schülerzahlen
Voraussichtliche Schulentlassungen
Die großen Unternehmen
Grenzverkehr

Heft 4/1960

Eheschließungen 1958 ✖
Getreideanbau
Vieh- und Fleischwirtschaft
Schlachttiere 1955 - 1958
Soziale Krankenversicherung

Allgemeinbildende Schulen 1959
Zwischenfruchtanbau
Obsternte 1959
Wohnlager

Heft 5/1960

Fremdenverkehr 1959
Güterverkehr auf dem Wasser 1957
Ausfuhr 1958
Kraftfahrzeugbestand 1958
Bauwirtschaft 1959
Einkommen der Körperschaften 1957

Kapitalgesellschaften 1959
Zahlungsschwierigkeiten 1959

Heft 6/1960

Fürsorgeunterstützungen 1958/1959
Arbeiterrentenversicherung
Bausparen 1959
Milchwirtschaft 1959
Viehbestände 1959
Voraussichtliche Eheschließungen
Schwerbeschädigte 1960
Ingenieur- und Technikerschulen
Pflanzenbestände in Baumschulen
Berlin- und Interzonenhandel
Handwerk 1959

Heft 7/1960

Hypotheken 1957 bis 1959
Haushaltsrechnungen des Landes
Kredite und Einlagen 1959
Ausländer 1959
Veranlagte Einkommen 1957
Versorgungsberechtigte Kriegssopfer
Streiks

Heft 8/1960

Energieversorgung 1958 bis 1959
Baugenehmigungen 1959
Einzelhandelsumsätze 1959
Brief- und Paketverkehr
Vertriebene und Zugewanderte
Meldepflichtige Krankheiten 1959 X
Berufsschulen 1959
Klassifizierte Straßen

Heft 9/1960

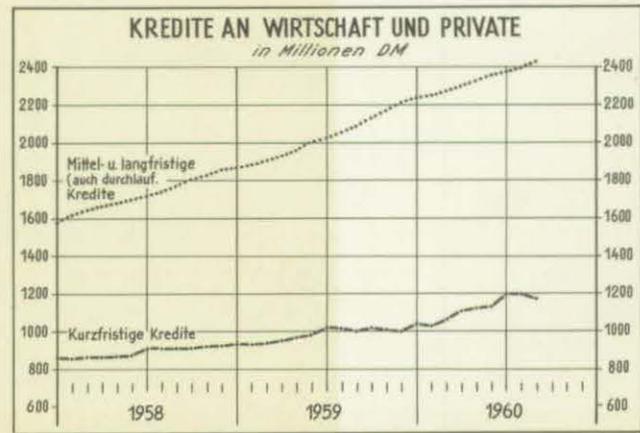
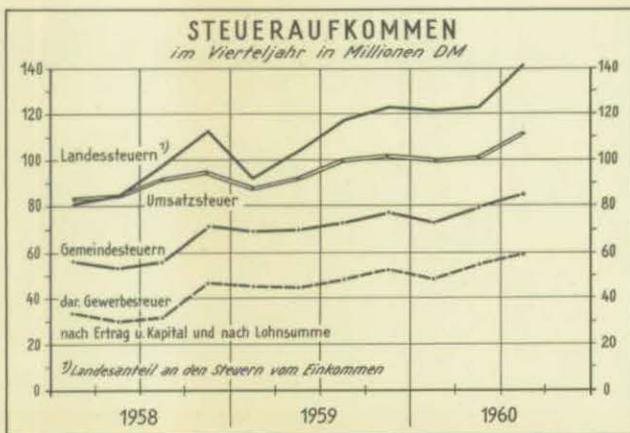
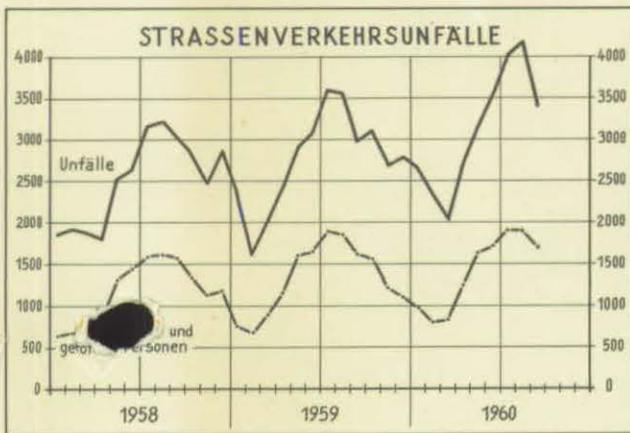
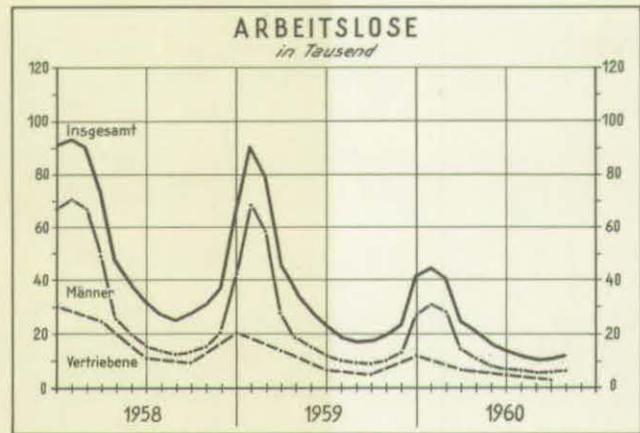
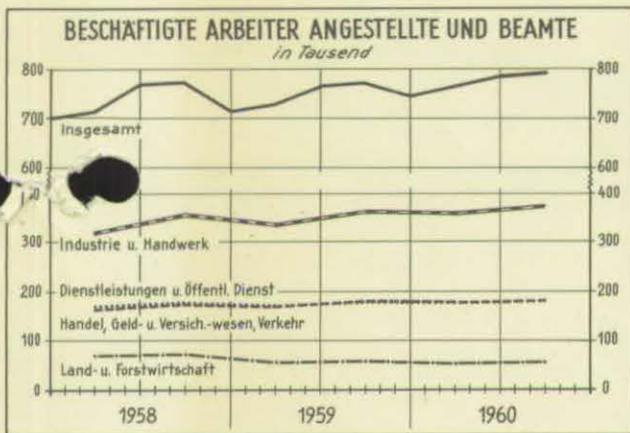
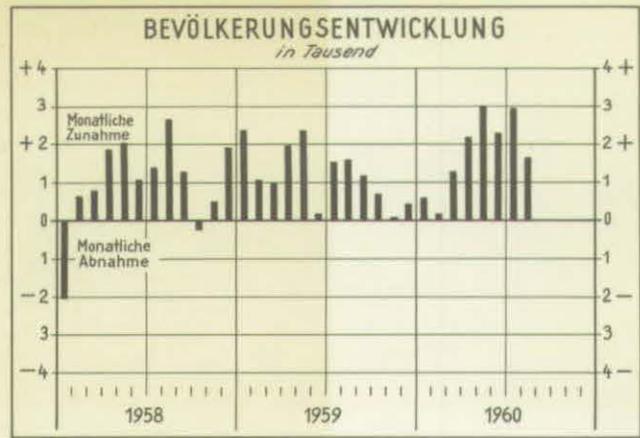
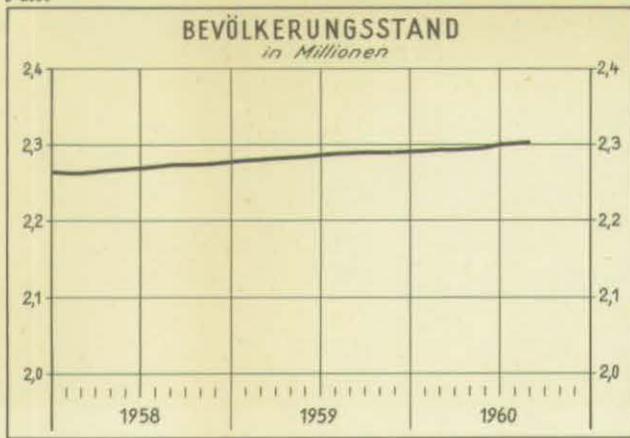
Wohnungsmarkt 1960
Vermögen 1957
Wieviel Straßenverkehrsunfälle künftig?
Wirtschaftsergebnisse der Landwirtschaft
Feuerwehr und Brandschäden 1959

Heft 10/1960

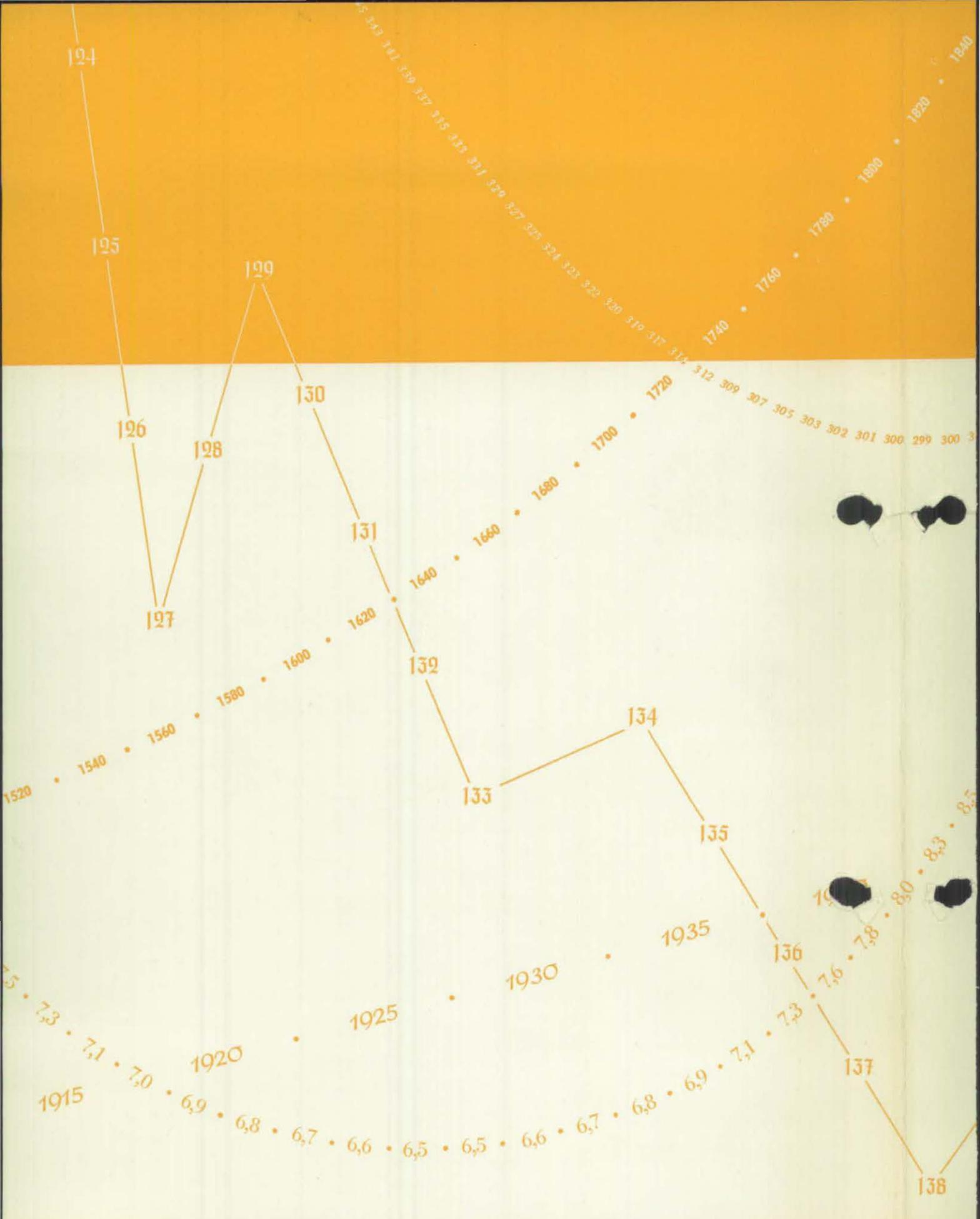
Industrie 1959
Bauergebnis 1959
Bilanzstruktur 1957
Einzelhandelspreise 1959
Gemeindesteuern und Schlüsselzuweisungen
Produktivität im Baugewerbe
Studenten der Volkswirtschaft

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN A*

D-2836



*) Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen in monatlichem Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus Industrie und Handwerk: Produktionsindex, Beschäftigtenzahl und Umsatz der Industrie insgesamt; Index und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Ernährungsindustrie; Arbeitervdienste; Beschäftigte und Umsatz im Handwerk



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 43602
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Heinemann. Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel
 Bezugspreis: Einzelheft 2,- DM, Vierteljahresbezug 5,- DM, Jahresbezug 15,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke, Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen